

Inhalt

Kritik des Thesenentwurfs des Parteivorstandes der DKP zum Düsseldorfer Parteitag der DKP (25. - 28. November 1971)	1
Zum Selbstverständnis einer Sekte	10
Wie hält es die DKP mit der Demokratie?	12
Die DKP auf der anderen Seite der Barrikade (DKP und AKWs)	17
Schwierigkeiten mit Russell und Aktionseinheit	22
DKP und Terrorismus — mit Lenin hat das nichts zu tun!	23
Wie muß der Kampf um Frieden und Abrüstung geführt werden?	24
Friedenspolitik a la DKP (zum „Prager Frühling“)	28
DKP kontra Aktionseinheit	29
DKP läßt Angebot des KB unbeantwortet	32
Austritte und Ausschlüsse aus der DKP	34
Chile: „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett	35
Lenin, Chile und die DKP	40
Der Revisionismus am Beispiel Chile	41
Der „friedliche Weg“	42
Wie die indonesische KP nach dem faschistischen Militärputsch 1965 ihre Fehler kritisierte	46

DM 4,-

Schulungshefte des KB

Unser Weg
Nr. I
September 1978

Revisionismus- Kritik

Nachdrucke aus KAB-AZ und Arbeiterkampf

Vorwort

Die mit diesem Heft beginnende Reihe der „Schulungshefte des KB“ soll dazu dienen, die Politik unserer Organisation und die Entwicklung unserer Politik zu einer Reihe von Themen und Themen-Komplexen in leicht greifbarer Form darzustellen. Die Notwendigkeit eines solchen speziellen Schulungsmaterials hat sich besonders dringend in der derzeit geführten Debatte „Wie geht's weiter im (mit dem) KB?“ herausgestellt: Vielen Sympathisanten und sogar Mitgliedern unserer Organisation ist nur bruchstückhaft die tatsächliche politische Entwicklung und Geschichte des KB, seine Position zu einzelnen Fragen bekannt.

Die „Schulungshefte des KB“ eignen sich für Sympathisanten-Schulungen, zur Information Interessierter, zur Ergänzung von AK-Lesekreisen und zum gelegentlichen Nachschlagen oder Schmökern für alle Genossinnen und Genossen.

Dieses Heft enthält Texte zum Revisionismus, speziell zur DKP: Nachdrucke von Artikeln aus dem ARBEITERKAMPF und aus unserem theoretischen Organ UNSER WEG (bzw. früher KAB-AZ). Die Texte stammen aus der Zeit seit 1971. Wir haben schon sehr frühzeitig – in der Kritik der „Thesen“ der DKP – uns mit den allgemeinen programmatischen Aussagen der DKP („friedlicher Weg“ zum Sozialismus, „antimonopolistische Strategie“ usw.) auseinandergesetzt. Diese Aussagen der DKP sind im wesentlichen bis heute unverändert geblieben. Insofern gilt auch unsere damalige Kritik daran immer noch.

Ergänzt haben wir die Kritik an der Programmatik und Ideologie der DKP inzwischen noch durch eine Kritik ihrer Praxis. Insbesondere haben wir versucht, den krassen Widerspruch zwischen der rechtsopportunistischen Programmatik der DKP („antimonopolistische Demokratie“) einerseits und ihrem 100 %igen Bekenntnis zu jeder Art von Repression im sogenannten „real existierenden Sozialismus“ andererseits aufzuzeigen. Eine Kritik, die nur die Ideologie der DKP kritisiert (beispielsweise ihren Verzicht auf Aussagen zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands oder ihre Erfindung der „antimonopolistischen Demokratie“ als besondere gesellschaftliche Zwischenetappe) und die nicht gleichzeitig diese Ideologie und Programmatik am Bekenntnis der DKP zum „realen Sozialismus“ mißt, bleibt auf halbem Wege stehen. Kritik der DKP muß sich auch mit den antidemokratischen Bekenntnissen dieser Partei (hinsichtlich des „realen Sozialismus“) und mit den antidemokratischen Praktiken (gegenüber der Linken und gegenüber Bündnispartnern) befassen.

Ein eigener Abschnitt dieses Schulungsheftes zeigt unser Bemühen um die Einbeziehung der DKP bzw. Teilen davon in Bündnisse und Aktionseinheiten. Was dies angeht, so hat die DKP-Spitze mit der berüchtigten „These 41“ (Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit „Maoisten“ etc.) erhebliche Hindernisse aufgebaut.

Im Gegensatz zu verschiedenen sozialdemokratischen – und „ML“-Organisationen suchen wir allerdings von Anfang an und nach wie vor eine Zusammenarbeit auch mit der DKP, statt unsererseits einen „Abgrenzungsbeschuß“ gegen die DKP zu errichten. Die Begründung dieser Linie des KB ist in den abgedruckten Artikeln enthalten.

Im Gegensatz zu Ländern mit entwickelter Arbeiterbewegung haben wir es in der BRD derzeit nicht mit einer starken revisionistischen Partei zu tun. Die DKP ist im Grunde eine extrem schwache, politisch wenig wirkungsvolle Organisation, deren Schwäche aber immer noch teilweise durch mächtige Finanzspritzen der DDR (mit deren Hilfe die DKP einen großen Funktionärapparat, eine Tageszeitung und zwei „unabhängige“ Wochenzeitungen finanzieren kann!) und durch die weitgehende Übernahme des alten Kaderstamms der KPD wettgemacht wird. Solange jedoch die DKP an ihrem 100 %igen Bekenntnis zum „realen Sozialismus“ nichts ändert, wird sich auch an der Schwäche dieser Partei nichts ändern.

Die Bedeutung des politisch-ideologischen Kampfes gegen den Revisionismus sollte trotzdem auf keinen Fall unterschätzt werden. Mit dem Niedergang der DKP ist noch lange nicht auch die Ideologie des Revisionismus erledigt. Sie kann uns bald in Form einer geschickter operierenden, politisch wirkungsvolleren „Euro-KP“ oder einer neuen „sozialistischen“ (=linksozialdemokratischen) Partei gegenüber treten.

Kritik des Thesenentwurfs des Parteivorstandes der DKP zum Düsseldorfer Parteitag der DKP (25. - 28. November 1971)

(aus KAB-AZ 10, September 1971)

Zum kommenden Parteitag der DKP im November hat der Parteivorstand auf seiner 9. Tagung (3./4. Juli 71) einen Thesenentwurf vorgelegt. Die vorgelegten 44 Thesen sollen dazu dienen, die mittlerweile zweieinhalb Jahre alte Grundsatzerklärung der DKP vom April 1969 auf der Grundlage neuer Gegebenheiten (u.a. Regierungsantritt der SPD und „neue Ostpolitik“) zu aktualisieren.

PV-Mitglied Mies stellte den Thesenentwurf auf einer Pressekonferenz als „marxistische Analyse neuer Entwicklungen der Wirtschaft und des Staates, der Politik und der Gesellschaft unseres Landes“ vor („UZ“, 7.8.71). Wie Mies sagte, ist der Entwurf das „Ergebnis der mehrmonatigen Arbeit einer vom Parteivorstand gewählten Kommission und einer zweitägigen Beratung des Parteivorstandes“.

Die Arbeit an den Thesen scheint sich auf ein verkürzendes Zusammenfassen einer theoretischen Arbeit des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED beschränkt zu haben (siehe „Der Imperialismus der BRD“, herausgegeben vom IfG beim ZK der SED, erschienen 1971 beim Verlag Marxistischer Blätter in Frankfurt/M., 655 Seiten). Gegenüber dieser Arbeit enthält der Thesenentwurf nicht einmal neue Formulierungen, geschweige denn neue Inhalte.

Wie es heißt, sollen die Thesen „eine Anleitung zum Handeln, ein Kampfprogramm“ sein, und weiter: „Mit den Thesen profiliert sich unsere Partei erneut als die marxistische Kampfpartei der Bundesrepublik, die als einzige Antworten auf die Gegenwart und Zukunft geben kann!“ (Präsidiums-Mitglied Noetzel, „UZ“, 10.7.71).

Das ist ein großer Anspruch. Prüfen wir die Thesen also daraufhin.

„Demokratische Erneuerung“ im Mittelpunkt

Es wird davon ausgegangen, „daß das nächste strategische Ziel unserer Partei die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft ist“ (PV-Mitglied Gerns auf der 9. PV-Tagung). Der PV hat dieser „demokratischen Erneuerung“ – wie Gerns weiter ausführte – in den Thesen einen „zentralen Platz“ eingeräumt, und zwar auch deshalb, weil angeblich in der DKP zu viel „vom sozialistischen

Ziel gesprochen“ wird, „aber nicht genügend auf die notwendige vermittelnde Rolle des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie und konkrete antimonopolistische Kampf-forderungen verwiesen wird“ (Text des Beitrages von Gerns in „UZ“, 24.7.71).

Der DKP-Parteivorstand legt Wert darauf, daß es vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (=Imperialismus) zum Sozialismus keinen „unvermittelten Übergang“ geben kann und erklärt von daher die Notwendigkeit einer „Durchgangsphase“, nämlich der „antimonopolistischen Demokratie“, die durch die „Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals“ erreicht werden soll, und zwar „auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte“ (These 10).

Anscheinend muß hier geklärt werden, was denn überhaupt sozialistische Revolution heißt. Es ist ganz undenkbar, daß die sozialistische Revolution jemals mit einem Sprung aus dem Kapitalismus heraus den Sozialismus total verwirklichen könnte. In der sozialistischen Revolution wird die Herrschaft der Kapitalistenklasse gestürzt, aber Elemente des Kapitalismus werden langfristig weiter existieren. Niemand wird bezweifeln, daß z.B. die Oktoberrevolution in Rußland 1917 eine sozialistische Revolution war, aber sie ließ die privatwirtschaftliche Bauernschaft noch bestehen. In der VR Polen ist noch heute die Landwirtschaft zu über 80 % in privater Hand, aber die VR Polen wird dennoch von der DKP dem „sozialistischen Lager“ zugeordnet. In der DDR selbst ist das Handwerk zu über 50 % noch privatwirtschaftlich, der Einzelhandel zu 11 %. Von den Industriebetrieben der DDR sind 12 % halbstaatlich oder privat. Neben dem Volkseigentum besteht in der Landwirtschaft und Handwerk das genossenschaftliche Eigentum.

Keine Revolution kann auf Anhieb den Privatbesitz an Produktionsmitteln völlig aufheben. Insofern kann die sozialistische Revolution stets nur die Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen, aber noch nicht unmittelbar diesen selbst. Neben dem Volkseigentum bleiben andere Eigentumsformen noch längere Zeit bestehen.

Aus der ganz allgemeinen Tatsache, daß die sozialistische Revolution nur an den Sozialismus heranhöhrt, aber noch keineswegs diesen selbst „in einem großen Sprung“, „mit einem großen Schritt“ (Gerns) verwirklicht, folgt an sich noch nicht die Notwendigkeit einer besonderen strategischen Etappe vor der sozialistischen Revolution.

Es ist zu fragen, was die Einführung des Begriffs „demokratische Erneuerung“ für die BRD konkret bedeuten soll.

Imperialismus ist unmittelbare Vorstufe des Sozialismus

In der BRD befanden sich schon 1966 knapp 75 % des gesamten Produktivvermögens im Besitz von 1,7 % der privaten Haushalte (laut „FR“ vom 28. Juli 71). Aus derselben Untersuchung geht hervor, daß über die Hälfte (54 %) des gesamten Produktivvermögens im Besitz von 0,15 % der Haushalte ist. Diese Zahlen zeigen, daß die Konzentration von Kapital und Produktion in der BRD bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß die Aufhebung des monopolkapitalistischen Eigentums der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln überhaupt schon sehr nahe kommt. Das bestätigt die Voraussage Lenins: „In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissenmaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet“ (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Daraus kann nicht die Erfindung einer besonderen Etappe oder „Durchgangsphase“ („antimonopolistische Demokratie“) folgen. Es zeigt sich im Gegenteil, daß die Entmachtung des Monopolkapitals heute nur noch als sozialistische Revolution denkbar ist. Würden diese 75 % des Produktivvermögens dem Monopolkapital entrisen und in Volkseigentum verwandelt werden, so würde das – auch bei zeitweiliger Fortexistenz anderer Eigentumsformen insbesondere des Einzelhandels, Handwerks und Landwirtschaft – bereits den So-

zialismus im Sinne der üblichen Definition bedeuten müssen.

Lenin hat das so ausgedrückt: „... der staatsmonopolistische Kapitalismus (ist) die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ..., denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr... Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als das staatsmonopolistische Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein...“ (Lenin, Werke Band 25, S. 369/70).

Daß Lenin hier gegen die Strategie der „demokratischen Erneuerung“ spricht, ist offensichtlich, und hat auch den Revisionisten einiges Kopfzerbrechen gemacht.

Revisionistische Haarspalterei

Mit dem folgenden politisch-ideologischen Salto Mortale versuchen sie aus der Klemme zu kommen: Zwischenstufen zwischen Kapitalismus und Sozialismus könne es allerdings nicht geben, aber die „demokratische Erneuerung“ sei auch keine Stufe, sondern vielmehr „realer Übergang von einer Stufe zur anderen“ (Der Imperialismus der BRD, s.o., S. 564), oder – anders ausgedrückt – eine „Durchgangsstufe, in der die Herrschaft des Monopolkapitals beseitigt und der Weg zum Sozialismus geöffnet wird“ (These 10).

Im Begriffsgebrauch der Thesen selbst liegt eine Zweideutigkeit, die eine derartige Argumentation ermöglicht. Gleichzeitig werden nämlich die Begriffe „demokratische Erneuerung“ und „antimonopolistische Demokratie“ in den Thesen verwendet, von denen die erste Bewegung, die zweite einen Zustand bedeutet. Man könnte meinen, daß die „demokratische Erneuerung“ der Weg ist, um zur „antimonopolistischen Demokratie“ zu gelangen. Aber das entspricht nicht dem Sinn der Thesen, die beide Begriffe in der Regel synonym (mit gleichem Wortinhalt) verwenden. Sonst wäre es auch nicht sehr sinnvoll, die „demokratische Erneuerung“ als ein „strategisches Ziel“ zu bezeichnen (Gerns). Denn von strategischen Zielen kann nicht mit Bezug auf Bewegung (Entwicklungen) gesprochen werden, sondern nur in bezug auf bestimmte Etappen.

Keinerlei Mißdeutungen sind mehr möglich, wenn ausdrücklich von der „Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie“, von der „Konstituierung einer antimonopolistischen Demokratie“, von einer „anti-imperialistischen-demokratischen Ordnung“ gesprochen wird (BRD-Imperialismus, S. 567). Wenn von der „Errichtung der neuen Staatsmacht antiimperialistischer Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse (BRD-Imperialismus, S. 567) und von der „Ersetzung“ der Macht des Großkapitals „in dieser Kampfetappe ... durch eine antimo-

nopolistische Macht“ (Gerns) gesprochen wird, muß das Gemeinte noch eindeutiger werden. Festzuhalten ist schließlich folgende Kennzeichnung: „(Die antimonopolistische Demokratie) ist zwar noch kein Sozialismus, es bestehen auch noch keine sozialistischen Eigentumsverhältnisse, sie ist aber auch nicht als Etappe oder Phase des Kapitalismus möglich“ (BRD-Imperialismus, S. 567).

Wenn die „antimonopolistische Demokratie“ einen besonderen Staat mit besonderen Eigentumsverhältnissen voraussetzt, die sich sowohl von den kapitalistischen wie auch von den sozialistischen Gegebenheiten unterscheiden, so ist es zweifellos nicht einfach Übergang, eine Bewegungsform, sondern in der Tat eine eigene Zwischenstufe, die hier angestrebt wird. Andernfalls wäre es unsinnig, von der Errichtung einer besonderen Staatsmacht zu reden. Die Kennzeichnung dieses besonderen Staats und dieser besonderen Eigentumsverhältnisse nicht als Stufe, sondern als „Durchgangsstufe“ ist eine sophistische Haarspalterei mit dem einzigen Zweck, die Abkehr von Lenin zu bemänteln.

Bekanntlich sah Marx den Sozialismus insgesamt nur als „Übergangsperiode“ an, und Lenin erklärte, daß die Diktatur des Proletariats „bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ sei (Staat und Revolution, Kap. V). Niemand hat deswegen bisher behauptet, daß der Sozialismus keine besondere historische Stufe, sondern nur ein „Übergang von einer Stufe zur anderen“ sei. Eine besondere gesellschaftliche Ordnung, mit besonderer Staatsmacht und besonderen Eigentumsverhältnissen zwischen Kapitalismus und Sozialismus – das ist eben eine Zwischenstufe, in dem Sinn, wie Lenin das Wort gebraucht.

Revolution tabu

Diese Zwischenstufe wird von den Revisionisten zu dem Zweck eingeführt, über die sozialistische Revolution hinwegzureden, die in ihrer Propaganda schlechterdings nicht mehr vorkommt. Die Zwischenstufe nämlich wird durch eine „antimonopolistische Umgestaltung“ erreicht, und wächst dann ihrerseits in den Sozialismus hinein.

Der Begriff „Revolution“ selbst kommt in den Thesen des Parteivorstandes überhaupt nicht vor. Dieses Wort mögen die Revisionisten überhaupt nicht, es sei denn in der historischen Vergangenheit. Offenbar gab es eine deutsche Revolution von 1848, eine russische Revolution von 1917 – aber in der Zukunft scheint es keine Revolutionen mehr geben zu sollen. Da taucht selbst die deutsche Übersetzung von „Revolution“, nämlich Umwälzung, nur ein einziges Mal in den Thesen auf.

Ansonsten ist immer von „Umgestaltung“ und „Erneuerung“ die Rede, die ebenso wie die Formel vom „Zurückdrängen“ des Monopolkapi-

tals eindeutig auf Evolution (reformistische Entwicklung) statt auf Revolution (gewaltsame Umwälzung) hinweisen. Durch den „Kampf um Reformen“ will der DKP-Parteivorstand „allmählich das Kräfteverhältnis zugunsten der demokratischen Kräfte verändern (These 11).

Eine ganz neue „Theorie“ über den Reformismus

„Der Kampf um Reformen wird zur Bewegungsform der Revolution“ (BRD-Imperialismus, S. 623) – das ist eine zentrale These des Revisionismus. Wer so redet und entsprechend handelt, muß in letzter Konsequenz zur „Schlußfolgerung“ kommen, daß Reform und Revolution „unter den aktuellen Bedingungen“ wohl gar nicht so sehr voneinander unterscheiden, sondern fast identisch sind. Und das wird tatsächlich behauptet:

„Unter den heutigen objektiven Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildet sich ein neues Verhältnis zwischen Revolution und Reform heraus. Der wachsende Einfluß des Sozialismus und der Druck der inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen dazu, daß der Kampf um echte politische und ökonomische Reformen zu einer ernsthaften Gefahr für die Monopole wird. Die demokratischen Alternativforderungen der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbündeten Volksschichten gehen über den Rahmen üblicher Reformen hinaus ... Bei grundlegenden demokratischen Reformen wird die Grenze zwischen Reform und Revolution immer fließender“ (Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945–66, Berlin, DDR 1968, S. 21/22).

Warum soll dann nicht auch – wie die Revisionisten ihren Traum weiter-spinnen – die Möglichkeit bestehen, „daß von der Position des Reformismus aus demokratische Alternativlösungen formuliert werden, die dem Klassenkampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem immer größeren Spielraum verschaffen (ebenso, S. 143). Das läßt dann die Reformisten, „die einst mit ihrer Politik die hemmende, reaktionäre Linie in der Arbeiterbewegung verkörperten, zu Vertretern einer kämpferischen, antimilitaristischen und demokratischen Richtung werden“ (ebenso, S. 143). Auch der Reformismus hätte dieser These zufolge seinen Charakter geändert und hätte somit eine historische Berechtigung gewonnen.

Es ist demnach konsequent, daß in den Thesen des Parteivorstandes der DKP die Gefährlichkeit des Reformismus und zwar gerade unter den Bedingungen des Imperialismus, mit keinem Wort auch nur erwähnt wird. Kritisiert wird ausschließlich die „Ideologie der rechten SPD-Führer“ (These 40), nicht aber auch der „linke“ Reformismus (Jussos, Teile der Gewerkschaftsführung) als Stütze dieser Ideologie.

Kennzeichen des Reformismus ist aber gerade, daß er Forderungen aufstellt, die „über den Rahmen üblicher Reformen hinaus“ zu gehen scheinen. Denn diese Forderungen sollen ja an-

geblich „das System sprengen“, „systemtransformierend“, „systemüberwindend“ wirken. Natürlich wäre z.B. die Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie“ – wie sie in den 20er Jahren von den Reformisten erhoben wurde – niemals im Kapitalismus zu verwirklichen gewesen. Das änderte aber ihren reformistischen Charakter nicht, sondern machte ihn geradezu aus. Ebenso ist es heute mit der „Mitbestimmungs“-Programmatik, die nichts anderes als eine kaum veränderte zweite Auflage der „Wirtschaftsdemokratie“ ist.

Die „demokratische Erneuerung“ – das ist die Ersetzung der sozialistischen Revolution durch eine Strategie der Reformen, wobei die „Mitbestimmung“ eine zentrale Rolle spielt. „Die Grenzen“ des modernen Revisionismus zum Reformismus „werden immer fließender“ – die beiden verschmelzen miteinander.

Gefährliche Illusionen!

Mit seiner „Umgestaltung“ und „Erneuerung“ verbreitet der DKP-Parteivorstand gefährliche Illusionen über den Charakter des Kampfes gegen das Monopolkapital. Denn je höher der Grad der Konzentration der Produktion und Zentralisation der Produktion im Imperialismus ist, um so klarer ist auch, daß dessen Macht nur durch eine gewaltsame Revolution gebrochen werden kann.

Davon will der DKP-Parteivorstand nichts wissen. In der „demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft“, in der „antimonopolistischen Demokratie“ hat er eine „Durchgangsstufe“ erfunden, in der angeblich unter Vermeidung einer sozialistischen Revolution der Imperialismus fast schon bruchlos in den Sozialismus „hinüberwächst“.

In seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß der Komintern (August 1935) wies Dimitroff darauf hin: „Die Rechtsopportunisten versuchen ... ein besonderes demokratisches Zwischenstadium zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterklasse die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu wecken“. Darum geht es also bei der „demokratischen Durchgangsstufe“ des DKP-Parteivorstandes. Daß dabei mit den Begriffen „Umgestaltung“ und „Erneuerung“ statt „Revolution“ bzw. „Umwälzung“ gearbeitet wird, ist nur konsequent.

In der DKP-Grundsatzklärung vom April 1969 fand sich immerhin noch der folgende wichtige Hinweis: „Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten“ (Abschnitt 3).

In den jetzt vorliegenden Thesen dagegen ist jeder Hinweis auf die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit

einer gewaltsamen Konfrontation mit dem Imperialismus unter den Tisch gefallen. Hierin macht sich wohl auch der Erfolg der imperialistischen Taktik bemerkbar, die DKP-Führung durch Verbotsdrohungen immer weiter in die rechtsopportunistische Ecke zu drängen.

Diese Leute maßen sich aber an, der Arbeiterklasse „als einzige Antworten geben zu können“. Was sie in Wirklichkeit tun, ist: Verwirrung stiften, um die entscheidenden Dinge herumreden. Illusionen verbreiten!

„Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab.“

Wenn es richtig ist, daß der Imperialismus den Drang zu Gewalt und Unterdrückung nach innen und außen beinhaltet, so kann nicht bezweifelt werden, daß eine gewaltsame Konfrontation mit dem Imperialismus unvermeidlich oder jedenfalls sehr wahrscheinlich ist. Der Imperialismus läßt sich nicht „zurückdrängen“. Wo seine Macht ernsthaft in Frage gestellt wird, da reagiert der Imperialismus mit Gewalt. „Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen umodeln könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab“ (Lenin, Rede in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Band 30).

Den Arbeitern eine Antwort, eine Perspektive für die Zukunft zu geben, das erfordert, die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Konfrontation mit dem Imperialismus ernsthaft und verantwortungsbewußt darzulegen.

Wir haben heute in drei Ländern Europas den offenen Faschismus, nämlich in Spanien, Griechenland und Portugal. In Frankreich zeigte der Imperialismus im Mai 1968 durch Bereitstellung von Fallschirmjägern und Panzertrouppen seine konterrevolutionäre Entschlossenheit. In Italien ist die Existenz imperialistischer Staatsstreiche- und Bürgerkriegspläne wiederholt nachgewiesen worden. In der BRD sind bzw. werden mit den Notstandsgesetzen, Umrüstung des Grenzschutz zur Bürgerkriegstruppe, Zentralisierung der Polizei u.a. entsprechende Maßnahmen getroffen.

An diesen Tatsachen muß die Strategie einer „demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft“ gemessen werden.

Die Begründung der Revisionisten für die Einführung einer besonderen Zwischenstufe, d.h. der „antimonopolistischen Demokratie“ zwischen Imperialismus und Sozialismus, ist im wesentlichen die folgende:

1. Der Kampf der Arbeiter „richtet sich zwangsläufig zunächst auf Teillösungen und nach erreichten Teilerfolgen wiederum auf das nächste Problem und auf den Ausbau und

die Sicherung des Erreichten“ (BRD-Imperialismus, S. 565). Daher sei es notwendig, die Arbeiter und übrigen Werktätigen „durch das Ringen für grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen an die Notwendigkeit des Sozialismus und den Kampf um den Sozialismus heranzuführen“ (These 10).

2. „Die durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus potenzierte Macht des imperialistischen Herrschaftssystems ist die entscheidende Ursache dafür, daß es ... nicht möglich ist, mit einem Sprung zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus, zu kommen“ (BRD-Imperialismus, S. 566).

3. Die Existenz „tiefer ökonomischer und auf Grundlage unvermeidlicher politischer Widersprüche“ zwischen 99 % (!) der Bevölkerung einerseits und der Monopolbourgeoisie andererseits. Dadurch ergeben sich angeblich völlig neue Perspektiven für die Bündnispolitik bei Durchführung „antimonopolistischer Umgestaltungen“ (BRD-Imperialismus, S. 339).

Die „Klassenanalyse“ des Revisionismus

Betrachten wir hier zunächst das dritte Argument. Bekanntlich machen die Revisionisten einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Kapitalistenklasse insgesamt einerseits und dem Monopolkapital im besonderen andererseits. Die nichtmonopolistische Bourgeoisie (kleine und mittlere Unternehmer) verbindet nach Meinung der Revisionisten mit der Arbeiterklasse „das gemeinsame Interesse an Frieden und Demokratie“. Daher ist dieser Teil der Kapitalistenklasse „in die demokratische Bewegung einzubeziehen“ (DKP-Grundsatzklärung, Abschnitt 4). Als Hauptwiderspruch wird derjenige zwischen der „Mehrheit des Volkes“ (genannt werden: Arbeiterklasse, Intelligenz, Bauern und Mittelschichten) einerseits und der „zahlenmäßig kleinen Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat“ andererseits aufgeführt (These 35).

Die Differenzierung zwischen verschiedenen Schichten der Kapitalistenklasse ist sinnvoll. Wie Lenin schrieb, ist der Imperialismus „der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals“, und weiter: „Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer“ (Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Dennoch spricht Lenin durchgehend von der Herrschaft der Bourgeoisie (=Kapitalistenklasse) und von der bürgerlichen Diktatur. Und auch das erscheint sinnvoll. Zwar ist natürlich nicht die gesamte Bourgeoisie die Herrschaft aus, sondern eben die Monopol-Bourgeoisie. Aber sie tut das im Interesse der gesamten Klasse.

Der kleine und mittlere Kapitalist stöhnt unter der Konkurrenz der „Großen“ – aber zugleich garantie-

ren ihm diese seine Fortexistenz als Ausbeuter fremder Arbeitskraft. Vor die Wahl gestellt zwischen Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie (der Monopol-Bourgeoisie) entscheidet es sich in der Regel für letztere. Die Einbeziehung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in eine demokratische Bewegung ist illusorisch – sofern hier von ihrer Einbeziehung als Klasse, nicht aber vom Herausfallen einiger Individuen aus ihrer Klasse gesprochen wird (Friedrich Engels z.B. war Fabrik-Besitzer.)

Wir Kommunisten halten es mit der Aussage von Marx und Engels: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich ... dadurch aus, daß sie die Klassengesetze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat“ (Manifest der Kommunistischen Partei). Der Hauptwiderspruch liegt zwischen jenen, die die Produktionsmittel besitzen, und jenen, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind.

DKP kontra Marx und Engels

Dieser Aussage von Marx und Engels stellt der Parteivorstand der DKP offenbar ganz bewußt – unter Benutzung fast des gleichen Wortlautes! – seine These 35 entgegen: „Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus spaltet sich die Gesellschaft immer sichtbar in zwei objektiv feindliche Lager: Die mächtige, aber zahlenmäßig kleine Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat auf der einen und der Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite.“ In der Thesen-Vorlage des SED-Instituts heißt es noch um einiges deutlicher: „Heute stehen sich nicht mehr nur Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat als unversöhnliche Antipoden gegenüber; heute hat sich dieser Widerspruch aus gewaltigen zu einem Antagonismus zwischen der staatsmonopolistischen Oligarchie und allen nichtmonopolistischen Klassen“ und weiter: „Zwischen der Monopolbourgeoisie, die nur 0,02 % der Bevölkerung ausmacht, und allen übrigen Klassen und Schichten, die 99 % der Bevölkerung umfassen, bestehen tiefe ökonomische und auf ihrer Grundlage unvermeidliche politische Widersprüche.“

Hier ist also die Frage des Besitzes an Produktionsmitteln bzw. des Zwanges zum Verkauf der Arbeitskraft nicht mehr das entscheidende Kriterium. Die „orthodoxe“ Unterscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird weitgehend hinfällig. Indessen waren Marx und Engels durchaus imstande, die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus unter Imperialismus richtig einzuschätzen. Daß die Bourgeoisie „die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert“, daß hieraus als „notwendige Folge“ auch „eine politische Zentralisation“ folgt, daß die Mittelschichten und kleinen Industriellen

„der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegen“ und ruiniert werden, steht bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“.

Marx und Engels sahen aber auch – was die Revisionisten nicht wahrhaben wollen – daß „von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen ... nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse“ ist. „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen“ (Manifest). Revolutionär – so Marx und Engels weiter – sind diese Klassen nur, wenn sie sich „im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat“ auf dessen Klassenstandpunkt stellen (Diese Problematik soll hier nicht weiter vertieft werden, da sie in unserer „Kritik am Studienmaterial Nr. 1 des AMS-Spartakus“ ausführlicher behandelt ist.)

Was ist die langfristige Tendenz des Imperialismus?

In den Thesen vermißt man jeden Hinweis darauf, daß es in Deutschland einmal die faschistische Diktatur, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung gegeben hat, und daß eine solche Gefahr auch für die Zukunft besteht.

Das aber hat auch Konsequenzen für den demokratischen- und Friedenskampf in der BRD. Dieser kann in der langfristigen Perspektive nur als sozialistischer Kampf erfolgreich geführt werden.

Was aber in den Thesen über den demokratischen- und Friedenskampf ausgesagt wird, widerspiegelt nur die Unsicherheit und Konfusion des Parteivorstandes der DKP. Einerseits werden die allgemeinen Tendenzen des Imperialismus einigermaßen richtig bei Lenin abgeschrieben: Die Angriffe auf die demokratischen Rechte werden verstärkt, die Verflechtung des Monopolkapitals mit der Staatsbürokratie werden immer enger (These 1), die zunehmende Militarisierung (These 23).

Es heißt aber dann, „im System imperialistischer Machtausübung“ sei „gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten, die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen ... an das staatsmonopolistische System zu binden“ (These 5). Es seien – vor allem durch die Verträge von Moskau und Warschau – „günstige Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden in Europa“ entstanden (These 21). „Von den beiden stets gleichzeitig vorhandenen Methoden imperialistischer Herrschaft, der Methode der Gewalt und der Methode der Kompromisse und Zugeständnisse, muß der Imperialismus entgegen seinem Wesen immer häufiger der zweiten einen gewissen Vorzug geben ... Insgesamt gewinnt ... als Mittel staatsmonopolistischer Machtausübung die Reformpolitik in verschiedenen Schattierungen deutlich an Gewicht...“ (BRD-Imperialismus, S. 121). Wie sich das mit einer anderen Äußerung verträgt, wo auf die „stärkere Orientierung des Monopolkapitals auf die Methode der Gewalt“ (BRD-Imperialismus, S. 219) hingewiesen wird, ist ungewiß.

Es kann schwerlich Hauptaufgabe der Kommunisten sein, darüber zu reden, was „im Vordergrund“ steht, d.h. über die momentane äußere Hülle des BRD-Imperialismus. Vielmehr haben sie zu zeigen, was im Hintergrund steht und damit ausschlaggebend ist für die gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Hier scheinen die Revisionisten jedoch selbst nicht ganz sicher zu sein. Die Reformpolitik des Imperialismus scheinen sie für eine langfristige Tendenz zu halten, obwohl das ihren eigenen Analysen widerspricht.

Diese Tendenz sei begründet in der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, der erfolgreichen Entwicklung in der Sowjetunion und DDR und auch (!) in der wachsenden „Unruhe“ in der Arbeiterschaft. „Diese Entwicklung zwingt das Großkapital, sich der neuen Lage anzupassen“ (These 5). Ebenso wird die Tendenz der Verträge von Moskau und Warschau zur „Anerkennung der Realitäten“ als langfristig dargestellt, eine Keiten für einen gesicherten Frieden“ noch bei Fortexistenz des Imperialismus bieten soll (These 21).

„Zwei-Fraktionen“-Theorie spukt weiter

Unvermeidlich, daß hier auch die Theorie von den „zwei Fraktionen der Großbourgeoisie“ aufgewärmt wird. Eine Fraktion (Teil, Gruppierung) des Imperialismus sei „über die mögliche Dynamik der Entwicklung besorgt“. Das seien „vornehmlich die Vertreter der Rüstungsmonopole“, aus Furcht, „daß ihnen die Verträge Fesseln für ihre aggressiven Ziele anlegen“ könnten. Dagegen sei eine andere Fraktion des Imperialismus „zu einer mehr realistischen Beurteilung der Situation“ gelangt (These 25). Diese Erklärung ist zumindest – wohlwollend ausgedrückt – arg mißverständlich. Denn diese Erklärung beinhaltet ja, daß die eine Fraktion des Imperialismus in den Verträgen von Moskau und Warschau wohl keine Fessel für ihre aggressiven Ziele sieht und durchaus nicht besorgt ist. Und von dieser Fraktion wird gesagt, sie habe „eine mehr realistische Beurteilung der Situation“!

Seltsam genug. Bisher hatte die DKP noch behauptet: „Der Moskauer Vertrag bedeutet eine Fessel für die Militaristen, für die Kräfte des Krieges, für die Feinde jeder demokratischen Reform ... Er schadet denen, die sich an der Rüstung gesund stoßen, die den Profit über das Leben der Mitmenschen stellen“ (Werbeschrift der DKP für die „Fünf großen Vorteile des Moskauer Vertrages“). Wäre das richtig, so wäre doch offensichtlich jene Fraktion des Imperialismus die realistischere, die „über die mögliche Dynamik der Entwicklung besorgt“ ist? Indessen ist das ganze Gerede von „Fraktionen“ un-

sinnig, ebenso wie die Revisionisten auch einen sehr seltsamen Begriff von „Realismus“ haben.

Lenin – Original und Fälschung

Zur Rechtfertigung ihrer seltsamen Theorie von den „zwei Fraktionen“ schrecken die Revisionisten nicht einmal davor zurück, die Aussagen Lenins zu verfälschen.

So fabuliert DKP-Vorsitzender Kurt Bachmann in seinen Ausführungen zum Thesenentwurf auf der 9. PV-Tagung am 3./4.7.71: „Wir beachten die Hinweise Lenins, daß es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein kann, welche Fraktion der Bourgeoisie die Macht ausübt...“.

Es gibt keine solchen „Hinweise“! Was Lenin sagte, war vielmehr: Die Kapitalistenklasse hat zwei Methoden des Regierens entwickelt, nämlich die der offenen Gewalt einerseits und die der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen andererseits. Von diesen sei die letztere Methode die für das Proletariat günstigere. Lenin wies die Auffassungen einiger Anarchisten zurück, „daß die Form der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei“ (das Wort „Form“ ist bei Lenin hervorgehoben!), denn – so begründete Lenin – „eine breitere, freiere, offener Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt“ (Staat und Revolution Kap. IV, Abschnitt 5). Lenin spricht hier also von der Form der Klassenherrschaft, nicht aber von der Existenz von Fraktionen der Kapitalistenklasse. Die Existenz von Fraktionen scheint eine Erfindung Dimitroffs zu sein, die von einigen Leuten seither beharrlich und unbelehrbar fortgeschleppt wird.

Lenin sprach auch davon, daß die Methode der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen für den Klassenkampf gewisse Schattenseiten birgt. Lenin zitierte hier Pannekoek, der festgestellt hatte: „Das positive reale Ziel der liberalen Politik der Bourgeoisie ist die Irreführung der Arbeiter, ist das Hineintragen von Spaltung in ihre Mitte, ist das Verändern ihrer Politik in ein ohnmächtiges Anhängsel des ohnmächtigen, stets ohnmächtigen und ephemeren Scheinreformertums“. Lenin fügte hinzu: „Nicht selten erreicht die Bourgeoisie für eine gewisse Zeit ihr Ziel mit Hilfe der liberaleren Politik, die – wie Pannekoek richtig bemerkt – eine ‚schlauere‘ Politik darstellt. Die Zickzackwege der bürgerlichen Taktik haben eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge und führen nicht selten die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur direkten Spaltung.“

Lenin erklärt sogar unmißverständlich: Als die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1890 von der „harten“ Politik des Sozialistengesetzes zur Methode scheinbarer Zugeständnisse überging, da „erwies sich – wie immer – diese Wendung als noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung, da sie den ebenso einseitigen Widerhall des bürgerli-

chen ‚Reformertums‘ hervorrief: den Opportunismus in der Arbeiterbewegung...“ (vorstehende Zitate aus: Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, Dezember 1910).

Nur die Vorteile der Methode der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen für das Proletariat hervorzuheben – wie das die Revisionisten zu allen Zeiten getan haben – muß notwendigerweise einseitig und irreführend bleiben. Mit Bezug auf die Politik der SPD/FDP-Regierung müßte also gesagt werden, daß sie zwar günstige Möglichkeiten für den Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Organisationen geöffnet hat, auf der anderen Seite aber auch die gesteigerte Gefahr einer Irreführung der Arbeiter beinhaltet und daher besondere Anforderungen an die Agitation und Propaganda der Kommunisten stellt.

Die Legende vom „gemäßigten“ Imperialismus

Die „Zwei-Fraktionen“-Theorie hat ihren konkreten Ausdruck vor allem in der sowjetischen Außenpolitik gefunden. Unvergessen sind die Worte Chruschtschows, mit denen er die „Vernunft“ und das „Verantwortungsbewußtsein“ Präsident Kennedys anpries, während dieser den Krieg in Vietnam entscheidend ausweiten ließ, den Bürgerkrieg in Laos anheizen ließ, das sozialistische Kuba 1961 zunächst überfallen und 1962 blockieren ließ usw. usf. Und Breschnew erklärte auf der sogenannten „Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Moskau, Juni 1969): „Wir unterscheiden im kapitalistischen Lager auch einen gemäßigten Flügel. Die Vertreter dieses Flügels, die zwar unsere klassenmäßigen ideologischen Gegner bleiben, schätzen das gegenwärtige Kräfteverhältnis in der Welt nüchtern genug ein und sind geneigt, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen für internationale Streitfragen zu suchen. Unser Staat trägt diesen Tendenzen in seiner Außenpolitik Rechnung...“

Hierin ist bereits der Gedanke enthalten, daß bei Vorherrschaft dieser angeblichen „Fraktion“ (Flügel) die Kriegsgefahr durch „gegenseitig annehmbare Lösungen“ (d.h. Lösungen, die sowohl für das „sozialistische Lager“ wie auch für die Imperialisten „annehmbar“ sein sollen – das ist an sich schon recht seltsam!) endgültig gebannt werden könnte.

In Fortführung dieses Gedankens wird in den Thesen des DKP-Parteivorstandes behauptet: „Die Chancen sind gewachsen, den Imperialismus an der Anwendung militärischer Gewalt zu hindern. Es bestehen jetzt reale Möglichkeiten ... zu Vereinbarungen über eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas vorwärtzuschreiten...“ (These 26).

Lenin ...

Zwar war Lenin der Meinung, daß „Kriege unvermeidlich sind, solange die Gesellschaft in Klassen geteilt ist“ (Revolutionäre Armee und revo-

lutionäre Regierung, Juli 1905), daß sich die Kommunisten von den bürgerlichen Pazifisten unterscheiden „durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen“ (Sozialismus und Krieg, August 1915). Lenin war der Meinung: „Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben“ (Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR/B, Dezember 1920).

... und seine „Widerleger“

Diese Auffassungen Lenins haben jedoch nach Meinung der Revisionisten heute keine Gültigkeit mehr, da das „sozialistische Lager“ existiert und ein Weltkrieg zur atomaren Katastrophe führen müßte.

Tatsächlich ergibt sich unter den aktuellen Bedingungen, daß die Imperialisten einer direkten, massiven Konfrontation mit Gefahr einer atomaren Ausweitung aus dem Weg gehen müssen. Das bedeutet aber nicht, daß deshalb schon die Imperialisten von der Anwendung von Gewalt gehindert werden könnten. Es bedeutet vielmehr, daß die Imperialisten verläufig andere Formen der Gewalt anwenden, die nicht zur massiven Konfrontation führen und unterhalb der „Atom-Schwelle“ bleiben.

Die Legende vom „Realismus“

Gibt es überhaupt einen abstrakten Realismus, außerhalb der konkreten Klassenlage? Ganz sicher nicht. Da sich die Menschen jeweils in einer bestimmten Klassenlage befinden, so kann es keine für alle verbindliche Vernunft, Moral usw. geben. Ein Mensch handelt vernünftig und realistisch, wenn er seinen Klasseninteressen entsprechend handelt.

Der Kapitalist ist also realistisch, wenn er die Ausbeutung und damit seinen Profit zu steigern versucht, und der Arbeiter ist realistisch, wenn er sich dagegen zur Wehr setzt.

Es ist daher falsch, den „Realismus“ der Kapitalistenklasse mit einer bestimmten Form des Regierens zu identifizieren – etwa in dem Sinne, daß die „gemäßigte“ Methode (Reformversprechungen und soziale Täuschungsmanöver bei relativ breiter Entfaltung der bürgerlichen Demokratie) immer auch die „realistische“ ist. Unter Umständen kann gerade der Übergang zu terroristischen, repressiven Herrschaftsmethoden vom Standpunkt des Kapitals aus „realistisch“ sein. In diesem Sinn ist z.B. das KPD-Verbot von 1956 ebenso „realistisch“ wie seine teilweise Lockerung seit etwa 1967. Denn in beiden Fällen erreichte die Kapitalistenklasse zeitweise ihr Ziel. Ebenso ist der „Realismus“ nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Gewalt. Die Anwendung von Gewalt unter gewissen Bedingungen kann für das Kapital ebenso „realistisch“ sein wie der Verzicht auf Gewalt unter anderen Bedingungen. Vom Standpunkt der Imperialisten aus ist es durchaus „realistisch“, die Konterrevolution in Indonesien, Griechen-

land, Sudan u.a. nach Kräften zu unterstützen.

Die Revisionisten indessen verabsolutieren das, was sie „Realismus“ nennen. Sie identifizieren ihn ganz allgemein mit irgendeinem besonderen „gemäßigten“, „um den Frieden besorgten“ (so Chruschtschow über Präsident Kennedy!), „Flügel“ der Kapitalistenklasse. Würde tatsächlich eine besondere „Fraktion“ („Flügel“) der Kapitalistenklasse existieren, die aufgrund ihrer „nüchternen“, „realistischen“ Einschätzung der äußeren Kräfteverhältnisse zur friedlichen Koexistenz bereit ist, — warum sollte diese „Fraktion“ dann nicht auch bereit sein, sich von den Arbeitern bei „nüchternen“ Einschätzung des inneren Kräfteverhältnisses „schrittweise zurückdrängen“ zu lassen? Bereit, auf einen Bürgerkrieg zu verzichten? Dann wäre es in der Tat überflüssig und sogar schädlich, die Frage der bewaffneten Konfrontation mit der Kapitalistenklasse auch nur zu diskutieren.

Bürgerkrieg überflüssig? — Wunsch und Wirklichkeit

Und wirklich wird genau das von den Revisionisten behauptet: „Die neuen Bedingungen des Klassenkampfes, die durch den Einfluß des Sozialismus und die tiefen Widersprüche zwischen Monopolherrschaft und Volk entstanden sind, lassen Möglichkeiten entstehen, daß tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ohne die äußersten Formen der Gewalt, ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg erzwingen werden können...“ (BRD-Imperialismus, S. 624). „Es wachsen die realen Möglichkeiten, die reaktionären Kräfte zu hindern, Bürgerkriege und bewaffnete imperialistische Interventionen zu entfesseln“ (BRD-Imperialismus, S. 629).

In These 21 wird erwähnt, daß der Imperialismus seit 1945 über 30 „kriegerische Konflikte“ in aller Welt vom Zaun brach, „während der Frieden in Europa... erhalten blieb“, und zwar angeblich deshalb, „weil hier dem Imperialisten die geschlossene Front der sozialistischen Staatengemeinschaft gegenübersteht.“ Diese Darstellungsweise „übersieht“ die simple Tatsache, daß in dieser Zeit in zwei Ländern Europas, die an das „sozialistische Lager“ angrenzen — nämlich Griechenland und Türkei — mit aktiver Unterstützung der Nato reaktionäre Regimes faschistischer Tendenz an die Macht gehoben wurden, daß in Frankreich und Italien ähnliche Unternehmen jederzeit versucht werden könnten, daß der britische Imperialismus einen Kolonialkrieg in Nordirland führt, daß in Spanien und Portugal die faschistische Diktatur nach wie vor existiert.

Es ist daher unsinnig, pauschal zu behaupten, man könne heute „den Imperialismus an der Anwendung von Gewalt hindern“. Erinnert sei ferner an die Rolle der Imperialisten bei verschiedenen konterrevolutionären Staatsstreichen in Indonesien, Ghana, Marokko, Sudan, Bolivien u.a.

Es wurde bereits auf den Irrtum hingewiesen, aus der Anwendung ver-

schiedenen Formen der Kapitalistenherrschaft auf die Existenz verschiedener Fraktionen, die jeweils die eine oder die andere Form bevorzugen würden. Allgemein wird dabei die Rüstungsindustrie „mit jener „Fraktion“ identifiziert, die repressiv nach innen und aggressiv nach außen sei, während die „gemäßigtere“ Fraktion nicht näher benannt wird. Diese „Fraktionen“-Theorie verkennt die Verflechtung der Rüstungsproduktion mit allen Bereichen der monopolkapitalistischen Produktion. Diese Verflechtung ist gerade ein Kennzeichen des Imperialismus. Es gibt daher keinen Teil des Monopolkapitals, dem die Rüstungswirtschaft gleichgültig sein kann, ebenso wenig wie es andererseits einen Teil gibt, der ausschließlich Rüstungsinteressen verfolgen würde. Anders ausgedrückt: ein- und derselbe Monopolkapitalist (z. B. Thyssen) ist sowohl an der Rüstung wie auch z. B. am „Osthandel“ interessiert, sowohl an „Butter“ wie auch an „Kanonen“. Sieht man sich einmal die Kapitalisten an, die aus dem sich entwickelnden „Osthandel“ die größten Profite ziehen, so sind das natürlich nicht die kleinen Kräuter oder bestimmte Zweige der Konsumgüter-Industrie (z. B. Textil), sondern die Chemische und die Schwer-Industrie, d. h. dieselben, die im Rüstungsgeschäft aktiv sind.

Wen vertritt die SPD-FDP-Regierung?

Es wäre besser, wenn nicht so viel über „Fraktionen“ spekuliert, sondern die objektive Kapital-Entwicklung betrachtet würde. Hier zeigt sich nun, daß auch unter der SPD-Regierung die Konzentration des Kapitals anhält — wie ja auch in den Thesen richtig gesagt wird. Daß auf dieser Grundlage auch die Konzentration politischer Macht fortschreitet, ist zu vermuten und zeigt sich in der Tat. Auch das steht in den Thesen. Hier sei nur hingewiesen auf die Entwicklung des sogenannten „militärisch-industriellen Komplex“, die in These 25 geschildert wird. Die Thesen erwähnen als besondere Maßnahmen der SPD/FDP-Regierung die Einsetzung eines militärischen Führungsstabes, „der praktisch einem neuen Generalstab entspricht“. Die nächsten Sätze aus These 25 sollen wörtlich wiedergegeben werden:

„Mit der Ernennung des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers und Thyssen-Managers Mommsen zum Staatssekretär für Rüstungswirtschaft und der Errichtung eines Arbeitskreises für Rüstungsbeschaffung, dem die Vertreter der wichtigsten Rüstungskonzerne angehören ... wird der militärisch-industrielle Komplex weiter ausgebaut. Die Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes ist Ausdruck einer neuen Stufe der Militarisierung und Aggressivität des deutschen Imperialismus und bringt ernste Gefahren für den Frieden in Europa mit sich.“

Richtig. Aber wie kann man uns dann andererseits erzählen, daß sich

in der SPD/FDP-Regierung die Herrschaft einer „gemäßigteren“ „Fraktion“ der Kapitalistenklasse ausdrückt, daß sich „reale Möglichkeiten zu Vereinbarungen über eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas“ (These 26) bieten? Das kann doch nur jemand behaupten, der seinen eigenen Analysen nicht traut. Oder sollte der Thyssen-Manager aus Gründen der „friedlichen Zusammenarbeit der Völker“ ins Kriegsministerium geholt worden sein? Strebt Innenminister Genscher auf Wunsch eine „gemäßigten Flügel“ der Kapitalistenklasse die Stärkung und Zentralisation der Polizei an? Oder auf wessen Wunsch?

Es ist offensichtlich, daß sich überall in den Thesen dort die Widersprüche auftun, wo das allgemeine revisionistische Geschwätz mit konkreten Analysen konfrontiert wird. Der Parteivorstand behauptet, den Arbeitern mit diesen Thesen eine „Antwort“ gegeben zu haben. Aber was soll der Arbeiter sagen, dem erst von einer „neuen Stufe in der Militarisierung und Aggressivität des deutschen Imperialismus“ erzählt wird, und dem dann gesagt wird, daß sich nunmehr „reale Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden“ ergeben? Das erzeugt keine Klarheit, sondern nur weitere Verwirrung.

Es entsteht der Eindruck, daß der Parteivorstand selbst nicht imstande ist, die z. T. widersprüchlichen Erscheinungsformen der imperialistischen Politik zu durchschauen und zu einer komplexen, allseitigen und umfassenden Einschätzung der Lage und zukünftigen Entwicklung der Dinge zu kommen.

Da wird z. B. ausgesagt, daß „im System imperialistischer Machtausübung ... gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten (sei), die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen an das monopolkapitalistische System zu binden“ (These 5). Richtig, aber das ist doch wohl eine Banalität. Daß das Bemühen heute im Vordergrund steht, kann jeder Arbeiter ohne weiteres sehen. Dazu braucht er die Kommunisten nicht. Aber die Arbeiter erwarten mit Recht nicht langatmige Erklärungen über die Dinge, die unübersehbar im „Vordergrund“ stehen, sondern über das, was im Hintergrund vor sich geht.

Imperialismus bereitet verschärfte Klassenaussensetzungen vor

Wir haben da also eine Regierung, die sich der Reformversprechungen bedient, die nicht so offen arbeitfeindlich auftritt, wie das vielleicht eine Regierung der CDU/CSU tun würde, die das KPD-Verbot nicht so scharf anwendet, wie die Adenauer-Regierung während der 50er Jahre usw. Das ist die Oberfläche. Zugleich aber geht die Konzentration des Kapitals und der politischen Macht weiter. Hier werden von der SPD/FDP-Regierung eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen getroffen, vor allem, was die Bürgerkriegsvorbereitungen betrifft. Unter dem Schirm

der reformerisch auftretenden SPD/FDP-Regierung betreibt die Kapitalistenklasse nicht einfach nur ihre alte Politik weiter, sondern bereitet sie sich sogar auf verschärfte Klassenaussensetzungen vor. Entsprechendes gilt für die Außenpolitik. Nur Phantasten können hier von Wirken einer „gemäßigten Fraktion“ des Kapitals reden, wo doch offensichtlich ist, daß sich hinter der „gemäßigten“ Form ein äußerst aggressiver Inhalt verbirgt.

Dies also hätte eine Analyse deutlich zu machen: hinter der schein-reformerischen, liberalen Form des Regierens die Vorbereitung der Kapitalistenklasse auf eine Verschärfung der Klassenaussensetzungen und den Übergang zu offen terroristischen Formen des Regierens. Das Gerede von den „Fraktionen des Kapitals“ jedoch versperrt gerade den Blick auf diese Perspektive, statt zur Klärung beizutragen.

Wohin geht die Reise? Das ist die zentrale Frage der Arbeiter, auf die Kommunisten eine Antwort geben müssen. Die „Antwort“ des DKP-Parteivorstandes auf diese Frage ist leichtfertig und oberflächlich. Wenn sich die Widersprüche des Imperialismus allseitig verschärfen — auch das wird in den Thesen gesagt (These 1), dann bedeutet das eben nicht „reale Möglichkeiten für den Frieden“, „schrittweises Zurückdrängen“ des Monopolkapitals und dergleichen. Es bedeutet vielmehr: das sehr rasche Herannahen umfassender und sehr scharfer Kämpfe, auf die die Arbeiterklasse zur Zeit noch verflucht schlecht vorbereitet ist.

Imperialismus geht auf die Krise zu

Nehmen wir z. B. die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten, wie sie jetzt wieder in den Beschlüssen der US-Regierung deutlich geworden ist. Es wird dann klar, daß der Imperialismus sich einer sehr tiefen weltweiten Krise entgegenbewegt, deren Ende und Höhepunkt nicht abzusehen ist. Diese Entwicklung kann sich sehr schnell zuspitzen und scheint das auch zu tun. Das bedeutet aber: Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Daß die Arbeiter dieser Entwicklung spontan Widerstand leisten werden, steht außer Zweifel. Aber unter welchen Bedingungen werden sie diesen Kampf führen? Offenbar unter sehr schlechten Bedingungen, wenn wir von der gegenwärtigen Lage ausgehen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat 1933 eine vernichtende Niederlage erlitten, als sie eine Kommunistische Partei mit einem Millionenheer von Mitgliedern und Anhängern besaß. Um wieviel schlechter wäre heute ihre Kampfposition!

Eine nüchterne und ehrliche Analyse müßte auch diese Seite des Verhältnisses zwischen den Klassen aufzeigen.

Es ist aber bezeichnend für die Thesen, daß darin überhaupt nicht von der Möglichkeit und Gefahr eines neuen Faschismus die Rede ist, und daß auch das sogenannte „Rechtskartell“ nur beiläufig erwähnt wird. So wird die Perspektive einer endlos friedlichen Entwicklung gestellt, was nie und nimmer der Wirklichkeit entsprechen kann. Die ganzen Theorien über das „schrittweise Zurückdrängen“, über „antimonopolistische Reformen“ usw. gehen ja gerade aus von der Annahme einer friedlichen Entwicklung.

„Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen, betrügerische Fälschungen braucht Kautsky gerade, um über die gewaltsame Revolution hinwegzureden...“

Der Imperialismus ... zeichnet sich infolge seiner grundlegenden, ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, nicht bemerken“, heißt, zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie hinabsinken (Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky).

Das Tolle ist, daß der DKP-Parteivorstand die Dinge durchaus „bemerkt“, von der Entwicklung des Militarismus spricht (These 25) — dann aber trotzdem vom Frieden und der „Zurückdrängung“ der Monopole schwätzt und die Möglichkeit einer bewaffneten Massenkonfrontation mit dem Imperialismus verschweigt, die immerhin noch in der Grundsatzerklärung vom April 1969 beim Namen genannt wurde. Ein solches Verhalten hat noch immer die Kräfte der Reaktion begünstigt und zu entscheidenden Niederlagen der Arbeiterbewegung beigetragen (Indonesien, Griechenland, Sudan).

Wenn es richtig ist, daß jeder Schritt in Richtung „mehr Demokratie“ mit den Grundinteressen des Imperialismus unvereinbar ist, dann ist zu erwarten, daß jeder derartige Schritt auf den äußersten Widerstand der Kapitalistenklasse treffen wird. Die Entwicklung des Imperialismus (Konzentration der ökonomischen und politischen Macht) hat zur Folge, daß die „Schwelle“ immer niedriger wird, an der die Macht der Imperialisten in Frage gestellt ist und wo also die Imperialisten mit bewaffneter Gewalt jeden Schritt in Richtung „mehr Demokratie“ zu blockieren versuchen.

Gerade unter dem Schirm der liberalen SPD-FDP-Regierung sind die Vorbereitungen der Kapitalistenklasse auf eine solche Entwicklung intensiviert worden. Die Kapitalisten verfügen über beträchtliche Mittel, jede demokratische Regung abzuwürgen. Sie werden von diesen Mitteln zweifellos Gebrauch machen.

Man kann nicht „die Macht der Monopole zurückdrängen“. Es sind die Monopole selbst, die jeden derartigen Versuch mit bewaffneter Gewalt zu unterdrücken versuchen. Es kommt dann unvermeidlich zur Massenkonfrontation mit dem Imperialismus, und die Frage der Macht ist unmittelbar gestellt, d. h. die Frage nicht des „Zurückdrängens“, sondern der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Es ist der Imperialismus selbst — und nicht irgendwelche „Dogmatiker“ — der dazu zwingt, die Frage auf diese Weise zu stellen.

Das „veränderte Kräfteverhältnis“

Hier tritt nun bei den Revisionisten an Stelle einer realistischen Einschätzung die famose Theorie vom „veränderten Kräfteverhältnis in der Welt“ und von der „Anziehungskraft des realen Sozialismus“. Es wird so getan, als könnte sich innerhalb des Imperialismus eine Tendenz („Flügel“) durchsetzen, die sich mehr oder weniger „auf Grund des internationalen Kräfteverhältnisses“ mit dem eigenen Untergang abzufinden bereit ist, während auf der anderen Seite die „Anziehungskraft des realen Sozialismus“ verhältnismäßig rasch und leicht zu einer revolutionären, d. h. gesellschaftsverändernden Entwicklung führt.

Zum ersten ist zu sagen, daß das „veränderte Kräfteverhältnis in der Welt“ u. a. nicht verhindern konnte, daß sich in den letzten Jahren unmittelbar an den Grenzen des „sozialistischen Lagers“, nämlich in Griechenland und der Türkei, Regimes mit faschistischer Tendenz durchgesetzt haben. Die Sowjetunion war nicht einmal in der Lage, die VAR gegen die israelische Aggression entscheiden zu unterstützen, obwohl sie zuvor eine derartige Hilfe versprochen hatte. Wir sehen, daß Israel erhebliche Teile des Territoriums der VAR besetzt hält, obwohl diese mit der Sowjetunion, „der wichtigste Garant des Friedens, der Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts“ (These 17) verbündet ist.

Daß das internationale Kräfteverhältnis sich seit der russischen Oktoberrevolution und dem Sieg des chinesischen Volkes im Bürgerkrieg erheblich zu Ungunsten des Imperialismus verschoben hat, ist offensichtlich. Die Auswirkungen dieser Verschiebung sind jedoch begrenzt. Keineswegs kann davon die Rede sein, gegenwärtig die Imperialisten an der Entfesselung internationaler Konflikte oder an der Anwendung von Gewalt nach innen wirksam hindern zu können.

In den Thesen wird behauptet, die „Länder des Sozialismus“ seien der „wichtigste Faktor des historischen Fortschritts und des antimonopolistischen Kampfes in der Welt“. Unter diesen sei wiederum die Sowjetunion die „Hauptkraft ... des Kampfes gegen den Imperialismus“ (These 17).

Eine solche Einschätzung beinhaltet aber eine überhebliche, gering-schätzige Einstellung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen wie auch gegenüber dem Kampf der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Es wird geradezu so getan, als habe es in der Geschichte der Menschheit überhaupt nur ein Volk gegeben, das sich aus eigener Kraft seiner Kapitalisten entledigt hat, während alle anderen Völker nurmehr von der Hilfe der Sowjetunion abhängig seien. Ganz in diesem Sinn erklärte auf der 8. Tagung des DKP-Parteivorstands (27.2.71) Willi Gerns:

„Wo wären denn Kuba und Chile ohne die Stärke der UdSSR? Könnten sich die Völker Indochinas ohne die wirksame sowjetische Hilfe so erfolgreich der amerikanischen Aggression erwehren?“

Hier werden also die Verhältnisse auf den Kopf gestellt, als sei nicht der Mensch mit seinem Kampf für Gesellschaftsveränderung das Entscheidende, sondern das Material aus der Sowjetunion. Es ist aber genau umgekehrt! Ohne die Menschen, ohne die heroische Beherrschung zum Einsatz selbst ihres Lebens im antiimperialistischen Kampf sind die besten und modernsten Waffen nichts als ein Haufen Schrott. Schließlich ist der effektive Einsatz von Waffen auch abhängig vom gesellschaftlichen System.

So hat z.B. die VAR insgesamt kaum weniger, sondern eher mehr militärische Unterstützung von der Sowjetunion erhalten als Vietnam, vor allem was die Ausstattung mit modernsten Waffen angeht. Aber in den Händen der reaktionären Regierung der VAR sind diese Waffen ebenfalls kaum mehr als ein Haufen Schrott, während sie in den Händen des vietnamesischen Volkes zu tödlichen Waffen im antiimperialistischen Volkskrieg geworden sind.

Wir sagen daher, daß – wenn es überhaupt sinnvoll ist, von einer „Hauptkraft“ im antiimperialistischen Kampf zu reden – dies unter den gegebenen Umständen ganz eindeutig die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind, die die Hauptlast des Kampfes tragen und dem Imperialismus die schwersten Schläge versetzen. Wir meinen indessen, daß die besondere Hervorhebung der einen oder anderen Seite als „Hauptkraft“ überhaupt schädlich ist, weil sie nicht der engen Verschmelzung von nationalem Befreiungskampf, Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern und den Bestrebungen der sozialistischen Länder dient.

Keinesfalls kann die bloße Existenz der Sowjetunion oder auch der DDR die faschistische Gefahr in der BRD gegenstandslos machen oder auch nur einen entscheidenden positiven Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land ausüben, ebensowenig wie das im Falle Griechenlands und der Türkei konnte.

Der „reale Sozialismus“

In den Thesen ist wiederholt zu lesen, daß die DDR „wachsende Anziehungskraft in Europa und der Welt ausübt“ (These 18), eine „wachsende ideologische Ausstrahlungskraft“ (These 37) entwickelt. Allgemein wird behauptet, daß die „Ausstrahlungskraft des Sozialismus ... günstigere Möglichkeiten für den Kampf um Frieden und demokratischen Fortschritt in unserem Lande“ schafft (Einleitung zu den Thesen).

Tatsächlich schreckt aber das Beispiel der DDR die Arbeiter eher ab, als daß es sie anziehen würde. Das hat verschiedene Gründe, von denen sehr viele ihre Wurzel in der systematischen Diffamierung der DDR durch die Kapitalistenklasse haben, während einige Kritikpunkte objektive Berechtigung haben. Keinesfalls kann eine Einschätzung weiterhelfen, die in weltfremder Leugnung der Tatsachen von einer angeblichen „Anziehungskraft“ der DDR ausgeht und daraus „günstigere Möglichkeiten“ für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse herzuleiten versucht.

Wie ist denn die „Ausstrahlungskraft des Sozialismus“, wenn z.B. im vergangenen Dezember Arbeiterunruhen in Polen blutig unterdrückt wurden, weil Parteiführung und Regierung unfähig waren, ihre Politik in Diskussion und Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse zu gestalten? Wie ist die „Ausstrahlungskraft des Sozialismus“, wenn zwar nach den blutigen Zusammenstößen sehr scharfe Kritik an der Gomulka-Führung geübt wurde, aber offenbar niemand von Bedeutung in der polnischen Partei der Arbeit Einsicht, Mut und Gelegenheit hatte, diese Kritik rechtzeitig zu entwickeln?

Hierzu kommen die Ereignisse in der CSSR von 1968, die entscheidend auf das Bild wirken, das sich die Arbeiter unseres Landes vom Sozialismus machen. Eines „Sozialismus“ nämlich, der ebenso wenig wie der Kapitalismus in der Lage zu sein scheint, innere Widersprüche anders als durch terroristische Unterdrückung der Volksmassen zu lösen. Bei dieser Lage der Dinge von „Ausstrahlungskraft des Sozialismus“ daherzuschwätzen, ist eine offene antikommunistische Provokation.

Daß die Imperialisten sich hinter diese Widersprüche klemmen und durch wilde Hetze die Arbeiterklasse vom Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, vom Kampf um den Sozialismus abzubringen versuchen, ist selbstverständlich. Die Imperialisten lassen keine derartige Gelegenheit aus.

Kritik notwendig!

Aufgabe der Kommunisten ist, allen derartigen Verleumdungen entgegenzutreten. Das muß aber auch die notwendige Kritik an Vorgängen und Entwicklungen einbeziehen, die mit dem Sozialismus un-

vereinbar sind. Nur eine solche ehrliche Kritik kann einerseits die Verleumdungen des Imperialismus wirksam widerlegen und andererseits unser sozialistisches Ziel vor den Menschen glaubwürdig machen.

Die Revisionisten wollen diese Kritik nicht üben und können es wohl auch nicht. So greifen sie zum Mittel der Demagogie, indem sie kurzerhand jede Kritik insbesondere an der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion mit der Hetze der Kapitalisten und Rechtsradikalen in einen Topf werfen. So sprach z.B. Willi Gerns auf der 8. Tagung des Parteivorstands vom Angriff der „Strauß und Co.“ gegen die Sowjetunion und fuhr dann fort: „...In diesen Angriff reihen sich die unterschiedlichsten Kräfte ein, von den sozialdemokratischen Führern bis hin zu den trotzkistischen, ultralinken und maoistischen Verleumdern der Partei und des Landes Lenins.“

Hier wird also so getan, als sei die KPDSU sozusagen gegen Fehler jeder Art „imprägniert“, weil sie „die Partei Lenins“ ist. Die KPDSU hat schon zu Lebzeiten Lenins verschiedene Fehler gemacht, und es entsprach der revolutionären Aufrichtigkeit Lenins, schonungslos über solche Fehler zu sprechen. Die KPDSU hatte erst recht nach dem Tode Lenins Fehler begangen, und es waren und sind unseres Wissens gerade die Revisionisten, die an diesen Fehlern eine weit über das Ziel hinauschießende, der Sache des Sozialismus schadenende Kritik seit dem XX. Parteitag der KPDSU geübt haben (Kritik des „Stalinismus“).

W. Gerns aber erklärte in der genannten Rede weiter: „Wer gegen die Sowjetunion steht, gleichgültig mit welchen Gründen und mit welcher verbalen Abgrenzung gegenüber dem Imperialismus auch immer, der steht objektiv, ob er will oder nicht, im Lager des Klassenfeindes“.

Solche Äußerungen sind nicht Ausdruck der Stärke, sondern der Schwäche des Revisionismus, der aus Mangel an Argumenten jeder sachlichen Diskussion ausweicht und jede Kritik „gleichgültig mit welchen Gründen“ pauschal abdiffamieren muß.

Mit dieser Haltung wirken die Revisionisten dem Kampf der Kommunisten um die Gewinnung der Menschen für das sozialistische Ziel direkt entgegen und leisten dem Imperialismus Schützenhilfe bei deren Verleumdungen des Sozialismus. Denn dem Imperialismus ist es nur recht, wenn der Parteivorstand der DKP in seinen Thesen die Entwicklung in der Sowjetunion, Polen, CSSR usw. völlig kritiklos, ohne jeden Ansatz einer kritischen Einschätzung, zum „Grundmodell“ des Sozialismus überhaupt erhebt, das in diesen Ländern „verwirklicht“ sei und offenbar vom Parteivorstand auch für die BRD angestrebt wird (These 40).

Nicht nur das Gesellschaftssystem der Sowjetunion, DDR usw. gilt als „Grundmodell“, sondern auch die Durchführung der gesellschaftlichen

Umwälzungen in den Volksdemokratien nach 1945. So schreibt Günther Judick in Erwiderung auf eine Kritik an den PV-Thesen (UZ 4.9.71, S.10) u.a.: „Nach unseren heutigen Erfahrungen kann man davon ausgehen, daß strategische Zwischen- oder Übergangsetappen (also doch) zwischen Imperialismus und Sozialismus wahrscheinlich sind. ... Die DDR, die CSSR und andere Volksdemokratien durchliefen solche Übergangsetappen zum Sozialismus unter ganz bestimmten historischen Bedingungen.“

Was kann uns das Beispiel der DDR, CSSR usw. für die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit sogenannter

„Übergangsetappen“ lehren? Überhaupt nichts! Denn durch die militärische Macht der Roten Armee war der Klassenkampf von vorneherein zugunsten der Arbeiterklasse entschieden und die Bourgeoisie faktisch entmachtet. Das hatte gerade in der DDR die schädliche Folge, daß die Umwälzung sozusagen „zu leicht“ war, so daß die werktätigen Massen nicht in der erforderlichen Weise für diese Umwälzung mobilisiert wurde.

Es ist unsinnig, die Entwicklung in einem Land unter militärischer Besetzung eines sozialistischen Landes zu vergleichen mit einem Land unter der Herrschaft des Imperialis-

mus, wie also der BRD.

Das kann nur zu katastrophalen Fehleinschätzungen in Bezug auf die Möglichkeiten der „friedlichen Umgestaltung“ durch Reformpolitik führen. Wer aber dauernd vom Kräfteverhältnis in der Welt spricht, das angeblich Möglichkeiten zur Vermeidung von Krieg und Bürgerkrieg schafft, der sei erinnert an die Ereignisse in Sudan und Bolivien, wo in zwei Fällen die „demokratische Umwälzung“ von der mit dem Imperialismus verbündeten Konterrevolution zerschlagen wurde. Illusionen werden niemals anders enden als in Katastrophen für die Arbeiter-

Aktionseinheit und politisch-ideologischer Kampf

In der These 41 heißt es u.a. „Eine wichtige Aufgabe der ideologischen Arbeit sieht die DKP im Kampf gegen anarchistische und sektiererische Tendenzen, gegen den Trotzismus und Maoismus in der Bundesrepublik ... Eine Zusammenarbeit mit den Führungskräften solcher Gruppen, die die Gewerkschaften und die DKP bekämpfen, die die Arbeiterklasse weiter spalten wollen und mit der gesamten Reaktion den realen Sozialismus verleumdern, kann es nicht geben.“

Damit hat der PV der DKP die seit langem geübte Praxis gegenüber kommunistischen Organisationen und Gruppen auch grundsätzlich für verbindlich erklärt. Dieser Beschluß gegen die Aktionseinheit unterscheidet sich von dem entsprechenden Münchner Beschluß der SPD nur insoweit, als das Verbot der Zusammenarbeit offiziell auf sogenannte „Führungskräfte“ beschränkt wird. Da es aber selbstverständlich ist, daß gemeinsame Aktionen, Kundgebungen, Kampagnen usw. mit den Leitungen solcher Organisationen abgesprochen werden müßte, kommen Münchner Beschlüsse und These 41

in der Praxis auf ein und dasselbe schädliche Ergebnis.

These 41 dokumentiert zugleich Arroganz und Schwäche des Revisionismus. Es ist kaum sehr logisch, wenn die „UZ“ der DKP vom 28.8.71 gegenüber den Münchner Beschlüssen der SPD u.a. betont: „...wir sehen in den gegensätzlichen ideologischen Positionen kein Hindernis zur politischen Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“ – aber zugleich in der Praxis genauso verfährt wie die SPD – Führung.

Lächerlicherweise gleichen sich sogar ihre „Argumente“ gegen die Aktionseinheit auf Haar. Die SPD-Führer behaupten stets, daß „die Kommunisten es mit ihren Vorschlägen nicht ernst meinen“, daß „die kommunistischen Angebote nur ein Manöver sind“, daß man „mit Kommunisten nicht zusammenarbeiten darf“, weil „diese die SPD bekämpfen“ usw. usf.

Die DKP-Führer behaupten: „Unter dem Deckmantel der Aktionseinheit versuchen sie (gemeint sind SALZ und KAB), günstigere Bedingungen für eine Spaltung der revolutionären Arbeiterbewegung zu schaf-

fen“ („UZ“, 4.9.71, S. 14). Während einer Demonstration Hamburger Kommunisten am 27.8. zum 15. Jahrestag des KPD-Verbots ließ der Landesvorstand der DKP ein Flugblatt verteilen, in dem diese Demonstration als „gegen die Interessen der Hamburger Arbeiter gerichtete Komplott“ beschimpft wurde, dessen „Hintergründe und Hintermänner“ der Landesvorstand der DKP „zum gegebenen Zeitpunkt vor den Arbeitern enthüllen“ werde. Es wurde nicht einmal davor zurückgeschreckt, wider besseres Wissen zu behaupten, die „Gruppen um das SALZ“ seien „die Abieger jener Westberliner SDS-Nachfolger, die kürzlich in Westberlin eine Spalterpartei gründeten und dabei unter Ausnutzung des KPD-Verbots der KPD den Namen stahlen.“

In provokatorischer Weise bemühen sich die DKP-Führer, Kommunisten innerhalb und außerhalb der DKP gegeneinander aufzuhetzen und uns von unseren Bemühungen um die Aktionseinheit abzubringen. Wir werden ihnen den Gefallen nicht tun. Freche Lügen und leere Drohungen der DKP-Führer können daran nichts ändern.

Zum Selbstverständnis einer Sekte

(aus AK 131, Juni 1978)

Seit einigen Monaten ist ein „neuer“ Programm-Entwurf der DKP auf dem Markt. Bei näherem Hinsehen unterscheidet sich dieser Text allerdings kaum von seinen Vorgängern. Da dieser „neue“ Programm-Entwurf zudem absolut nichts von den Diskussionen aufnimmt, die in den vergangenen 10 Jahren seit Gründung der DKP in der Linken geführt wurden, bleibt die Funktion dieses Papiers unklar.

In diesem Artikel soll untersucht werden, was der „neue“ Programm-Entwurf der DKP über das Selbstverständnis dieser Partei aussagt.

Die DKP küßt sich selber ab

In ihrem „neuen“ Programm-Entwurf ist die DKP voll des Lobes für sich selber: Sie sei „hervorgegangen aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung ...“ Sie „wahrt das progressive Erbe des deutschen Volkes“, und zwar nicht bloß die bürgerlich-demokratische Revolution von 1948, sondern auch: „Sie steht in der Tradition des deutschen Bauernkrieges“. Der war um 1525...

An anderer Stelle des „neuen“ Programm-Entwurfs heißt es: „Die DKP hat das Vermächtnis der hervorragenden Führer und Lehrer der deutschen Arbeiterbewegung übernommen. Sie wirkt im Geiste von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Max Reimann“.

Mit ihrem Anspruch als Nachlassverwalter und Alleinerbe der deutschen Arbeiterbewegung kommt sich die DKP freilich mit der „KPD/ML“ ins Gehege, die – fast wortgleich – denselben Anspruch erhebt. So formuliert diese beispielsweise: „Es gibt nur eine Partei, die das revolutionäre Erbe unserer alten KPD angetreten hat: die KPD/ML“. Und: „Sie ist die einzige Partei in Deutschland, die die ruhmreiche Tradition der KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns fortsetzt“ (Zitate aus Werbeschriften zur Hamburger Bürgerschaftswahl).

Gemeinsam ist der DKP und ihrer kleinen Schwester „KPD/ML“ (an deren Spitze nicht zufällig ein alter KPD-Funktionär steht) ein selbstgefälliges und aasgeierhaftes Verhältnis zur Geschichte und Tradition der Ar-

beiterbewegung: Diese erscheint nicht als Verpflichtung für das eigene Handeln, sondern als „Erbe“, auf das die jeweilige Sekte einen förmlichen Besitzanspruch erhebt. „Tradition“, „Vermächtnis“, die ganze „ruhmreiche“ Ahnengalerie sollen der Politik dieser Sekten den Anschein historischer Legitimität geben. Wer so handelt, beweist allein schon dadurch, daß es ihm um alles mögliche gehen mag, aber gewiß nicht um die Sache der Arbeiterklasse und die sozialistische Revolution.

Die Sekte als Avantgarde der Arbeiterklasse

Man wundert sich demnach kaum noch, wenn die DKP in ihrem „neuen“ Programm-Entwurf behauptet, sie sei „eine ständig lernende, mit dem Leben verbundene, schöpferisch handelnde Partei“, und wenn sie gar zur „Stärke der DKP“ auch deren angebliche „Verankerung in der Arbeiterklasse“ rechnet.

Richtig schreibt die DKP in ihrem „neuen“ Programm-Entwurf, „daß das werktätige Volk eine revolutionäre Arbeiterpartei braucht“. Völlig unlogisch führt sie dann aber mit der Behauptung fort: „Diese Partei ist in unserem Land die DKP“. Und an anderer Stelle dieses Textes: „Die DKP ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland“.

Auch in diesem Punkt deckt sich die Argumentation der DKP vollständig mit der der „KPD/ML“. Im Grunde geht es um die alte Frage, ob sich eine Avantgarde per Gründungsakt selbst ernannt, oder aber ob sie sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse herausbildet und bestätigt wird. Es geht darum, daß die Sekten den Begriff „Partei der Arbeiterklasse“ vollständig von seinem realen Inhalt lösen. Sie stellen nicht die Frage, ob die Arbeiterklasse diese Partei als ihre ansieht, sondern sie halten sich für die Avantgarde – ganz egal, was die Arbeiterklasse darüber denken mag.

Im Grunde kommt darin eine Verachtung der realen Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Kommunisten hingegen haben nicht den Anspruch, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, sondern sie haben die Pflicht, es zu

werden bzw. zur Schaffung einer solchen Partei beizutragen.

Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!

Aus ihrem Anspruch, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse bereits zu sein, ergibt sich das Verhältnis der Sekten zu den anderen Organisationen der Linken. Der Gedanke, daß es heute vielleicht mehrere Organisationen geben könnte, die mehr oder weniger zum Aufbau einer kommunistischen Partei beitragen, kommt ihnen gar nicht erst. Übereinstimmend behaupten DKP und „KPD/ML“: Sie selbst seien die einzigen, vor denen die Bourgeoisie wirklich Angst hat. Alle anderen Gruppen, die sich ebenfalls kommunistisch nennen, würden daher von der Bourgeoisie gezielt eingesetzt, um sie, die einzige revolutionäre Kraft, zu schwächen. Auch in diesem Punkt fällt die fast wörtliche Übereinstimmung zwischen DKP und „KPD/ML“ auf:

– In einer Wahlzeitung in Hamburg ließ sich die DKP darüber aus „welche Interessen hinter diesem Unternehmen stecken“, d.h. hinter der „Bunten Liste“. Nämlich: „Es ist auch den Rathausparteien nicht verborgen geblieben, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung immer stärker wird... Und nichts fürchten die CDU, FDP und SPD mehr, als daß ... die Bürger Hamburgs eine echte Alternative in die Bürgerschaft wählen... Sie fürchten die DKP wie der Teufel das Weihwasser. Da paßt eine solche 'Bunte Liste' genau ins Konzept“.

– Ganz ähnlich konnte man es in einer Wahlzeitung der „KPD/ML“ lesen: „Warum aber die Grünen, die Bunten, die Steuerpartei? Die Bundes- und natürlich auch die Landesregierungen wissen, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst. Man rechnet mit 20 Prozent Unzufriedenen, die eine Alternative, einen Ausweg suchen. Und damit diese nicht etwa auf die Idee kommen, sich dem einzig gangbaren Ausweg... zuzuwenden... und der Partei, die dafür kämpft, der KPD/ML, ihre Stimme geben, spielt man lieber selbst mal Opposition... So möchte man eine befürchtete 'Radikalisierung' der Bevölkerung verhindern“.

Wenn die DKP, ebenso wie die

„KPD/ML“, linke Organisationen nicht nur ausschließlich als lästige Konkurrenz betrachtet, sondern wenn diese auch noch als Produkte der Bourgeoisie diffamiert, deren wichtigste Aufgabe die Schwächung der DKP (bzw. der „KPD/ML“) sei, so ist klar, daß seitens der DKP von einer solidarischen Zusammenarbeit oder auch nur einer sachlichen Auseinandersetzung gar keine Rede sein kann. Die faschistoiden Schläger-Einsätze, mit denen die DKP Andersdenkende bei Demonstrationen, „Festivals“ usw. zusammenschlagen läßt, haben ebenfalls hier ihre ideologische Quelle.

Die DKP als Anwalt und Stellvertreter der Arbeiterklasse

Wie wir sahen, hält sich die DKP für die „Partei der Arbeiterklasse“, ganz unabhängig von der Meinung der Arbeiterklasse über diese Einbildung der DKP. Es ist demnach logisch, daß die DKP in ihrem „neuen“ Programm-Entwurf nicht vom Handeln der Arbeiterklasse ausgeht, sondern daß sie, für die Arbeiterklasse handeln will bzw. zu handeln vorgibt:

– „Grundanliegen“ der DKP sei es, „die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes... zur Geltung zu bringen und durchzusetzen“.

– Ihre „entscheidende Gegenwartsaufgabe“ sehe die DKP darin, „die ... Rechte der Werktätigen zu verteidigen“.

– „Beharrlich strebt die DKP danach, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen...“.

– Die DKP wolle „das werktätige Volk in die Lage versetzen, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt einzuleiten“.

– Die DKP wolle die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auf den Kampf für den Sozialismus vorbereiten.

– Die DKP „wirkt für das werktätige Volk der Bundesrepublik“.

– Die DKP „vertritt die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse. Sie organisiert den Klassenkampf auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet“. (Weiß das die Arbeiterklasse?!...)

Bei dieser nicht gerade realistischen Selbsteinschätzung der DKP ist es nicht verwunderlich, daß sie sich selbst für „unerblicklich“ erklärt und stolz behauptet: „Die DKP ist durch keine andere Organisation der Arbeiterklasse zu ersetzen“.

Handelnde Massen kommen hingegen im DKP-Programm-Entwurf nur in Form der „Gewerkschaften“ vor, wobei die DKP an der realen Politik der Gewerkschaftsführer allenfalls „Inkonsequenzen“ und „Widersprüche“ bemängeln mag.

Bürgerinitiativen werden im „neuen“ Programm-Entwurf der DKP überhaupt nur an einer einzigen Stelle und sehr oberflächlich (in einem Nebensatz) erwähnt. Dabei ist nicht von bestimmten Bürgerinitiativen die Rede. Bezeichnenderweise fehlt vollständig jeder Hinweis auf Bürgerinitiativen und konkrete Massenkämpfe im Abschnitt zur „Energiepolitik“. Dafür kann man dort le-

sen: „Die DKP ist grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie“.

Ebensowenig kommen die Frauenbewegung und die Massenkämpfe der letzten Jahre gegen den § 218 im „neuen“ DKP-Programm-Entwurf vor. Stattdessen findet man witzigerweise unter der Zwischenüberschrift „Für die Gleichberechtigung der Frau“ an erster Stelle die Versicherung, daß die DKP „für den umfassenden Schutz der Familie, von Mutter und Kind“ eintrete. Erst an zweiter Stelle steht, daß die DKP auch eintrete für die Verwirklichung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Gleichheit der Ausbildungs- und Aufstiegschancen sowie Einführung der Fristenregelung zum § 218 (und nicht etwa ersatzlose Streichung bzw. vollständige Legalisierung). Mehr hat die DKP zum Thema „Gleichberechtigung der Frau“ anscheinend nicht mitzuteilen.

Die, gelinde gesagt, Zurückhaltung der DKP bei der Erwähnung der realen Massenbewegungen der letzten Jahre in ihrem „neuen“ Programm-Entwurf ist ein reales Spiegelbild der praktischen Haltung, die sie zu diesen Bewegungen einnimmt: Die DKP mißtraut zutiefst jeder realen Bewegung, die nicht entweder von ihr oder zumindest von „den Gewerkschaften“ geführt wird. Auch auf das neue Phänomen der „Grünen“ bzw. „Bunten“ Listen kann die DKP nicht anders als demagogisch geifernd reagieren.

Die heile Welt der DKP

Der mit der DKP sympathisierende Journalist E.A. Rauter hat in „das da“ (Juni 1978) eine recht interessante Untersuchung über Stil-Eigenheiten der DKP-Presse veröffentlicht. U.a. beschäftigt er sich dort mit der Verwendung des Wörtchens „immer“ in Verbindung mit der Steigerungsform, also in Floskeln wie „immer unüberhörbarer“, „immer stärker“, „immer mehr wächst...“ usw. usf.

Was dem Journalisten als Stil-Frage erscheint, dürfte allerdings mehr mit dem gesamten Selbstverständnis der DKP zusammenhängen. Auch der „neue“ DKP-Programm-Entwurf enthält viele Aussagen dieser Art:

– Die „zunehmende Krisenhaftigkeit“ des Kapitalismus „tritt immer klarer zutage“.

– Das „Wesen unserer Epoche... tritt zunehmend deutlicher hervor“.

– Das „Gewicht“ der Arbeiterklasse ist „größer denn je“.

– Die Voraussetzungen für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse „gestalten sich günstiger“.

– Die „kommunistischen“ Parteien „erstarken“.

– Die zyklischen Wirtschaftskrisen „werden tiefer und langwieriger“.

– Die Instabilität etc. des Kapitalismus „wird immer offensichtlicher“.

– Die Politik der Entspannung wird „zunehmend durchgesetzt“.

Diese Aussagen, die sich noch durch weitere ergänzen ließen, deuten allesamt auf ein sehr statisches Weltbild der DKP, das auf der völlig unmarxi-

stischen Annahme einer insgesamt gradlinigen Entwicklung beruht. Rückschläge tauchen dabei ebenso wenig auf wie qualitative Sprünge. Hieraus bezieht auch der „neue“ DKP-Programm-Entwurf seine Zeitlosigkeit. Der ganze „neue“ Programm-Entwurf der DKP enthält kaum einen Satz, der nicht auch schon bei Gründung der DKP vor zehn Jahren ebenso zeitlos „richtig“ gewesen wäre. Die bedeutenden Entwicklungen dieser 10 Jahre haben im „neuen“ Programm-Entwurf der DKP kaum einen Niederschlag gefunden. Die „kommunistischen“ Parteien beispielsweise „erstarken“ einfach immer weiter – „Eurokommunismus“, Spaltungstendenzen im revisionistischen Lager oder der Konflikt UdSSR-China kommen überhaupt nicht vor. Das verschärft Wetttritten und die seit einigen Jahren zu registrierende Abkehr von der sogenannten „Entspannungspolitik“ kommen im „neuen“ DKP-Programm-Entwurf ebenso wenig vor wie die Gegenoffensive des Imperialismus in der Dritten Welt seit Ende des Vietnam-Krieges.

Der „neue“ Programm-Entwurf der DKP geht soweit, daß er ausdrücklich von „unumkehrbaren“ Veränderungen spricht, die im internationalen Kräfteverhältnis eingetreten seien. Auf derselben Ebene liegt die Behauptung des „neuen“ Programm-Entwurfs, daß das imperialistische Kolonialsystem „ein für alle mal zerschlagen“ und „endgültig zusammengebrochen“ sei.

Aus alledem spricht nicht bloß eine Verachtung des wissenschaftlichen Sozialismus und die Unfähigkeit zur konkreten Analyse einer konkreten Situation, sondern derartige Behauptungen gehören auch zum Kern der Sekten-Ideologie der DKP: Ein stark vereinfachtes Weltbild, bei dem es „immer vorwärts“ geht, wie es z.B. auch für religiöse Sekten typisch ist. Nicht wissenschaftliche Einsicht und konkrete Analyse, sondern blinde Zuversicht und Ignoranz gegenüber realen Entwicklungen und Widersprüchen halten den Laden im Wesentlichen zusammen. Es ist genau dasselbe „Bewußtsein“, das auch aus dem bekannten Standardsatz der „KPD/ML“ spricht: „Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt“.

So ist es auch bezeichnend, daß die DKP zur Frage der faschistischen Gefahr, die derzeit immer mehr Demokraten beschäftigt, in ihrem „neuen“ Programm-Entwurf nur eine völlig zeitlose Aussage anbietet: Da der Imperialismus ein „gefährlicher Gegner“ bleibe und da er einen Ausweg aus seiner Krise suche, bestehe „ständig“ die „Gefahr der Anwendung autoritärer oder offenen diktatorischer Herrschaftsformen – bis hin zum Faschismus“. Noch allgemeiner (und eben darum politisch folgenlos) kann man es gar nicht ausdrücken.

Mit einem solchen Programm läßt sich im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus ebenso wenig anfangen wie mit einer solchen Partei. Sie sind nicht „unersetzlich“, sondern überflüssig!

Wie hält es die DKP mit der Demokratie?

(aus AK 122, März 1978)

Zu den wichtigsten, in allen Varianten ständig wiederholten Markenzeichen in der Eigenwerbung der DKP gehört die Behauptung, die DKP sei demokratisch und kämpfe für Demokratie. So wird z. B. geworben:

– „Wir Kommunisten sind die entschiedensten Verfechter der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten für das arbeitende Volk unseres Landes“ (Karl-Heinz Schröder, Sekretär des Parteivorstands, „UZ“ vom 4.5.77).

– „Die UZ ist die einzige Zeitung für Demokraten, weil sie gemäß der politischen Grundorientierung der DKP dem Wirken für eine demokratische Entwicklung der Bundesrepublik und der Aktivität aller demokratischen Kräfte und ihrem gemeinsamen Handeln große Beachtung schenkt“ (Bericht des Präsidiums an die 7. Tagung des Parteivorstands, Aufruf zum „Jahr der UZ“, „UZ“ vom 21.11.77).

– „Die DKP wahrt das progressive Erbe des deutschen Volkes, die vorwärtswendenden Ideen seiner großen humanistischen Denker, die Traditionen seines Kampfes für gesellschaftlichen Fortschritt. Sie steht in der Tradition des deutschen Bauernkrieges, der revolutionären bürgerlichen Demokraten von 1848/49, der Arbeiter, Soldaten und Matrosen der Novemberrevolution von 1918“ (aus dem neuen Programm-Entwurf der DKP, „UZ“ vom 14.12.77).

– „Unsere Partei hat schließlich kein gestörtes, sondern ein völlig intaktes Verhältnis zur Demokratie“ (Präsidiumsmitglied Kurt Frisch, „UZ“ vom 7.4.77).

Was diese Behauptung angeht, muß die DKP sich allerdings zunehmend unangenehme und hartnäckige Fragen gefallen lassen. Nicht nur, weil die DKP an den demokratischen Aktionen der letzten Monate kaum noch Anteil hatte und weil sie sich mit ihren gehässigen Angriffen auf das bevorstehende Russell-Tribunal weithin bloßgestellt hat, sondern auch wegen ihres bemerkenswerten Verhältnisses zur Demokratie in den sogenannten „Ländern des realen Sozialismus“, also vor allem der Sowjetunion und der DDR.

Die Schonzeit ist abgelaufen

Die DKP, namentlich ihr Funktionsapparat, ist in dieser Frage in den letzten Jahren allzu selbstsicher geworden. Immerhin hatte sie z. B. ihren makabren Applaus für die blutige Niederschlagung der polnischen Streiks 1970 ziemlich unbeschadet überstanden. Erst die Ausbürgerung Biermanns durch die

DDR-Regierung im November 1976 brachte die DKP wirklich unter Druck.

Die DKP verdankt die Schonzeit, die ihr in dieser Frage – Demokratie in den „Ländern des realen Sozialismus“ – recht lange von den demokratischen Kräften der BRD gegönnt wurde, so seltsam es klingen mag, vor allem dem herrschenden Antikommunismus. Denn gerade dieser Antikommunismus hat bei vielen Demokraten die Gegenreaktion hervorgerufen, sich auf die herrschende Hetze gegen DDR, Sowjetunion etc. keinesfalls einzulassen, an eigener Kritik zum „realen Sozialismus“ lieber zu wenig als zuviel zu sagen, und sich vor allem an dieser Frage nicht von den Herrschenden auseinanderdividieren zu lassen. Dies ist eine im Grunde völlig richtige Haltung, die aber von der DKP zynisch mißbraucht wurde und wird, um sich jeder Diskussion unter Linken und Demokraten über diese Frage zu entziehen.

Dies wurde der DKP relativ leichtgemacht, solange es der imperialistischen und revisionistischen Propaganda im schönsten Einklang noch gelang, Reaktionen wie Solschenizyn, Sacharow, Bukowski als die Repräsentanten der Opposition in den „Ländern des realen Sozialismus“ darzustellen. Solange diese Konstruktion aufrechterhalten werden konnte, fiel es kaum auf, daß die DKP beharrlich jede inhaltliche Auseinandersetzung vermied und alle „Dissidenten“ pauschal als gekaufte Agenten des Imperialismus hinstellte.

Ein weiteres Element, das der DKP eine relativ lange Schonzeit in dieser Frage ermöglichte, war die Tatsache, daß sie angesichts einer immer mehr nach rechts abdriftenden SPD vielen Demokraten als wichtigste, wenn nicht einzige organisatorische Gegenkraft erschien, die man nicht durch allzu kritische und hartnäckige Fragen in Schwierigkeiten bringen wollte. Auch dieser Grund für eine Schonung der DKP ist aber inzwischen entfallen, seit sich in den letzten Jahren zunehmend demokratische Bewegungen ohne und teilweise sogar (gezwungenermaßen) gegen die DKP entwickelt haben, wie die Bewegung der AKW-Gegner, die Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal u. a. m.

Wenn die DKP heute seitens der demokratischen Kräfte unseres Landes immer stärker und schonungsloser mit der Frage nach der Demokratie in den „Ländern des realen Sozialismus“ konfrontiert wird, so kann dabei allerdings der negative Aspekt nicht übersehen werden, daß

die DKP mit dieser Frage auch von den Herrschenden gezielt unter Druck gebracht werden soll. Das gilt speziell für die anscheinend derzeit in den Gewerkschaften anlaufende Kampagne, bei der es letzten Endes darum geht, an dieser Frage einen „Unvereinbarkeitsbeschuß“ auch gegen die DKP durchzusetzen. Übermut und Arroganz der ihrer Gewerkschaftspötschen allzu sicher gewordenen DKP-Funktionäre begünstigen diese Taktik der Gewerkschaftsführung. Die demokratischen Kräfte unseres Landes haben keinen Grund, sich dadurch von ihren kritischen Fragen an die DKP abbringen zu lassen!

Sowjetunion – Musterland der Demokratie?

Die Sowjetunion, und mit einem Abstand dahinter auch die DDR, wird von der DKP als das Musterland der Demokratie dargestellt:

– „Wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland verstehen die Existenz des realen Sozialismus als die wichtigste Errungenschaft der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Der Aufbau des Sozialismus in den Ländern des realen Sozialismus ist die Verwirklichung der Lehre von Marx, Engels und Lenin“ (DKP-Vorsitzender Herbert Mies, „UZ“).

– „Von den großen demokratischen Errungenschaften des realen Sozialismus zeugt sehr eindrucksvoll der vor wenigen Tagen veröffentlichte Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR, zu dessen wichtigsten Aufgaben es gehört, die sozialistische Demokratie weiter auszubauen. Diese Verfassung zeigt allen, daß wahre Freiheit nur durch den Sozialismus zu gewährleisten ist. Sie und die Wirklichkeit des realen Sozialismus weisen darauf, daß es keinen Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit gibt ... Anhand dieser Verfassung können sich auch Nichtkommunisten davon überzeugen, daß es im realen Sozialismus für die arbeitenden Menschen gesicherte Freiheitsrechte gibt, daß für die Kommunisten Sozialismus und wahre Demokratie zusammengehören, daß die Verleumdung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten keinem anderen Zweck dient, als dem Befreiungskampf der vom Großkapital unterdrückten Klassen und Völker zu schaden“ (DKP-Vorsitzender Herbert Mies, Rede auf der 6. Tagung des Parteivorstands, Beilage zur „UZ“ vom 23.6.77).

– „Die neue Verfassung der UdSSR veranschaulicht ihr wichtigstes Merkmal, daß nämlich die Rechte und Freiheiten der Bürger, ihre Gleichberechtigung und die Möglichkeiten, an den Entscheidungen über alle staatlichen Angelegenheiten in der Wirtschaft wie im gesellschaftlichen Leben mitzuwirken, real garantiert sind“ (Grußadresse des Parteivorstands an die KPdSU, „UZ“ vom 7.11.77).

– „Diese Beispiele zeigen, daß es sich für die arbeitende und lernende Jugend lohnt, sich gründlich und exakt über den Entwurf der neuen Verfassung der Sowjetunion zu informieren. Das schärft den Blick dafür, wie im Sozialismus die elementaren Menschenrechte verwirklicht werden. Eben jene sozialen Grund- und Menschenrechte, für deren Durchsetzung in der Verfassung und in der Wirklichkeit unseres Landes noch harte Kämpfe geführt werden müssen“ (Hubert Reichel, „UZ“ vom 8.9./6.77).

Die Aufforderung der DKP an die westdeutsche Bevölkerung, „gründlich und exakt“ den Entwurf zur neuen sowjetischen Verfassung zu lesen, stellt nicht nur eine Verhöhnung aller Demokraten dar, die ernsthaften Fragen nach der tatsächlichen Situation in der Sowjetunion, DDR usw. haben, sondern demonstriert auch anschaulich die sektiererische Abgehobenheit dieser Partei von den realen Klassenbewegungen in der BRD.

Kriminalisierung der Opposition

Da der geschriebene Text der Verfassung der Sowjetunion ebenso wie der der DDR das Recht auf Meinungsfreiheit und Kritik „garantiert“, steht für die DKP außer Frage, daß dort niemand wegen seiner Meinung unterdrückt wird. Hierbei folgt die DKP der Argumentation der KPdSU: „Dabei wird in der Sowjetunion keiner wegen seiner Überzeugung verfolgt. Jedoch werden in Übereinstimmung mit den sowjetischen Gesetzen Personen zur Verantwortung gezogen, die antisowjetische Propaganda betreiben, die das in unserem Lande bestehende sozialpolitische System untergraben und die bewußt systematisch lügnische Hirngespinnste verbreiten, die die sowjetische staatliche und gesellschaftliche Ordnung in den Schmutz ziehen. Es handelt sich also um die Bestrafung vorsätzlicher Handlungen gemäß den Artikeln 70 und 190 des Strafgesetzbuches ...“ (Redaktioneller Artikel der „Pravda“ vom 11.2.77, zit. nach „Informationsbulletin“ vom 5.3.77).

Dementsprechend bezeichnet die DKP die Opposition in den „Ländern des realen Sozialismus“ als „einige Feinde des Sozialismus ...“, die wegen Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit mit der Macht des arbeitenden Volkes in Konflikt geraten sind“ (Karl-Heinz Schröder, Sekretär des Parteivorstands, „UZ“ vom 4.5.77), als „Bürger der So-

wjetunion, die die Gesetze des Landes, in dem sie leben, eklatant verletzt haben“ („UZ“ vom 22.2.77). Entsprechend wurde auch zur Verhaftung Bahros in der DDR Stellung genommen: „... daß dieser Bahro wegen kritischer Äußerungen in der DDR verhaftet worden sei, ist eine Lüge. Kritik und Selbstkritik sind ein ständiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ... Im Fall Bahro jedoch geht es schlicht und einfach um den Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit, um den Verdacht, daß ein Bürger der DDR offensichtlich unter Verletzung der für alle gültigen Gesetze mit einschlägigen westlichen Dienststellen konspiriert hat und sich zum Handlanger imperialistischer Hetzpropaganda und Diversionenversuche gegen den Sozialismus machte“ („UZ“, 26.8.77).

Mit „Kriminelle festgenommen“ überschrieb die „UZ“ am 19.1.77 eine kleine Meldung über die Verhaftung von vier Unterzeichnern der Charta 77 in der CSSR. Sie seien „wegen schwerwiegender krimineller Handlungen, die gegen die Grundlagen der Republik gerichtet sind“, verhaftet worden: sie hätten nämlich „seit längerer Zeit Verbindungen zu ausländischen feindlichen Kräften und Emigrantenzentren unterhalten und ihnen Material übergeben, die die Interessen der CSSR schädigen“ („UZ“, 19.1.77).

Am 20.10.77 berichtete die „UZ“ unter der Überschrift „Wegen Subversion verurteilt – Prager Gericht ahndete Aktivitäten gegen die CSSR“ über die Aburteilung der im Januar Festgenommenen, unter ihnen Otto Ornest (dreieinhalb Jahre) und Jiri Lederer (drei Jahre), die wegen „Untergrabung der Republik“ (§ 98 des Strafgesetzes) verurteilt wurden. Zwei andere Angeklagte – Frantisek Pavlicek und Vlaslav Havel, wurden wegen „Vorbereitung zur Untergrabung der Republik“ bzw. „Versuch der Schädigung der Interessen der CSSR im Ausland“ verurteilt. Gegen den Prozeß protestierten u. a. die revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens.

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie seien an einer „antisozialistischen Verschwörung“ beteiligt gewesen. Sie hätten „konspirative Verbindungen zu Emigrantenzentren hergestellt und Material für die vom CIA-Agenten Pavel Tigrd geleitete Zeitschrift „Svedectvi“ sowie für die Zeitschrift „Listy“ besorgt, hinter der ebenfalls aus US-Quellen finanzierte Jiri Pelikan steht“ („UZ“, 8.12.77). – Von den beiden genannten Zeitschriften ist speziell „Listy“ das bedeutendste Blatt der demokratischen CSSR-Opposition im Ausland. Es liegt auf der Hand, daß der § 98 des Strafgesetzbuches der CSSR („Untergrabung der Republik“) nichts anderes beinhaltet als die westdeutschen „Staatschutzgesetze“, während es für einen Paragraphen wie den über die „Schädigung der Interessen der CSSR im Ausland“ in der BRD bisher noch gar keine Entsprechung gibt, sondern hierzu Konstruktionen aus einzelnen

anderen Paragraphen aufgebaut werden müssen (siehe Kampagne gegen das Russell-Tribunal). Es handelt sich bei den Paragraphen über „Untergrabung der Republik“ und „Schädigung der Interessen im Ausland“, ebenso wie bei den entsprechenden sowjetischen Paragraphen über „antisowjetische Propaganda“ usw. oder auch vergleichbaren Gesetzen in der DDR um reine Gesinnungs- und Meinungsdelikte, die kriminalisiert werden sollen.

Insgesamt berichtet die „UZ“ sehr selten über derartige politische Prozesse in den „Ländern des realen Sozialismus“. Im Fall des Prager Prozesses gegen Ornest, Lederer, Pavlicek und Havel war offenbar der Prozeß und damit verbundene Sorge um innerparteiliche Verunsicherung in der DKP der Grund für die relativ breite Behandlung in der „UZ“.

Mitunter reicht die Verwirrung bis in die Reihen der „UZ“-Redaktion: So konnte man am 1.2.77 in der „UZ“ lesen, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS habe die Behauptung, dem „Dissidenten“ Sacharow drohe Bestrafung, als „Unsin“ bezeichnet. Diese Behauptung war vom US-Außenministerium in Zusammenhang mit einem „Gespräch“ des Staatsanwalts Gussew mit Sacharow aufgestellt worden. Bei diesem Gespräch ging es um Äußerungen Sacharows, ein Bombenanschlag in der Moskauer U-Bahn passe in das Konzept des KGB. In der „UZ“ vom 27.1.77 war über das „Gespräch“ Gussew – Sacharow zu lesen gewesen, Gussew habe Sacharow „darauf aufmerksam gemacht, daß seine provokatorische Erklärung, mit der Explosion in der U-Bahn hätten Staatsorgane zu tun, vorsätzlich verleumderische Erfindungen enthält, die die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung in Mißkredit bringen und folglich strafbar sind. Sacharow wurde mitgeteilt, daß solche verleumderische Tätigkeit nicht länger geduldet werde und daß er, falls er diese Warnung ignoriere, gemäß den in der UdSSR geltenden Rechten zur Verantwortung gezogen werden wird“. – Was ist nun der „Unsin“?

Seit der Nachweis, daß es sich bei allen „Dissidenten“ um „Feinde des Sozialismus“ handle, immer schwerer zu führen ist, haben auch die Rechtfertigungsschwierigkeiten der DKP zugenommen. So sah sich beispielsweise Peter Schütt (Mitglied des DKP-Parteivorstands, Kandidat zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen) zu folgender Klarstellung genötigt: „Wir sind uns doch darin einig, daß Havemann, Bahro, Fuchs und andere offensichtlich einen anderen Weg zum Sozialismus wollen als den, den die SED auf ihrem VIII. Parteitag beschlossen hat ... Ich gehe davon aus, daß die sozialistische Gesetzmäßigkeit in allen diesen Fällen gewahrt wurde. In der DDR hat die Arbeiterklasse die Macht, die SED ist die Partei, die diese Macht ausübt,

die hat einen bestimmten Weg zum Sozialismus beschlossen, und der muß jetzt durchgesetzt werden. Auch mit gesetzlichen Maßnahmen" („Konkret", November 1977). Schon derjenige also ist für die DKP kriminell, der den „Sozialismus" der SED mit Korruption, „Intershop"-Läden etc. nicht für das einzig wahre hält, der einen anderen „Weg zum Sozialismus" anstrebt.

Diffamierung der Opposition

Kaum weniger schlimm als die Kriminalisierung politischer Opposition ist deren Diffamierung. So werden die „Dissidenten" beschimpft als „ein klägliches Häuflein antisowjetische gesinnter Elemente, die ihre Heimat und ihr Volk verleumdern", „Abtrünnige, die von ihren Völkern verachtet werden", „ein winziges Grüppchen von Menschen, die niemanden und nichts vertreten, die dem Sowjetvolk fremd sind und die überhaupt nur da sind, damit sie vom Westen ausgehalten, bezahlt und vorgewiesen werden", „Renegaten, die in ihrem Kampf gegen die sowjetische Ordnung den Weg der direkten Zusammenarbeit mit ausländischen antisowjetischen Zentren beschritten haben" („Prawda", 11.2.77, zit. nach „Informationsbulletin" vom 5.3.77). Es seien „Abtrünnige und Verräter ... die sich in unbezahlbarer Eitelkeit und Überheblichkeit, aus egoistischem Interesse oder sogar für Geld vom eigenen Volk ... isolieren" (Gemeinsame Erklärung von Künstlern der CSSR, zit. in „UZ" vom 31.1.77).

„Stalinistische" Sprachregelungen vermögen sich in diesen inhaltslosen Schimpfkanonaden mit unverhüllten Appellen an nationalistiche Instinkte („Verrat am eigenen Volk", „dem eigenen Volk fremd" usw.).

Vor allem der Vorwurf, die „Dissidenten" seien vom Imperialismus gekauft, taucht in den Stellungnahmen der DKP selbst immer wieder auf. „Dissidenten – bezahlte Helfer des Kapitals" war z.B. ein solcher Artikel in der „UZ" vom 14.2.77 überschrieben. Die „Bürgerrechtler" seien „der Bourgeoisie schon öfter zu (gut bezahlten) Diensten" gewesen (Ulli Meyer, „UZ" vom 19.2.77). „Für skrupellose Individuen, die sich als Bürger sozialistischer Staaten für dieses Geschäft hergeben, ist die Sache äußerst lohnend" (L.H./E.H., „UZ" vom 21.1.77). Auch Bahro habe den Imperialisten „dazu offensichtlich seine aufgehaltene Hand gereicht" (G.P., „UZ", 26.8.77).

Die „aufgehaltene Hand" erinnert stark an ganz ähnlich klingende Vorwürfe des KBW gegen jeden, den er des „Opportunismus" verdächtigt. Und noch ein anderer Vergleich drängt sich auf: Aus welcher Zeitung ist z.B. die Überschrift „Biermann besser bezahlt als Rudi Carell"? Nein, nicht aus der „UZ", sondern aus der „Bild" vom 5.1.77, und diese: „Biermann wird Millionär"? Nein, das ist nicht die „Bild", sondern das ist die „UZ" vom 16.4.77. In „Bild" hieß das ein Vierteljahr

vorher: „Biermann: In 6 Wochen 300.000 Mark verdient!" („Bild", 3.1.78).

Eine besondere Delikatesse unter den Diffamierungen der „UZ" ist die „kriminelle Laufbahn des Alexander Ginsburg" (Artikelüberschrift in der „UZ" vom 9.3.77). Als Ginsburg, einer der bekanntesten jüdischen „Dissidenten", in der Sowjetunion verhaftet wurde, wußte die „UZ" bereits zu berichten, er sei „wegen Schwarzhandels und Hehlerei" vorbestraft („UZ", 7.2.77). Die „UZ" vom 11.2.77 berichtete ausführlicher über die „Geschäfte des Alexander Ginsburg" (Artikelüberschrift): Bei Ginsburg sei „die Kriecherei vor dem Westen auf Gier nach Geld – eben nach Geld nur nach Geld – zurückzuführen". „In der Wohnung von Ginsburg habe man Geld verteilt und Devisengutscheine gegen Devisen und umgekehrt eingetauscht". Der Kreis um Ginsburg „vereinig[e] verschiedene haßerfüllte und moralisch labile Menschen, verschiedener Art Gescheiterte, die all ihre Mißerfolge der Sowjetmacht anlasten. Um diese Personen schwärmen auch einfach Kriminelle."

Noch interessanter wurde es in der „UZ" vom 9.3.77, wo tiefer ins Detail gegangen wurde. Zwar fand man wiederum k e i n Wort, worin der Inhalt der „antisowjetischen verleumdenden Schriften" bestand, die bei Ginsburg gefunden worden sein sollen, dafür erfuhr man aber weitaus wichtigere Einzelheiten: „In der Schule zeichnete sich Ginsburg nicht gerade durch Fleiß aus. In der zehnten Klasse wurde er wegen systematischen Schulschwänzens von der Schule verwiesen". Über seine weitere „kriminelle Laufbahn" heißt es: „Seine Freizeit widmete der dem Ankauf von gestohlenen Ikonen, die er an Ausländer verschob". Später habe Ginsburg dann begonnen, „für Whisky und Zigaretten" an ausländische Journalisten „sensationelle Geschichten über sowjetische Foterkammern" zu verkaufen. Der Anklag dieser Beschreibung an nazistische Verleumdungen über jüdische Antifaschisten ist wohl mehr als Zufall. Denn, wie der „UZ" vom 9.3.77 auch zu entnehmen ist: Bei Ginsburg seien „zionistische verleumdende Schriften" gefunden worden, was immer man sich darunter vorstellen mag. „Die Ansichten Ginsburgs tragen einen ausgeprägten prozionistischen Charakter. Er verkündete zum Beispiel, für die jüdische Welterschaft kämpfen zu wollen" (Boris Antonow, „UZ" vom 9.3.77). Da schmunzelt der Antisemit! ...

Zur Methode der Diffamierung gehört es auch, daß in Prag Pornofotos von Ludwig Vaculik, einem der prominentesten Unterzeichner der Charta 77, in Briefkästen verteilt wurden. Die „UZ" vom 14.2.77 druckte prompt eines der Fotos ab und kommentierte höhnisch, Vaculik sei „nicht wegen der Charta 77, sondern wegen Pornographie und Grabschändung" verhaftet worden (einige der Fotos zeigten ihn angeblich mit seiner Freundin nackt auf einem Grab). „Das sehen die

Freiheitskämpfer aller Schattierungen sicher als die Freiheit an, für die sie eintreten" („UZ", 14.2.77).

DKP „Sozialismus"? – Nein danke!

Die DKP erklärt bei allen sich bietenden Gelegenheiten, sie sei „für eine umfassende Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte" (aus dem Programm-Entwurf, „UZ" vom 14.12.77). Dieses „Bündnis der verschiedenen politischen, sozialen, weltanschaulichen Kräfte in unserem Land" solle nicht nur für die „unmittelbar anstehenden Aufgaben des Kampfes" Bestand haben, sondern „in gleicher Weise für den Kampf um grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen und für den Sozialismus. Wir gehen davon aus, daß auch der Sozialismus von einem solchen Bündnis getragen sein wird" (Willi Gerns, Mitglied des Parteipräsidiums, auf einer Pressekonferenz mit Mies zum neuen Programmentwurf, „UZ" vom 12.12.77).

Willi Gerns scheint im DKP-Parteivorstand überhaupt der Experte für diese Art von Zukunftsversprechungen zu sein: So entwickelte er bereits in der „UZ" vom 23.3.77 sehr detaillierte Vorstellungen über die sozialistische Zukunft: „Ganz sicherlich" werde „der Bundestag in einer sozialistischen Bundesrepublik ein großes Gewicht erlangen"; der Bundestag werde „zu einem wahren Parlament des arbeitenden Volkes, zum Ort wirklicher Volkssouveränität" werden. „In einer sozialistischen Bundesrepublik ist es nicht nur denkbar, daß mehrere Parteien beim Aufbau des Sozialismus ein Regierungsbündnis eingehen, sondern es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine parlamentarische Minderheit geben, wenn diese sich an die Verfassung der sozialistischen Bundesrepublik hält". Die Gewerkschaften würden dann „im gesamten gesellschaftlichen Leben einen außerordentlich wichtigen Platz einnehmen"; die Betriebsräte würden „sicherlich mit neuen Rechten versehen eine große Rolle spielen können". Es sei sogar „denkbar", daß auch „solche neuen Organisationsformen des Volkes" wie die Bürgerinitiativen „bei der Lösung herangereifter Probleme in einer sozialistischen Bundesrepublik ihren Platz haben werden".

Soweit also „Gerns Märchen"! Im selben Artikel schreibt Gerns aber auch: „Die neuen Rechte und Freiheiten der sozialistischen Demokratie können nicht gesichert werden, wenn dazu nicht auch das Recht gehört, die Versuche der gestürzten Ausbeuter, diese Rechte wieder zu beseitigen, durch den entschlossenen Kampf der Werktätigen und die Anwendung der sozialistischen Gesetzlichkeit entschieden zu bekämpfen". Dies gehöre, schreibt Gerns, zu den „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten" und sei „unverzichtbar". „Da sich der Sozialismus vor allem durch diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten auszeichnet, ist er

seinem Wesen nach international. Es kann deshalb auch keine nationalen oder regionalen Sozialismusmodelle geben".

Bekämpfung der gestürzten Ausbeuter klingt an sich nicht schlecht. Indessen macht schon Gerns selbst deutlich, daß er zu den zitierten „Versuchen der gestürzten Ausbeuter ..." u.a. auch rechnet, „daß verschiedene Sozialismusmodelle" erfunden werden und dem realen Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft das Modell eines „Eurokommunismus" entgegengestellt wird". Liest man beispielsweise die Polemiken der DKP gegen Carillo oder gegen Ellenstein (revisionistischer Ideologe der PCF), so könnten nur ganz naive Menschen daran zweifeln, daß die Vertreter derartiger Positionen in einem DKP-„Sozialismus" nur die Wahl zwischen Ausweisung oder Gefängnis hätten. Ellenstein beispielsweise, so liest man in der „UZ", habe „sich dazu hergegeben", im Rahmen einer „antikommunistischen Serie" des „Spiegel", „den realen Sozialismus zu verleumdern" (fast genau wegen solcher „Verbrechen" standen Jiri Lederer und andere in Prag vor Gericht); Ellenstein habe „Wasser auf die Mühlen der antisowjetischen Propaganda und der professionellen Antikommunisten geleitet" (Zitate aus einem Artikel von Dr. Richard Kumpf, Leiter des Engels-Zentrums der DKP, „UZ" vom 27.5.77). Carillo wurden u.a. eine „offenbar unfreundliche Position gegenüber dem ersten sozialistischen Staat der Welt", „ein guter Dienst für den Klassengegner" und last not least „antisowjetische Aktivitäten" vorgeworfen („UZ" vom 25.6.77). Alles „kriminelle Delikte" im „realen Sozialismus"!

Die DKP behandelt den „Eurokommunismus" ausschließlich als „ideologische Diversion" (sowie wie „Wühlätigkeit") des Imperialismus, als Versuch, „den brüchig und unglaubwürdig gewordenen militanten Antikommunismus durch neue Varianten zu ergänzen" (Parteivorstandender Mies in der „UZ" vom ...).

Demgegenüber mutet es schon wie eine Verhöhnung an, wenn die DKP davon spricht, den Sozialismus mit einem breiten Bündnis fortschrittlicher Kräfte aufbauen zu wollen, die Rechte einer parlamentarischen Minderheit zu respektieren usw. Blanker Hohn ist es auch, wenn die DKP davon spricht, sie strebe „ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen", sie erhebe „im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften keinen Führungsanspruch" (Gerns auf der Pressekonferenz zum neuen Programm-Entwurf, „UZ" vom 12.12.77), der Aufbau des Sozialismus werde sich „über diese oder jene Form der Aktionseinheit mehrerer Arbeiterparteien entwickeln" (Gerns, „UZ" vom 23.3.77). Auf der anderen Seite wird z.B. den Vertretern des „Prager Frühlings" von 1968 vorgeworfen, es sei ihre Absicht gewesen, die KP

„der führenden Rolle in der Gesellschaft zu entledigen und ein System konkurrierender Parteien zu errichten – teils mit bürgerlich-nationaler, teils mit sozialdemokratischer Tradition (die Gründungsausschüsse der Sozialdemokratischen Partei arbeiteten seit dem Frühsommer 1968)" – Frantisek Kriegel, später einer der Unterzeichner der Charta 77, 1968 Vorsitzender der „Nationalen Front" (formal ein Parteienbündnis, praktisch eine Filiale der KP), habe damals vorgeschlagen, eine Sozialdemokratische Partei in die „Nationale Front" aufzunehmen. All dies wird in der „UZ" im Ton höchster Entrüstung berichtet, als ob es sich dabei um strafwürdige Verbrechen handeln würde (Elvira Högemann-Ledwohn, „UZ" vom 18.3.77).

Was hätten die demokratischen Kräfte von einem DKP-„Sozialismus" zu erwarten, wenn sogar schon „eurokommunistische" Positionen diffamiert und kriminalisiert werden?

Die DKP hat die Diktatur des Proletariats längst als angeblich „unzeitgemäß" aus ihren Programmen gestrichen. Zugleich erhebt sie aber den Anspruch, daß im „realen Sozialismus" der Staat und die „Kommunistische" Partei das Recht hätten, jede auch nur geringfügig abweichende Vorstellung zu kriminalisieren, Kritiker einzusperren oder auszuweisen, nur weil sie vielleicht ein anderes „Sozialismus-Modell" vertreten oder weil sie den „realen Sozialismus" gar nicht für Sozialismus halten.

Diktatur des Proletariats bedeutet etwas anderes. Die sozialistische Revolution kann in einem Übergangsstadium verschärfter Klassenkämpfe, womöglich des Bürgerkriegs, sehr weitgehende Unterdrückungsmaßnahmen erfordern. Ist die Macht der Arbeiterklasse aber konsolidiert, so tritt die politische Überzeugungsarbeit an die erste Stelle. Unabhängig von der Einschätzung der Klassenverhältnisse in den „Ländern des realen Sozialismus" – also unabhängig von der Frage, wer dort überhaupt die Diktatur über wen ausübt – ist durch nichts zu rechtfertigen, daß z.B. in der Sowjetunion 60 Jahre nach der Oktoberrevolution wegen bloßer Meinungsäußerungen Menschen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt werden.

Die SEW, Westberliner Variante der DKP, hat in ihrer Zeitung „Die Wahrheit" vom 16./17.7.77 geschrieben: „Kernstück des Antikommunismus ist in unserer Zeit der Antisowjetismus ... Auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion und auf die UdSSR insgesamt konzentriert sich das Feuer der imperialistischen Ideologen".

Dies ist unzweifelhaft wahr. Lächerlich ist allerdings der angebliche Grund, den die Revisionisten dafür benennen, nämlich die „wachsende Attraktivität des realen Sozialismus". Daß dies nicht stimmt, müßte eigentlich jedem DKP'ler klar sein, der mal mit lebendigen Menschen gesprochen hat. Im Gegenteil: Es ist die wachsende Unattraktivität

des „realen Sozialismus", die es den Imperialisten nahelegt, ihre Angriffe auf den Kommunismus und auf die Arbeiterbewegung vor allem in das Gewand des Antisowjetismus und der Polemik gegen den „realen Sozialismus" zu kleiden.

Die Menschen in den kapitalistischen Ländern, die immer mehr um ihre einfachsten demokratischen Rechte kämpfen müssen, empfinden die Berichte über die blutige Niederschlagung von Arbeiterkämpfen in Polen, über Prozesse gegen Oppositionelle in Polen, über die Einkerkung Bahros, über die Ausweisung Biermanns aus der DDR, usw. nicht als sonderlich „attraktiv" und auch nicht gerade als hilfreich für ihren eigenen Kampf.

DKP – Bündnispartner im demokratischen Kampf?

Die DKP spart nicht mit Beteuerungen, sie werde „auch die geringste Übereinstimmung mit Sozialdemokraten zum Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns machen", sie sei „immer zur Aktionseinheit ... immer zum Bündnis mit allen demokratischen Kräften bereit". Zusätzlich kann man lesen: „Wir Kommunisten dürfen keine Geringschätzung Andersdenkender zulassen", „Wir dürfen uns nicht abkapseln oder in eine Haltung der Mißachtung der Positionen anderer Demokraten verfallen". Es könne „Meinungsverschiedenheiten" geben, „bisweilen sogar starke Gegensätze", aber das könne kein Grund sein, auf Aktionseinheiten und Bündnisse zu verzichten. Und: „Jeder Bündnispartner hat Anspruch auf Gleichberechtigung". „Wir werden stets das Eingende dem Trennenden voranstellen". (Zitate aus der Rede des Parteivorsitzenden Herbert Mies auf der 6. Tagung des Parteivorstands, Beilage zur „UZ" vom 23.6.77).

Diese gar nicht schlecht klingenden Versprechungen werden freilich sogleich verbunden mit recht unverschämten und großwahnsinnigen Ansprüchen: Das Verhältnis zur DKP sei „die Gretchenfrage für Demokraten", sei „in der Tat ein Prüfstein, an dem sich die Geister scheiden". „... es gibt kein Drumherum um die Frage: Wie hältst du's mit der DKP? Sie markiert eine Scheidelinie ... Wer als Demokrat sein Ziel nicht auch mit den Kommunisten verfechten will, kann am Ende nur in eine Frontstellung gegen die eigenen Interessen und Ziele abgedrängt werden. Im Zeichen der andauernden Krise spitzt sich diese Fragestellung fast täglich weiter zu" (Kurt Erlebach, Mitglied des Parteivorstands, „UZ" vom 15.6.77).

Dies ist so selbstherrlich gemeint wie es klingt: die DKP vertritt allen Ernstes die These, daß o h n e sie demokratische Aktionen und Bewegungen nicht möglich seien! Entsprechend unverschämte tritt sie auch auf, sobald sie es angesichts der Kräfteverhältnisse für möglich hält.

Betrachtet man das Verhältnis der DKP zu den „Dissidenten" des „realen Sozialismus", das sich auf Krimi-



nalisierung und Diffamierung beschränkt, betrachtet man auch das kaum viel bessere Verhältnis der DKP zu den „Euro-Kommunisten“, so wird man vernünftigerweise alle Beurteilungen über Gleichberechtigung nur auf der Basis, daß die von ihr umworbenen Bündnispartner heute noch um ein vielfaches einflußreicher sind als die DKP selbst. Wäre es anders, hätten wahrscheinlich die vielumworbenen Demokraten von der DKP nichts besseres zu erwarten als Biermann, „Euros“ oder auch als die verhaßten „Maoisten, Trotzlisten und Anarchisten“. Also nicht nur strikte Ablehnung jeder Aktionseinheit, sondern auch übelste Diffamierung, Fälschungen, Prügel-Überfälle auf Zeitungsverkäufer anderer Organisationen usw. Und entspricht es nicht haargenau den Methoden, die in der Sowjetunion, DDR oder CSSR gegen „Dissidenten“ angewendet werden, wenn 1976 ausgerechnet ganz kurz vor der Bundestagswahl von der DKP jeweils ein Funktionär des KBW und der „KPD“ mit lächerlichsten „Beweisen“ als Agenten des Verfassungsschutz verurteilt wurden – ohne daß man später je wieder etwas von diesen Geschichten hörte?

Schon heute verleumdet die DKP je nach Bedarf kleinbürgerliche „Sozialismus-Modelle“ – wie sie von Teilen der Jusos, linken SPD'ern u.a.m. vertreten werden – als Bestandteil der konterrevolutionären Globalstrategie des Imperialismus. Und schon heute werden selbst die umworbenen Christen, Sozialdemokraten, Liberalen usw. bei der DKP auf Granit – oder Kaugummi, je nachdem – beißen, sobald sie über Fragen der Demokratie in den „Ländern des realen Sozialismus“ diskutieren wollen. Höchstens privat, über den Bierstisch weg, mag da noch eine Auseinandersetzung laufen. Sonst absolut nichts! Wer öffentlich Fragen zu diesem Thema stellt, wird sofort verleumdet, er wolle demokratische Bündnisse spalten, er wolle die DKP aus Bündnissen herausdrängen, er wolle die Bewegung gegen die Berufsverbote spalten, er wolle die „raffinierten Methoden

des Antikommunismus“ gegen demokratische Bündnisse einsetzen usw. So Herbert Mies, Parteivorsitzender, in der „UZ“ vom 3.12.76 nach der Ausbürgerung Biermanns.

Herbert Mies sagte auch, wie die DKP ihr Verhältnis zu den demokratischen Kräften in der BRD sieht: Man erwarte ja gar nicht, daß sie sich in jedem Punkt der Meinung der DKP anschließen. (Toll!) Man verschleiße sich auch nicht des Diskussion, sondern sei stets zur Diskussion bereit. (Noch toller!!) – ABER:

„Wir sind also für Diskussionen, aber für solche Diskussionen, die der Arbeiterklasse und den Linkskräften nutzen, für Diskussionen, die der Einigung der Linkskräfte und nicht ihrer weiteren Auseinanderdifferenzierung dienen. Eben in der Entwicklung einer solchen notwendigen und nützlichen Diskussion über die erfolgreiche Verwirklichung der politischen Linie des Bonner Parteitags wollen uns unsere Gegner von rechts bis hin zu den maoistischen Gruppen Knüppel zwischen die Beine werfen. Die Versuche, unserer Partei Schwierigkeiten zu bereiten, unserer Partei destruktive, auf die Änderung ihrer politischen Linie hinzielende Diskussionen aufzuzwingen, sind ... nicht neu ...“

Es ist entlarvend, daß Mies eine auf Änderung einer politischen Linie abzielende Diskussion – wozu diskutiert man eigentlich sonst?! – bereits als „destruktiv“ empfindet. Offenbar kann die DKP es sich nur so vorstellen, daß durch eine Diskussion die andere Seite ihre Politik ändert. Der bloße Gedanke, daß es vielleicht auch mal andersherum gehen könnte, wird schon als Provokation aufgefaßt. Bezeichnend auch, welches Thema Herbert Mies den seiner Meinung nach „destruktiven“ Diskussionen über die Demokratie im „realen Sozialismus“ entgegenstellt: Er möchte lieber über die „Verwirklichung der politischen Linie des Bonner Parteitags“ der DKP diskutieren. Was stellt sich dieser Mann eigentlich unter Bündnispolitik und gleichberechtigter Diskussion vor?! ...

Wir widersetzen uns trotzdem nach wie vor entschieden jeder Auffassung, die die DKP von vornherein aus demokratischen Bündnissen her-

aushalten will. Dies zum einen, weil wir sehr wohl sehen, daß die Mitglieder der DKP ebenso wie wir in einer Konfrontation zum bürgerlichen Staat stehen, die sie zu potentiellen Bündnispartnern im demokratischen Kampf macht. Zum anderen aber auch, weil wir davon ausgehen – und darin von jahrelanger Erfahrung bestätigt werden – daß eine sektiererische Haltung, wie sie beispielsweise von „KPD“ und „KPD/ML“ vertreten wird, Zuarbeit für die spalterische Politik der DKP-Führung leistet.

Ebenso widersetzen wir uns aber auch entschieden jeder Tendenz, sich von der DKP auch nur im geringsten erpressen zu lassen. Beispiele dafür gibt es ja genug, zuletzt das Russell-Tribunal, wo die DKP an den westdeutschen Beirat mit dem ebenso unverschämten wie idiotischen Ansinnen herantrat, er möge dafür garantieren, daß die internationale Jury auf dem Tribunal bestimmte der DKP nicht genehme Themen (u.a. Gewerkschaftsausschlüsse) nicht behandeln wird – wofür der westdeutsche Beirat natürlich überhaupt keine Garantie abgeben kann! Erpressung ist es ebenso, wenn die DKP jede Diskussion z.B. über Berufsverbote in den „Ländern des realen Sozialismus“ verbieten will und dieses Diskussionsverbot als Voraussetzung für eine Bündnispolitik festlegen will. Nach der Devise: Darüber will die DKP nicht sprechen; wer also trotzdem danach fragt, will die DKP vom Bündnis ausschließen, ist also ein Antikommunist, ist also ein Befürworter der Berufsverbote in der BRD!

Die Demokraten der BRD haben keinerlei Grund, sich derartige Zumutungen und großwahnsinnige Anmaßungen der DKP noch länger bieten zu lassen. Die DKP-Führer sollten erfahren, daß es ihnen bei sturer Fortsetzung dieser Politik durchaus auch mal passieren kann, daß sie hochkant aus demokratischen Bündnissen fliegen, falls sie sich nicht ohnehin selbst isolieren, wie in der Russell-Kampagne. Echtes Gleichberechtigung und Gesprächsbereitschaft muß zum allerersten Kriterium demokratischer Bündnispolitik werden.

Die DKP auf der anderen Seite der Barrikade

(aus AK 99, Februar 1977)

Bei dem umfassenden Versuch der Bourgeoisie, die Anti-AKW-Bewegung an der Frage der dritten Brokdorf-Aktion zu spalten und nachhaltig zu schwächen, hat die DKP eine wesentliche Rolle gespielt. Die DKP-Führung verfolgt dabei mehrere Ziele: Zum einen die Diffamierung der „Chaoten“ und die „Stärkung der DKP“; zum anderen aber auch grundsätzlich die Zersetzung der Anti-AKW-Bewegung.

In diesem Artikel wollen wir die konkrete Vorgehensweise der DKP sowie die Hintergründe dieser Politik untersuchen.

DKP ist für „friedliche Nutzung der Kernenergie“!

Bis zur dritten Brokdorf-Aktion und der Parallel-Demonstration in Itzehoe hatte sich die DKP praktisch überhaupt nicht am Kampf gegen das geplante AKW Brokdorf beteiligt. In Einzelfällen hatten DKP-Funktionäre sogar die Gewerkschaftsführer bei Resolutionen gegen die Anti-AKW-Bewegung, im Sinne der „Arbeitsplätze“-Demagogie, unterstützt.

Abgesehen von taktischen Überlegungen, z.B. dem ständigen Vorweisen von Wohlverhalten gegenüber den Gewerkschaftsführern, ließ sich die DKP dabei offenbar auch von einem Beschluß ihres letzten Parteitags leiten: „Die DKP ist für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Sie ist deshalb für die friedliche Nutzung der Kernenergie.“

Es mag möglich sein, daß der „wissenschaftlich-technische“ und mehr noch der gesellschaftliche Fortschritt mehr und mehr Raum für die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ schaffen werden. Aber aktuell und konkret sind die Menschen in der BRD von einem rasanten Ausbau von völlig unsicheren Atomkraftwerken (plus Folgeanlagen) bedroht, wobei nachweislich selbst in staatlich geförderten Institutionen mit dem Risiko von Millionen Toten gerechnet wird, Pläne für Massenkatastrophen schon in den Schubladen liegen usw.

Auch die DKP kommt daher nicht umhin festzustellen, daß das „Programm des forcierten Baus von Kernkraftwerken“ in der BRD „u.a. wesentliche Probleme des Umweltschutzes, der noch nicht ausreichenden Versorgung, der Ablagerung und Aufbereitung von Atommüll und der noch mangelnden Betriebssicherheit von Atomkraftwerken außer acht“ lasse („Energiepolitische Vorstellungen der DKP“, herausgegeben vom Parteivorstand der DKP, August 1976).

Die DKP hat in diesem Sinn mehrere „unabhängbare Voraussetzungen zum Bau und Betrieb von Kernkraftwerken und anderen atomwirtschaftlichen Anlagen“ formuliert, nämlich:

– „Keine Gefährdung von Beschäftigten und Bevölkerung; keine Gefährdung der natürlichen Umwelt; demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften; Nachweis für die Notwendigkeit des Kernkraftwerks, d.h. auch dafür, daß das entsprechende Stromaufkommen nicht durch Kohle- oder Wasserkraftwerke geliefert werden kann“ (nach „Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP“, „UZ“, 9.2.77).

„Da diese Voraussetzungen in der Bundesrepublik eindeutig nicht erfüllt sind“, wendet sich die DKP „mit Entschiedenheit gegen den Plan der Bundesregierung, den Bau von Kernkraftwerken fortzusetzen“ und fordert „einen Baustopp für weitere Kernkraftwerke in der Bundesrepublik“ (Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstands, s.o.).

Das hört sich sehr entschieden und konsequent an. Die Verlegenheit für die DKP beginnt aber da, wo sie erklären soll, warum die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie zwar nicht in der BRD, wohl aber in der DDR und Sowjetunion gegeben seien. Was diesen Punkt angeht, wird die DKP zum Märchenerzähler.

Aus dem Wunderland des „realen Sozialismus“

In der „UZ“ vom 11.2.77 versucht ein Kurt Steinhaus, Referent beim Parteivorstand der DKP, die Sache klar zu machen. Die „UZ“ schreckt dabei auch vor ganz heißen Fragestellungen nicht zurück, wie etwa: „Gibt es also einen Unterschied zwischen Kernkraftwerken im Kapitalismus und im Sozialismus?“ und: „Aber Radioaktivität ist ja wohl unabhängig vom Gesellschaftssystem...“

Steinhaus weiß auf alles eine Antwort: In der Sowjetunion werde mit großer „Behutsamkeit“ an den Bau von AKWs gegangen, und darin „kommt ein hohes Verantwortungsbewußtsein zum Ausdruck, eine klare Priorität für die Sicherheit der Menschen“. In der Sowjetunion, so Steinhaus, seien auch die Sicherheitsvorkehrungen von AKWs und Folgeanlagen viel besser als in den kapitalistischen Ländern, wegen der „Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der Menschen“.

Stimmt das wirklich? Beispielsweise behauptet Prof. Jens Scheer – von der DKP bisher unwidersprochen! – das Gegenteil: „Wie aus dem Handbuch für Strahlenschutz der DDR (Strahlenschutzpraxis, 1974) hervorgeht, ist die dortige Praxis noch um einiges

schlimmer als bei uns ... Tatsächlich sind die zugelassenen Belastungen der Menschen außerhalb atomtechnischer Anlagen aufgrund der neuen Strahlenschutzverordnung achtmal höher als bei uns ... Was die Endlagerung von Atommüll angeht, praktiziert die DDR dasselbe Verfahren wie die BRD: Einlagerung in Salzbergwerken. Allerdings wird dort ein Verfahren praktiziert, nämlich die Abfälle unverpackt mit Zement einzuschlämmen, das hier noch nicht üblich ist, allerdings als „kostengünstiger“ für die Zukunft erwohnen wird ... Wie aus dem Lehrbuch der Kerntechnik für die Hochschulen der DDR von Pratzscher und Felke hervorgeht, haben die meisten der im Machtbereich der Sowjetunion üblichen AKWs der sogenannten Leningrad-Klasse (440 Megawatt) keine wie bei uns übliche luftdicht verschweißte Sicherheitshülle (sog. Containment) und auch keine Norkühlungsvorkehrungen“ („Rote Fahne“, 26.1.77).

Zweifelloso ist bei solchen Aussagen erst einmal gehörige Skepsis angebracht, wenn sie, wie bei Scheer, von einem Sympathisanten der vaterländischen „KPD“ kommen. Fakt ist aber auf der anderen Seite, daß die DKP unseres Wissens diesen Behauptungen nicht widersprochen hat und daß es keinerlei Veröffentlichungen der DKP oder des MSB gibt, wo einmal wissenschaftlich nachgewiesen würde, durch welche größeren Sicherheitsvorkehrungen sich AKWs in der DDR und Sowjetunion grundlegend von denen in der BRD unterscheiden. Dies ist umso bemerkenswerter, weil die DKP sonst ja noch nie eine Gelegenheit ausgelassen hat, die Segnungen des „realen Sozialismus“ a la Sowjetunion in den buntesten Farben auszumalen. Der Grund für das Schweigen der DKP in dieser Sache dürfte darin zu suchen sein, daß Jens Scheer zumindest in der Tendenz seiner Behauptungen wohl den Nagel auf den Kopf trifft. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Zeitschrift „Sowjetunion heute“ (sowjetische Propaganda-Zeitung für die BRD) über den Besuch einer sowjetischen Delegation in Kernforschungszentren der BRD sowie in AKWs folgendes zu berichten wußte: „Viel Anerkennung fanden auch die vorbildlichen (!) Sicherheitsvorkehrungen im Atomkraftwerk Obirgheim, sowie das hohe technische Niveau beim Bau der AKWs in Biblis und Philippsburg“ („Sowjetunion heute“, 16.2.74). Wenn also AKWs in der BRD (von denen DKP-Steinhaus meint: „Risikoreich“ ist noch untertrieben!) schon als „vorbildlich“ hinsichtlich der Sicherheitsvorkehrungen angesehen werden, kann man sich für die AKW-Realität im „realen Sozialismus“ einiges ausmalen!

Nicht zutreffend ist auch eine andere Behauptung, die immer noch

von manchen DKP'ern und MSB'ern ganz blauäugig verkündet wird: Im Gegensatz zur BRD würden in der Sowjetunion AKWs in menschenleeren Gegenden gebaut, dadurch sei die Gefährdung von Menschen also geringer. Fakt ist: „Fast alle Kernkraftwerke, die sich zur Zeit in Bau befinden, liegen in dem dichter bevölkerten europäischen Teil der UdSSR: bei Leningrad, Woronesch, Smolensk, Kursk und in der Südküste“ („Sowjetunion heute“, Januar 1977).

Übrigens: Im zehnten sowjetischen Fünfjahresplan ist „eine vorrangige Entwicklung der Atomenergie im europäischen Teil der Sowjetunion vorgesehen“ („Sowjetunion heute“, Januar 1977). Insgesamt sieht die Planung in der Sowjetunion vor, daß der Anteil der von Atomkraftwerken erzeugten Elektrizität bis zum Jahre 1980 auf 15 - 20 % und bis zum Ende des Jahrhunderts auf 40 - 50 % der Gesamtzeugung gesteigert wird – also fast ähnliche Höhen, wie sie in der BRD geplant sind („Sowjetunion heute“, 16.2.74).

Osthandel macht AKWs sicherer

Völlig aus dem Rahmen politischer Logik begibt sich die DKP regelmäßig, sobald es um die Propagierung des „Osthandels“ geht. So macht sie beispielsweise den Vorschlag: „Da in der dichtbesiedelten Bundesrepublik der Bau von Kernkraftwerken aus Gründen der Gesundheit und des Umweltschutzes besonders risikoreich ist, sind die Angebote der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen zu Stromlieferungen über Verbundleitungen so weit wie möglich in Anspruch zu nehmen“ („Energiepolitische Vorstellungen“). Bemerkenswert ist: Die DKP fordert einerseits im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen etc. die maximale Ausnutzung einheimischer Energiequellen, speziell der Kohle, rät aber zugleich den Kapitalisten, Strom vom „realen Sozialismus“ zu beziehen. Bedenken wegen der Arbeitsplätze scheint es da plötzlich nicht mehr zu geben?

Es kommt aber noch weit besser: „Die gegenwärtige Abhängigkeit der Atomwirtschaft vom Liefermonopol und vom Preisdiktat des US-Imperialismus muß eingeschränkt und beendet werden. Hierfür bieten sich u.a. Vereinbarungen mit der Sowjetunion über die verstärkte Lieferung von angereichertem Uran an“ („Energiepolitische Vorstellungen“). Das sind schon tolle AKW-Gegner! Das ist ungefähr so, wie jemand, der behauptet, er sei gegen die Todesstrafe, und im selben Atemzug anbietet, er könne sehr preisgünstig einen schönen Posten Fallbeile liefern! Bereits 1974 hatte die Sowjetunion einen Anteil von 15 % des von der BRD importierten angereicherten Urans („Handelsblatt“, 7.5.75).

Die DKP kann im Grunde also nicht einmal ihre eigene Forderung nach „vorläufigem Baustopp“ neuer AKWs konsequent vertreten, ohne der Sowjetunion die Markchancen zu versauern. Mit der Forderung der Anti-AKW-Bewegung, „Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!“, hat diese Werbeagentur des sowjetischen Außenhandels nicht viel zu tun. Für die Bevölkerung der BRD bleibt es gleich, ob die lebensbedrohenden AKWs schließlich mit 15 %, 25 % oder 30 % angereichertem

Uran aus dem „realen Sozialismus“ betrieben werden. Die Radioaktivität ist dieselbe.

Sind AKW-Gegner blöd ?

„Würde die Menschheit ihren wachsenden Energiebedarf nur durch Verbrennungen mineralischer Brennstoffe decken, so wäre eine Energiekrise (!) unvermeidlich“, was „auch in einer gefährlichen Umweltverschmutzung ihren Niederschlag finden würde“, denn „Kernkraftwerke sind viel sauberer und sicherer als alle anderen Wärmekraftwerke“. Dieser Satz stammt ausnahmsweise nicht aus einer der bunten Propaganda-Broschüren der Bundesregierung oder der AKW-Industrie, sondern wieder aus „Sowjetunion heute“ vom Januar 1977!

In der „Sowjetunion heute“ wird auch auf die „Befürchtungen über die allgemeine Strahlungsgefahr für die Bevölkerung“ eingegangen. Aber wie! Es würde doch naheliegen, zu erklären, daß diese Befürchtungen in kapitalistischen Ländern zwar voll auf berechtigt seien, in der Sowjetunion hingegen nicht, weil dort die Sicherheitsvorkehrungen viel besser seien, und dies zu belegen. Aber dieser Beweis läßt sich offensichtlich nicht führen, und so werden stattdessen die AKW-Gegner als fortschrittsfeindliche Dummköpfe hingestellt: „Einer der Hauptgründe für die Einwände gegen die verstärkte Nutzung der Kernenergie ist wohl die Tatsache, daß die Menschen es mit einer Erscheinung zu tun haben, die es früher überhaupt nicht gab. Noch nie hat der Mensch sich eine so gigantische Kraft wie das Atom untergeordnet. Kein Wunder, daß es Menschen gibt, die diesem Neuen und Unbekannten nicht nur mit inneren Vorbehalten, sondern mitunter auch feindselig entgegneten. Man erinnere sich an die Geschichte des technischen Fortschritts. Jeder neue Schritt vorwärts stieß auf Widerstand: Die Dampfmaschine, der Verbrennungsmotor, Elektrizität, Telegraf und Rundfunk, ganz zu schweigen von der Luftfahrt“.

Zur Möglichkeit eines AKW-„Unfalls“ weiß die „Sowjetunion heute“ exakt dasselbe zu erzählen, was auch in den Propaganda-Broschüren der Bundesregierung und der AKW-Industrie berichtet wird: „...Natürlich wird ein ernstzunehmender Wissenschaftler die Wahrscheinlichkeit des Unwahrscheinlichen nie ganz ausschließen. Die Frage ist nur, wie groß das Risiko, eben diese Wahrscheinlichkeit, ist. Vor kurzem errechnete die Koordinationskommission der USA (!) für Kernenergie unter Berücksichtigung aller Angaben die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe pro 100 betriebene Reaktoren. Das Ergebnis: einmal in einer Million Jahren. Bei diesem Wahrscheinlichkeitsgrad könnte man die Menschen auch davor warnen, daß das Empire State Building in New York einstürzt“. So sieht es Herr Petrossjanz, Vorsitzender des Staatskomitees für Nutzung der Atomenergie in der Sowjetunion. Und ein gewisser Dimitri Solowjow fügt noch hinzu: „Jedenfalls ist die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls, der durch den Auswurf gefährlicher Mengen radioakti-

ver Stoffe verursacht wird, verschwindend gering. Das Risiko, bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk den Tod zu finden, ist geringer als die Wahrscheinlichkeit, durch einen Blitz getroffen zu werden, und wohl nur mit der Gefahr vergleichbar, von einem großen Meteoriten erschlagen zu werden“ („Sowjetunion heute“, Januar 77).

Atomtod wird durch „Mitbestimmung“ erst richtig schön

Da die DKP grundsätzlich nichts in Frage stellt, was vom „realen Sozialismus“ herkommt, kann sie auch nicht zu den konsequenten AKW-Gegnern in der BRD gehören. Im Gegenteil: Eigentlich müßte sie, wie die Herren Petrossjanz und Solowjow, die Anti-AKW-Bewegung als fortschrittsfeindlich und reaktionär ablehnen. Dem steht jedoch die Politik der DKP entgegen, sich in bestehende antikapitalistische Bewegungen auf jeden Fall hineinzufrängen, um „die DKP zu stärken“ und um die Bewegung im revisionistischen Sinn („friedlicher Weg“ etc.) zu desorientieren.

So setzt sich die DKP zwar in ihren „Energiepolitischen Vorstellungen“ für die Erhöhung des Anteils von „Atomenergie am Gesamt-aufkommen“ ein, denn „diese weltweite Entwicklung ist unvermeidlich und gesetzlich – ohne sie wäre die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte nicht möglich“! („Energiepolitische Vorstellungen“ der DKP“, August 1976). Zugleich fordert die DKP aber „einen vorläufigen Stopp des Baubeginns neuer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik“, weil erst „noch die technischen Möglichkeiten entwickelt werden“ müßten, um die „Reaktorsicherheit“, „Schutz vor Katastrophen“ etc. gewährleisten zu können (siehe z.B. „Kernkraftwerke, Gefahr oder Fortschritt – Erfahrungen aus Wuhl“).

Aus den Grundsatzpositionen der DKP ergibt sich vollkommen klar, daß die DKP zu den grundsätzlichen Befürwortern des Ausbaus der Kernkraftwerke in der BRD zählt. „Bedenken“, wie die DKP sie vorträgt, lassen sich ebenso bei Politikern der SPD und FDP und sogar der CDU finden. Größere Teile der SPD, wie etwa die SPD Schleswig-Holsteins oder die Jusos oder gar der FDP-Parteitag fordern wie die DKP heute einen „vorläufigen Baustopp“. Daß das Problem der „Entsorgung“ von radioaktivem Müll nicht geklärt ist, bestreiten nicht einmal die bürgerlichen Gerichte oder Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Albrecht. Die DKP-Führung befindet sich da also „in bester Gesellschaft“.

Im Gegensatz zur CDU freilich und auch in Differenz zur SPD ist die DKP besonders stark bemüht, ihr Lieblingskind, die „Mitbestimmung“, in die Anti-AKW-Bewegung hineinzufrängen. „Die gesamte Atomwirtschaft muß daher bei demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verstaatlicht werden“ und zusätzlich müsse eine „Nationale Energie-Kommission“ eingerichtet werden („Energiepolitisches Programm der DKP“). Letzteren Gedanken hat sich inzwischen auch Stoltenberg zu eigen gemacht. Was die Verstaat-

lichung angeht, so wird sie auch von der Bundesregierung befürwortet. Ohnehin befindet sich, wegen der hohen Investitionskosten u.a., dieser Sektor schon weitgehend in staatlicher Hand.

So muß selbst die DKP eingestehen, „daß unter den Bedingungen der Bundesrepublik, wo das Großkapital nicht die ökonomische Macht ausübt, sondern auch an den Hebeln der politischen Macht sitzt, die Verstaatlichung der Energiewirtschaft und die Schaffung einer Nationalen Energiekommission allein noch nicht die Gewähr für eine Energiepolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung bieten“. „Unverzichtbarer Schritt“ bei der Verstaatlichung sei darum „heute der Kampf um die Durchsetzung einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle“. „Die Sicherung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung“ ist für die DKP dann „gewährleistet“ (!), wenn in der Nationalen Energiekommission und in den energiewirtschaftlichen Unternehmen das „paritätische Mitbestimmungsmodell“ eingeführt wird. Die

mungs“-Schaum. Was dabei herauskommt, ist kaum etwas anderes als der inzwischen auch von den bürgerlichen Parteien geforderte „Dialog mit dem Bürger“. Die Atom-Energie soll der Bevölkerung schmackhafter gemacht werden, indem sie, vor allem natürlich in Form verschiedener „Stellvertreter“ (örtlicher Politiker, Gewerkschaften, Bauernverbände etc.), scheinbar an den „Entscheidungsprozessen“ beteiligt wird. Daß sich dadurch an der Gefährlichkeit von AKWs gar nichts ändert, liegt auf der Hand.

Die DKP spaltet die Bewegung gegen das AKW Brokdorf

Als sich über die Vorbereitung der dritten Brokdorf-Aktion innerhalb der BUU („Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“) tragenden und unterstützenden Kräfte die ersten Risse zeigten und die Bourgeoisie ihre „psychologische Kriegsführung“ massiv verstärkte, trat auch die DKP auf den Plan. Zuerst einmal

und friedlichen Demonstration Interessierten“ sollten mit ihm zusammen den Raum verlassen. Die Provokation gelang: Eine Anzahl von Delegierten ging mit, bevor die Diskussion recht begonnen hatte, und machte so die Spaltung perfekt.

Zweifelloso sind auch von den die BUU ursprünglich tragenden Kräften auf beiden Seiten Fehler gemacht worden, die das Spaltungsmanöver der DKP begünstigten. Tatsache ist aber, daß die DKP der treibende Motor dieser Spaltung war und nach dem 6.2. alles versucht hat, um diese Spaltung noch zu vertiefen und zu verewigen, statt sie zu überwinden.

Dies setzte sich auch durch Putschversuche der DKP in einzelnen Bürgerinitiativen fort: Durch zahlreiche Mobilisierung von ganzen DKP-Familien, die man vorher noch nie auf den Sitzungen gesehen hatte, sollten die Mehrheitsverhältnisse in einzelnen Bürgerinitiativen zugunsten der Mobilisierung nach Itzehoe umgeworfen werden.

In der BI Uetersen tauchten plötzlich neun neue DKP'ler auf, in der BI Itzehoe sogar 14.



Dieser Vogel hat in der Anti-AKW-Bewegung nichts zu suchen!

entsprechenden Gremien sollen „je zur Hälfte aus Vertretern der Belegschaften und der DGB-Gewerkschaften einerseits sowie der öffentlichen Hand andererseits zusammengesetzt sein“ („Energiepolitische Vorstellungen“).

Dieser Vorschlag ist direkt makaber, wenn man bedenkt, daß einzelne Gewerkschaften ausdrücklich den beschleunigten Ausbau der Atomenergie fordern („Sicherung von Arbeitsplätzen“ und, zusammen mit Betriebsräten der Atom-Industrie, Demonstrationen und Resolutionen gegen die Anti-AKW-Bewegung organisieren. Da liegen die „Interessen der arbeitenden Bevölkerung“ zweifellos in den allerbesten Händen!

Da es selbst dem Dummsten auffallen muß, daß die ganze Problematik nicht bloß durch die „paritätische Mitbestimmung“ der Gewerkschaften und der Betriebsräte der Energiewirtschaft gelöst werden kann, fordert die DKP außerdem noch: „Demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften“ (zitiert nach „Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP“, „UZ“, 9.2.77). Wie eine Kontrolle durch die Bevölkerung im Kapitalismus aussehen soll und was „die Organisationen der Bevölkerung“ sind, bleibt offen.

Die DKP schlägt „Mitbestim-

sorge sie dafür, daß im östlichen Schleswig-Holstein über Nacht zahlreiche neue „Bürgerinitiativen“ aus dem Boden schossen. Statt vorher zehn gab es dort plötzlich 22 BI's! Auf diese Weise verschob sich auch das Kräfteverhältnis innerhalb der BUU zugunsten der Kräfte, die (zu-)mindest zum jetzigen Zeitpunkt) gegen eine dritte Demonstration in Brokdorf auftraten.

Auf der Landeskonferenz in Wilster am 6.2., die die Frage endgültig entscheiden sollte, trat die DKP dann voll in Aktion:

Gleich zu Anfang legte sie ein Flugblatt vor, in dem „Hamburger Persönlichkeiten“ (fast alles wohl bekannte DKP-Funktionäre und Mitglieder!) bereits zur Demonstration nach Itzehoe aufrufen. Einer demokratischen Beratung und Beschlussfassung innerhalb der BUU war damit schon ganz dreist vorgegriffen worden.

Sodann trat ein Hamburger DKP-Funktionär „im Namen von 80 Hamburger Betriebsräten und 100.000 Kollegen“ auf und verlangte für sich „Stimmrecht“ auf der Konferenz. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Daraufhin erhob sich der Kieler DKP-Kreisvorsitzende Möbius (der Name wurde im letzten AK durch einen Übermittlungsfehler falsch wiedergegeben) und forderte dazu auf, „alle an einer geordneten

In der BI Wedel, wo bisher acht DKP'ler gearbeitet hatten, tauchte die DKP plötzlich mit 24 Anhängern auf und setzte mit 28 zu 23 Stimmen einen Aufruf für Itzehoe durch. Kühn geworden verlangte die DKP daraufhin auch noch – allerdings vergeblich! – die Herausgabe der Adressenkartei. Für die DKP gab es ein paar Tage später ein böses Erwachen: Bei der nächsten Veranstaltung der BI stimmten Dreiviertel der 120 Anwesenden für eine Demonstration in Brokdorf. Die von der DKP angebrachten Spruchbänder für Itzehoe wurden daraufhin von den Wänden gerissen und die DKP'ler verließen beleidigt den Raum.

Die Spalter wollen ihre Spuren verwischen

Obwohl es eindeutig die DKP war, die auf der Wilster Konferenz mit einem fertigen Flugblatt der Entscheidung der BUU vorgegriffen hatte, sollten nachträglich die Spuren verwischt werden. So konnte man am 9.2. in der „UZ“ lesen: „DKP an der Seite der Bürgerinitiativen“, „Das Präsidium begrüßt den Beschluß der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) zur Durchführung einer bundesweiten Sternfahrt...“ nach Itzehoe.

Diesen Methoden der Irreführung und Täuschung entspricht es auch, wenn die „Hamburger Per-

sönlichkeiten", die den Aufruf für Itzehoe unterschrieben hatten, in der „UZ“ (8.2.) ohne weitere Kennzeichnung als „Betriebsratsvorsitzende, Betriebsräte, Wissenschaftler, Künstler und Vertreter der Mittelschichten“ vorgestellt wurden, um so eine ungeheuer breite Bewegung vorzutäuschen.

Auch vor direkten Lügen wurde nicht zurückgeschreckt. So konnte man in der „UZ“ vom 8.2. auch lesen: „Mit großer Mehrheit entschieden sich die Delegierten der Bürgerinitiativen Unterelbe“ für Itzehoe, was schlichtweg gelogen ist: Selbst nach den Angaben der „Itzehoer Fraktion“ der BUU ergibt sich, daß bestfalls 21 von 40 Delegierten der Wilster Konferenz für Itzehoe waren und 19 für Brokdorf. Ohne auf diese Frage näher einzugehen, erweist sich auf jeden Fall die Behauptung der „UZ“, daß völlig aus der Luft gegriffen. In späteren Veröffentlichungen sprach die DKP dann schlichtweg nur noch von einem Aufruf „der“ BUU für Itzehoe!

Ganz offensichtlich sollte damit bei uninformatierten Menschen der Eindruck einer breiten, vor allem in den BI's selbst wurzelnden Bewegung für Itzehoe erweckt werden, während die für Brokdorf mobilisierenden Initiativen als „Chaoten“ und nichts repräsentierende „kleine radikale Minderheit“ hingestellt werden sollten. Demselben Zweck sollten auch pauschale und die Wirklichkeit total auf den Kopf stellende Behauptungen dienen wie etwa: „In Hamburg wächst unter den Kernkraftwerksgegnern die Bewegung für die Unterstützung der Demonstration in Itzehoe“ („UZ“, 8.2.).

DKP unterstützt Pogromhetze

Die Absicht der Bourgeoisie war es, die in Brokdorf Demonstrierenden als „kriminelle Gewalttäter“ abzustempeln und damit die Verantwortung für die geplante Bürgerkriegsübung von vornherein in den anzulasten. Während Sozialdemokraten, FDP'ler, kirchliche und Sprecher der „Itzehoer Fraktion“ der BUU diese „einmalige Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die aktiven Atomkraftgegner“ (so ein Sprecher der „Itzehoer Fraktion“ der BUU lt. „SZ“ vom 17.2.) anprangerten, übernahm die DKP-Führung im Gegenteil einen aktiven Part bei dieser Hetzkampagne.

„Wir distanzieren uns von dem Versuch einiger abenteuerlicher Gruppen, am Bauplatz ohne den Willen der Wilsteraner Bevölkerung durch Gewalttätigkeiten weitere brutale Polizeieinsätze zu provozieren“ (aus dem Flugblatt der „Hamburger Persönlichkeiten“).

„Die DKP distanziert sich vom Vorgehen maoistischer Gruppierungen, die sich gegen die Beschlüsse der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe stellen... Es ist bezeichnend, daß nunmehr auch Neo-Nazis zu Aktionen am 19.2.77 in Brokdorf aufrufen“ (Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP, „UZ“, 9.2.).

Der Landesverband Bremen der DKP-nahen DFU verurteilte die „Versuche maoistischer und neo-nazistischer Gruppen“, „durch Gewalttätigkeiten erneute Polizeieinsätze zu provozieren“ („SZ“, 17.2.). Die „UZ“ vom 9.2. ging soweit, aus einem plump gefälschten angeblich „internen Flugblatt“ der

„KPD/ML“ zu zitieren: „Wir brauchen keine Rücksicht zu nehmen, auf die Scheißbauern am allerwenigsten“. Diese Fälschung war bereits am 28.1. (1) in einer Lokal-Zeitung publiziert worden und unmittelbar danach von der „KPD/ML“ zurückgewiesen worden. Am 8.2. plötzlich wurde die Fälschung auf der Titelseite der „Bild“ wieder aufgewärmt, und am 9.2. in der „UZ“. Deutlicher kann kaum bewiesen werden, daß die DKP direkt bei Springer abgeschrieben hat.

Zur Diffamierung der für Brokdorf mobilisierenden Kräfte diente vor allem die alte Demagogie von „rechts = links“, und zwar in erster Linie der rein provokatorische „Aufruf“ des Nazi-Anwalts Roeder zur Demonstration in Brokdorf. „Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen“ konnte man schon in der „UZ“ vom 9.2. lesen. In einem Flugblatt des vom MSB dominierten Hamburger ASTA heißt es: „Unsere Einschätzung, daß eine Aktion am 19.2. in Brokdorf, gewollt oder ungewollt, den Plänen der Stoltenberg-Regierung unter Ausnutzung bewußter Provokateure in die Hände arbeitet, wird auch durch die bekanntgewordenen Aufrufe rechtsradikaler Gruppierungen nach Brokdorf unterstrichen“. In der „UZ“ vom 14.2. wurde gar gehetzt: „Im Unterelbegebiet wächst die Besorgnis der Bevölkerung vor der von maoistischen bis neofaschistischen Kräften für Samstag unmittelbar am Baugeände Brokdorf geplanten Aktion“.

Wenn der Nazi-Roeder (hinter den angeblichen „rechtsradikalen Gruppierungen“ steckt in diesem Fall praktisch nur der Provokateur Roeder als Einzelperson!) nach Brokdorf aufruft, müssen also die „anständigen“ Menschen alle nach Itzehoe fahren. Verrückt! Roeder hat derzeit das Thema Atomenergie entdeckt und spricht sich gegen AKWs aus. Sollen wir jetzt deswegen plötzlich alle für AKWs sein, bloß weil ein verrückter Nazi dagegen ist? Und was hätte die DKP denn gemacht, wenn Roeder vielleicht auf den Gedanken gekommen wäre, zur Demonstration nach Itzehoe aufzurufen? Oder wenn die „KPD/ML“, wie es ja zeitweise tatsächlich diskutiert wurde, nach Itzehoe mobilisiert hätte?

Das Hochspielen des Provokateurs Roeder zum Zweck, die gesamte Demonstration in Brokdorf zu diffamieren, ist ein rein demagogisches Manöver, bei dem sich die DKP übrigens in „bester Gesellschaft“ mit der Regierungspresse befand („Frankfurter Rundschau“, „Spiegel“).

Konsequenter sollte die Hetzkampagne darauf hinauslaufen, die in Brokdorf Demonstrierenden total zu isolieren und zu diffamieren, sie von jeder Sympathie in der Bevölkerung abzuschneiden und damit der brutalsten Repression auszuliefern – wobei die DKP noch zynisch behauptete, die „Maoisten und Neofaschisten“ hätten schließlich den Polizeieinsatz „provizieren“ wollen.

Sonderauftrag für den MSB

Im Gegensatz zu den plumpen Holzhammer-Methoden der DKP, besonders in der „UZ“, übernahm es der MSB (Studentenorganisation der DKP), mit einer differenzierteren Argumentation in die Bewegung selbst hineinzuwirken, im Versuch, die Poli-

tik der DKP etwas geschickter zu verkaufen. Dabei fällt auf, daß sich der MSB – nicht nur in Hamburg – stark an Argumentationen aus dem ARBEITERKAMPF anlehnte, um zu begründen, warum man in Itzehoe demonstrieren müsse und nicht in Brokdorf. Herausgestellt wurde vor allem: „Am 19.2. soll in Brokdorf am Bauplatz der Bürgerkriegsgeprobt werden. Man sollte sich keine Illusionen machen, daß nicht auch Tote einkalkuliert wären. Die Herrschenden setzen also in dieser Situation darauf, durch eine bewußt initiierte, massive Provokation die Bewegung einzuschüchtern und politisch zu ersticken“ (Flugblatt des MSB Hamburg). Man müsse daher „der geplanten Provokation aus dem Wege gehen und die Demonstration gegen das AKW Brokdorf in Itzehoe durchführen“ (siehe oben).

Dies wurde sogar ganz „rrradikal“ so formuliert, man würde sich den Demonstrationsort und die Aktionsformen nicht von Stoltenberg „aufzwingen“ lassen, um zu bemängeln, daß man gerade das tat und propagierte. Nun weiß man ja, daß Stoltenberg und auch die Bundesregierung schon im Januar die Bürgerinitiativen inständig aufgefordert hatten, irgendwo sonst zu demonstrieren, aber nicht in Brokdorf. Dabei war der Vorschlag Itzehoe von Stoltenberg selbst ins Spiel gebracht worden. Den MSB ficht das freilich nicht an: „Außerdem ist es doch naiv, Stoltenbergs Propagandakampagne ‚Weg vom Zaun!‘ mit seinen eigentlichen Absichten gleichzusetzen. Wir sollten doch genügend Erfahrungen gesammelt haben, um die Schlitzohrigkeit bürgerlicher Politiker vom Kaliber Stoltenbergs zu durchschauen“ (siehe oben).

Also: Die Verhandlungen und Geheimkontakte Stoltenbergs zu Vertretern der BUU, um einen anderen Demonstrationsort zu erreichen, das Drängen der Bundesregierung, die ganze Presse-Kampagne, gar das Verbot der Demonstration – all das sind angeblich nur Tricks von Stoltenberg, um die Anti-AKW-Bewegung an den Bauzaun zu locken und dort zu zerschlagen.

Zu dermaßen kindischen Auffassungen kann man nur kommen, wenn man die Gesamtstrategie der Bourgeoisie in dieser Sache auf Teilaspekte halbiert. Diese Strategie bestand natürlich nicht einfach darin, die Bewegung an den Zaun zu locken, sondern bestand in der Spaltung der Bewegung, und zwar in die vogelfreien „kriminellen Gewalttäter“ in Brokdorf und die „friedlichen Demonstranten“ in Itzehoe. Wie in AK 98 aufgezeigt, ist die vorherige Spaltung der Bewegung überhaupt die Grundvoraussetzung, um gegen den verbliebenen Rest am Bauzaun oder in der Umgebung das „blutige Exempel“ durchführen zu können. Aus der Sicht der Bourgeoisie wäre ein brutaler Polizei-Einsatz gegen die gesamte Bewegung in jeder Hinsicht wahnwitzig. Die Bourgeoisie legt es auf Differenzierung und Spaltung an, auf die Herauslösung möglichst breiter Kräfte, die vielleicht noch für eine Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat gewonnen werden könnten.

Politisch sinnvoll konnte der brutale Polizei-Einsatz nur sein, wenn es gelang, ihn durch eine zielstrebige Einigung des Gegners auf

den „harten Kern“ und durch eine massive Hetz- und Verleumdungskampagne maximal zu isolieren.

In dieser Situation waren wir der Meinung, daß diese Provokation der Bourgeoisie auf jeden Fall gelingen würde, wenn große Teile der Bewegung sich verunsichert zurückziehen bzw. nach Itzehoe ausweichen würden, während die einzige Chance zur Verhinderung darin bestand, möglichst breite Teile der Bewegung trotzdem nach Brokdorf zu mobilisieren und der Hetzkampagne der Bourgeoisie entschieden und fest entgegenzutreten.

Wer in dieser Situation der Meinung war, die Provokation durch eine Demonstration in Itzehoe zu verhindern, der hätte, wenn es ihm ehrlich um die Sache zu tun war, jedenfalls klar die Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen die Brokdorf-Demonstration als propagandistisches Vorspiel der geplanten Bürgerkriegsübung ablehnen müssen. Viele Kräfte haben das dankenswerterweise getan. Nicht so jedoch die DKP, die ganz im Gegenteil im Chor der Hetz- und Verleumdungskampagne mitheulte und sich damit selbst bei Kräften, die die Demonstration in Itzehoe trugen, ziemlich unbeliebt machte.

Sich aufgrund taktischer Meinungsverschiedenheiten für das eine oder andere Vorgehen, für den einen oder anderen Demonstrationsort zu entscheiden, das ist die eine Sache. Eine andere Sache ist es aber, einen beträchtlichen Teil der Anti-AKW-Bewegung, der nach Brokdorf wollte, zu diffamieren und damit im Sinne der Bourgeoisie zum Abschuß freizugeben.

Der MSB hat im wesentlichen so argumentiert, als ginge es überhaupt nur um die taktische Meinungsverschiedenheit. Anders hätte er von vornherein nicht darauf hoffen können, irgendwo bei politischen Menschen Gehör zu finden. Diese Sonderrolle sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der MSB nichts anderes als ein spezieller Träger der Gesamtpolitik der DKP ist. Losgelöst von der Gesamtpolitik der DKP gegen die Anti-AKW-Bewegung kann man die Politik des MSB überhaupt nicht diskutieren. Zumal es beim MSB nicht einmal zu jenem Mindestmaß an Kritik gegenüber der DKP-Politik reicht, daß selbst die Jusos noch gegenüber der SPD aufbringen.

„Eine Handvoll maoistischer Provokateure“

Nicht einmal das Verbot der Demonstration in Brokdorf, das auch von vielen die Kundgebung in Itzehoe tragenden Kräften schärfstens kritisiert wurde, brachte die DKP von ihrer „Chaoten“-Hetze ab. So konnte man noch am 17.2. in der „UZ“ im BILD-Zeitungstil lesen: „Wir erleben, wie geschickte Strategen aus der Chaoten-Szene die Bewegung vor ihren Karren zu spannen versuchen“, und „daß die Maoisten nichts anderes als die gewaltsame Konfrontation wollen“.

Zu dem Verbot wußte die „UZ“ nur zu melden, es gehe dabei um das „Verbot einer Aktion unmittelbar am Bauzaun, zu der vor allem maoistische Gruppen aufgerufen hatten,

die einen abenteuerlichen Provokationskurs verfolgen und damit den reaktionären Kräften einen Vorwand zum Einsatz der Staatsgewalt gegen die Demonstranten liefern“ („UZ“, 18.2.). Mit der ihr eigenen Logik wußte die DKP das Verbot auch gleich ins „rechte“ Licht zu setzen: „Es ist unverkennbar, daß mit dem Verbot vor allem die Absicht verfolgt wird, die friedliche Demonstration in Itzehoe zu behindern“ (s.o.)!

In diesem Sinn sprach die DKP auch von dem „Versuch, eine Bürgerkriegsstimmung zu propagieren und eine großangelegte Notstandsaktion von Polizei und Bundesgrenzschutz zur Einschüchterung der protestierenden Bürger vorzubereiten“ (s.o.), womit aber wiederum nur die Demonstration in Itzehoe gemeint war, obwohl selbst dem Dummsten klar sein mußte, daß sich die ganze Hetze gegen die geplante Demonstration in Brokdorf entlud, während die Veranstaltung in Itzehoe selbst von der Stoltenberg-Regierung „begrüßt“ wurde und sich als „friedlich“ und „gemäßigt“ des allgemeinen Wohlwollens der bürgerlichen Presse erfreute. Überdies ist es zynisch von der DKP, eine „Bürgerkriegshetze“ scheinheilig anzuklagen, an der sie selbst bis zum letzten Moment mit ihren Gruselgeschichten über die „maoistischen Provokateure“ voll beteiligt.

Die Linie der DKP ist es in solchen Fällen immer, den von der Bourgeoisie tatsächlich Angegriffenen als gewalttätigen Provokateur hinzustellen, während die DKP vor allem das „wahre“ Ziel des Angriffs sei. So auch DKP-Führer Horst Boje in der „UZ“ vom 17.2.: „Und natürlich ist die staatliche Gewaltzuse nicht gegen die Handvoll (!) organisierter maoistischer Provokateure am Brokdorfer Bauzaun, sondern gegen die große gemeinsame Front“... etc. blablabla. Der Begriff der „Handvoll“ ist bei der DKP bekanntlich sehr flexibel: Was der DKP nicht paßt, ist sowieso von vornherein „eine Handvoll“, auch wenn es 30- oder 40.000 Menschen sind. Und umgekehrt: Wenn die DKP mitauftritt, ist garantiert die „große gemeinsame Front aller demokratischen Kräfte“ zur Stelle. Der Informationscharakter der „UZ“ entspricht insofern etwa dem der „KVZ“ des KBW, wo auch sehr eigenwillig mit den Fakten umgegangen wird.

Die DKP will nach dem 19.2. ihre Spalter-Tätigkeit in der Anti-AKW-Bewegung verstärkt fortsetzen. Unter Zurückstellung ihrer oben dargestellten Positionen zur Frage der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ versucht sie jetzt, sich als konsequenten AKW-Gegner aufzuspielen und groß in die Bewegung einzusteigen, um sie in den Griff zu kriegen. In Hamburg wurde sogar flugs eine „Aktion Stop dem Atomprogramm“ aus dem Boden gestampft, die auch ein „Organisationsbüro“ aufzuweisen hat. Diese „Aktion“, hinter der lediglich die schon sattem bekannten „Hamburger Persönlichkeiten aus allen Bevölkerungsschichten“ stehen, soll wahrschein-

lich für die Zukunft als DKP-„Bündnis“-Organ in der Anti-AKW-Bewegung fungieren.

Die DKP will in die Anti-AKW-Bewegung die Linie der ausschließlich „friedlichen“ Aktionsformen und des Verzehrs auf „Gewalt“ hineinbringen. Zwar behauptet der MSB, entsprechend seinem Spezialauftrag, in Flugblättern etc., daß er „eigentlich“ auch für eine Besetzung des Bauplatzes sei. Sehr ernst kann das wohl nicht gemeint sein, da um diesen Platz nun einmal ein Zaun gezogen ist, den man zuvor einreißern müßte – was aber von der DKP als „Provokation“ abgelehnt wird, die nur „Vorwände“ liefern würde, um gegen die von der DKP in Wirklichkeit einzig und allein befürworteten „friedlichen Kundgebungen“ vorzugehen.

Um ihr Ziel zu erreichen, die Bewegung zu spalten und ausschließlich auf „friedliche“ Aktionen zu orientieren, arbeitet die DKP mit allen Kräften zusammen, die sich anbieten. Daß man z.B. für die „friedliche Demonstration“ in Itzehoe einen leibhaftigen CDU-Bürgermeister auf seiner Seite hatte, wird ebenso begrüßt wie die Mithilfe der rechtsradikalen Demagogen vom WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens“) oder die „Unterstützung“ irgendwelcher reaktionärer Kirchenleute (Bischöfe etc.), die bisher noch kein gutes Wort für die Anti-AKW-Bewegung fanden, aber sich plötzlich, wo es um Spaltung geht, als verständnisvolle Befürworter der Itzehoer „friedlichen Demonstration“ präsentieren. Während die DKP auf der einen Seite zynisch den militanten AKW-Gegnern vorwirft, sie würden mit Neo-Faschisten paktieren, ist also die DKP selbst bei der Wahl ihrer Verbündeten nicht sehr wählerisch. Daß gemeinsame Sache mit Teilen der SPD gemacht wird, deren Anliegen es erklärmaßen ist, die Anti-AKW-Bewegung in parlamentarische Bahnen zu kanalisieren und einen prinzipiellen Kampf gegen das Atom-Programm zu verhindern, versteht sich von selbst.

Die DKP spielt dabei, wie auch in anderen Bewegungen, derzeit für die Bourgeoisie eine Spezialrolle, die aufgrund ihrer verglichen mit der linken Sozialdemokratie relativ hohen Mobilisierungsfähigkeit und Aktivität ihrer Mitglieder nur die DKP spielen kann. Vor allem kann die DKP diese Rolle als einzige als geschlossene Partei spielen, während ähnliche Manöver der linken Sozialdemokratie unvermeidlich eine Reihe von Problemen für das bürgerliche Parteien-Gefüge aufwerfen.

Für die Anti-AKW-Bewegung muß klar werden, daß die gegenwärtig zunehmende Einflußnahme von DKP und linker Sozialdemokratie auf die Bewegung und die Orientierung auf „friedliche“ und „gesetzmäßige“ Aktionsformen nur in die Sackgasse führen kann. Der Einfluß dieser Kräfte auf die Bewegung muß zurückgedrängt werden, damit wir unser Ziel verwirklichen können: „Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!“

Schwierigkeiten mit Russell und Aktionseinheit

(aus AK 120, Februar 1978)

Nach mehreren Artikeln in der „UZ“ und in der „tat“ hat der DKP-Parteivorstand nun erstmals auch in der von ihm abhängigen „Deutschen Volkszeitung“ (15.12.77) seine giftige Polemik gegen das bevorstehende Russell-Tribunal über die Repression in der BRD vorgetragen.

Da werden so ziemlich alle Register der Diffamierung gezogen, z.B. mit Sprachschöpfungen wie „Die in London residierenden (!) Verwalter der „Bertrand-Russell-Peace-Foundation Ltd.“ oder „Das rasch wechselnde Personal der miteinander um die Führungsrolle und den Einfluß auf das Arbeitsprogramm des Tribunals rivalisierenden bundesdeutschen Gruppierungen“.

Zwar kommt die „DVZ“ nicht umhin, scheinheilig ihren „Respekt vor den Persönlichkeiten, die mit ihrer Autorität dem Tribunal weiterhin zur Verfügung stehen“, zu bekunden. Zugleich beschimpft sie aber „die Methoden und politischen Intentionen der Initiatoren dieses Russell-Tribunals“ als „zweifelhafte“. Zur Unterstützung dieser Behauptung wird der Rückzug der österreichischen Jury-Mitglieder Robert Jungk und Günther Anders ausgeschlachtet. Demselben Zweck dient die Behauptung: „Unter dem Eindruck der Terrorzäne (!) Ende Oktober widerriefen Jungdemokraten, Jungsozialisten und die Humanistische Union ihre Unterstützung“.

Das Untersuchungsthema „Repression“ sei, so schreibt die Redaktion der „DVZ“ weiter, „einfach zu diffus und beliebig auslegungsfähig. Die Befürchtungen, daß eine gegen die Gewerkschaft gerichtete Tendenz in die Untersuchungen des Tribunals Eingang finden könnte, sind ebenso wenig von der Hand zu weisen wie die Zumutung einer klammheimlichen Verständniserwerbung für anarchistische Exzesse“.

Die infame Verdächtigung, die Jury des Tribunals könne „klammheimliche Verständniserwerbung“ für den Terrorismus treiben wollen, die sogar Maihofers Verleumdungen noch übertrifft, kontrastiert natürlich allzu auffällig mit den sonstigen scheinheiligen Beteuerungen der DKP u.ä., man halte die Jury-Mitglieder für ehrenwerte Leute. Diese Infamie dürfte auch bei den Mitgliedern des westdeutschen Beirats zum Russell-Tribunal registriert worden sein, die bisher oft von der DKP als Bündnispartner in Anspruch genommen wurden.

Daß die „DVZ“-Redaktion im Übereifer allzu weit gegangen war, zeigte sich alsbald in einer „Vielzahl von Zuschriften“, insbesondere offenbar „kritische Stimmen“ (lt. „DVZ“ vom 5.1.78). Die „DVZ“-Redaktion hielt es daraufhin für angebracht, in der Ausgabe vom 5.1.78 eine kritische Stellungnahme von W.D. Narr – Mitglied des westdeutschen Beirats und führender SB-Mann – abzu- und nochmals gegen das Russell-Tribunal zu polemisieren. Diese neuerliche Polemik der „DVZ“-Redaktion beschäftigt sich ausschließlich mit der Behauptung, das Tribunal richte sich gegen die DKP und die gegen die von der DKP dominierten Berufsverbote-Komitees. Dieser ebenso idiotische wie bezeichnende Vorwurf wird an einer angeblichen Äußerung von Rudi Dutschke hochkonstruiert: Dutschke soll in Westberlin gefordert haben, das Tribunal müsse auch die „Untersuchung der Diskussionsfreiheit in der DDR und den sozialistischen Ländern“ zum Thema haben. Die „DVZ“-Redaktion schlußfolgert daraus kühn: „Bislang hat die staatliche Inquisition die Verhängung von Berufsverböten davon abhängig gemacht, welche Ansicht der peinlich Befragte über die inneren Verhältnisse der sozialistischen Staaten besitzt und welcher Art seine Beziehungen zur DKP sind. Wer sich nicht distanzierte, war mit Sicherheit seines Bürgerrechts ledig. Wenn nun Rudi Dutschke und seine Freunde dieser Berufsverbötermentalität qua Russell-Tribunal zu allgemeinem Ansehen verhelfen wollen, was will das Tribunal dann überhaupt noch untersuchen?“

Rudi Dutschke und überhaupt jeder, der nach den Verhältnissen in der DDR zu fragen wagt, „Berufsverbötermentalität“ zu unterstellen, wirft ein deutliches Licht auf die Mentalität und Skrupellosigkeit der verantwortlichen „DVZ“-Redakteure. Überdies müßte selbst dem Dummsten klar sein, daß Rudi Dutschke – wenn er überhaupt wirklich diese Forderung erhoben hat – jedenfalls nicht für die Russell-Foundation und für die Jury sprechen kann und will. Was diese angeht, so ist seit Monaten absolut klar und unbestritten, daß sich das Russell-Tribunal ausschließlich mit den Verhältnissen in der BRD befassen wird. Dies überhaupt in Zweifel zu ziehen und daran irgendwelche Verdächtigungen und Vorwürfe zu konstruieren, ist an den Haaren herbeigezogen.

strieren, ist an den Haaren herbeigezogen.

Diese an der Sache vorbeigehende zweite Polemik der „DVZ“-Redaktion gegen das Russell-Tribunal zeigt allerdings deutlich, welche Angst in der DKP-Parteispitze herrscht, daß sich die demokratischen Kräfte hierzulande, und namentlich prominente Bündnispartner der DKP, zukünftig intensiver und explizit kritischer mit den Verhältnissen im „realen Sozialismus“ befassen könnten. Diese Entwicklung dürfte von der DKP kaum aufzuhalten sein und könnte tatsächlich auch zu Fragen nach der Bündnisfähigkeit dieser Partei im demokratischen Kampf führen. Denn es muß klar gesagt werden, daß die DKP dem demokratischen Kampf hienzu- lande voll in den Rücken fällt, wenn sie gleichzeitig eine massive antiliberalen, anti-demokratische Kampagne betreibt, um die Ausweisung Biermanns, die Verhaftung Bahros usw. in der DDR zu rechtfertigen. Die DKP-Spitze ist mit dieser Hetzkampagne bereits bis an die Grenzen des für ihre traditionellen demokratischen Bündnispartner eben noch Erträglichen gegangen – entsprechende Reaktionen werden kaum ausbleiben.

Die Angriffe der DKP auf das Russell-Tribunal – ein Zeugnis übrigens auch der politischen Dummheit und Unfähigkeit des Herrn Mies und seiner Vorstandskollegen! – dürften diese Entwicklung noch beschleunigen. Nur als Witz ist es demgegenüber zu verstehen, wenn sich die „DVZ“-Redaktion in ihrer Polemik vom 15.12.77 beschwerte, von der Russell-Foundation und der westdeutschen Unterstützungsbewegung werde „augenscheinlich ... eine Strategie der vollendeten Tatsachen gegenüber dem Gros der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik praktiziert“. Immerhin ist das Projekt eines Russell-Tribunals seit anderthalb Jahren in der öffentlichen Diskussion, der Appell der Russell-Foundation liegt seit gut einem halben Jahr vor – und dies war die erste Stellungnahme der „DVZ“ dazu! Wer hat denn die DKP daran gehindert, sich frühzeitig und vor allem konstruktiv in die öffentliche Diskussion um ein Russell-Tribunal einzuschalten? Mag wohl sein, daß es jetzt einigen DKP-Größen leidtut, den Anschluß verpaßt zu haben. Mit der Fortsetzung ihrer Verleumdungen und Verdächtigungen gegen das Russell-Tribunal werden sie den

Schaden aber auch nicht wieder wettmachen können.

Der DKP-Parteivorstand hat sich mit seiner berüchtigten „These 41“ (striktes Verbot jeder Zusammenarbeit mit „Maoisten“, „Anarchisten“ etc.) in eine heikle Lage manövriert. Vor allem in traditionellen Einflusssphären der DKP (z.B. Leserschaft von „DVZ“ und „tat“, VVN u.ä.) sehen viele nicht mehr ein, warum sie sich von der DKP vorschreiben lassen sollten, mit wem sie zusammenarbeiten dürfen und mit wem nicht. Den Versuchen, die „These 41“ von oben mit ruppigen redaktionellen Artikeln, Vorstandserklärungen u.ä. durchzu- halten, stehen zunehmend kritische Diskussionen an der aktiven Basis gegenüber.

Ausdruck dieser Schwierigkeit des DKP-Parteivorstands ist auch ein Artikel „Maoistische Zerrbilder der Aktionseinheit“ in der „UZ“ vom 16.12.77. Schon die Länge dieses

Artikels und seine relative Konkret- heit heben sich von den bisherigen Praktiken der „UZ“ bemerkenswert ab. Überdies gibt der Artikel (er be- faßt sich mit den Versuchen einer Aktionseinheit gegen das „K-Gruppen-Verbot“) eine ganze Reihe von Informationen, die im Kern relativ korrekt sind und die mit einiger Wahrscheinlichkeit einfach aus der Berichterstattung des „Arbeiterkampf“ übernommen worden sind. Allerdings befaßt sich der Artikel ganz bewußt ausschließlich mit den in der Tat z.T. humoristischen Techtelmechteln zwischen KBW und „KPD“ und erwähnt ansonsten nur „andere maoistische Grüppchen“ als weitere Teilnehmer der Gespräche. Schlußfolge- rung: „Die demokratischen und so- zialistischen Kräfte in unserem Lande hätten durch „Aktionseinheiten“ der Maoisten keinen Gewinn, son- dern Schaden und Diffamierung. So bleibt zu hoffen, daß Verlauf und Er-

gebnisse dieser Verhandlungen wei- teren Anhängern maoistischer Poli- tik helfen, die Augen zu öffnen und sich von ihr loszusagen“.

Es hätte sicher keines langen „UZ“-Artikels bedurft, um die Leser gegen eine Aktionseinheit mit „KPD“ und KBW einzustimmen – zumal diese beiden ja schon von sich aus eine Zusammenarbeit mit der DKP abgelehnt hatten. Der Artikel hat also nur die Funktion, die „KPD“ und den KBW als „Zerr- bilder der Aktionseinheit“ (wie die Überschrift ganz richtig andeutet) zu benutzen, um Stimmung gegen Aktionseinheiten insbesondere mit dem KB, dessen Position im ganzen Artikel natürlich überhaupt nicht er- wähnt wird, zu machen. Der Trick ist ebenso alt wie durchsichtig.

Eines unserer konkreten Plan- ziele für 1978: Die „These 41“ muß weg!

DKP und Terrorismus — mit Lenin hat das nichts zu tun!

(aus AK 130, Mai 1978)

Wie wenig die DKP tatsächlich mit dem Marxismus-Leninismus zu tun hat, auf den sie sich witzigerweise in ihrem neuen Programm-Entwurf immer noch beruft, zeigt auch ihre Hal- tung zur Frage des Terrorismus. Wir haben uns mit der Berichterstattung (na ja ...) des DKP-Zentralorgans „UZ“ während der Moro-Entführung beschäftigt und dabei folgende Artikel gefunden (die Übersicht ist voll- ständig!).

– Am 18.3. (Moro wurde am 16.3. entführt) eine Meldung über „Ge- neralstreik und Kundgebungen“ nach der Moro-Entführung sowie einen anderen Artikel „Wer sind die Drahtzie- her der Terrorbanden?“. Dieser Artikel enthielt erstmals das bleibende Leitmotiv der gesamten weiteren Kommentierung der „UZ“ zur Moro-Entführung: Hinter den „Roten Briga- den“ stecken „neofaschistische und geheimdienstliche Drahtzieher“.

– Am 21.3. ein Artikel „Entfüh- rungsfall Moro: Dahinter stecken die Neofaschisten“, in dem die „Ro- ten Brigaden“ als „Terrorgruppe von Neofaschisten und anderen reaktio- nären Elementen“ bezeichnet wur- den.

– Am 22.3. ein Artikel „Fahndung bisher ergebnislos“, in dem zu Dreiviertel erneut über die „neofa-

schistischen Drahtzieher“ fabuliert wurde; hinter der Moro-Entführung stünden „einflußreiche in- und ausländische Kräfte“; Verbindungen bestünden u.a. „zu Bundeswehr- und BND-Kreisen“.

– Am 31.3. behauptete die „UZ“ unter der Überschrift „Ausbildung in Bayern“, daß die Terroristen in (nicht näher bezeichneten) „parami- litärischen Lagern in Bayern“ ausgebil- det würden.

– Am 18.4. brachte die „UZ“ eine kleine Notiz „Schweigen nach dem Todesurteil“ (Die „Roten Briga- den“ hatten am 15.4. ihr „Todesur- teil“ gegen Moro bekanntgegeben). Die „UZ“-Notiz bestand zu 50 % wieder aus dem Hinweis auf „Quer- verbindungen zwischen den Neofa- schisten und den „Roten Brigaden““.

– Am 20.4. schob die „UZ“ einen etwas längeren Kommentar („An- schlag gegen links“) nach, wo die „Querverbindungen“ breitgetreten wurden, ohne auf Details näher ein- zugehen.

– Am 29.4. brachte die „UZ“ ein Bild mit der Unterschrift „Rom: Zehntausende protestierten gegen den Terror“. Richtig ist: Am 25.4. (um diesen Tag ging es) wird in ganz Italien jedes Jahr regelmäßig zum Ge- denken an den siegreichen antifaschi- stischen Widerstandskampf demon- striert. Diese Demonstrationen stan- den in diesem Jahr tatsächlich ganz im Zeichen von Parolen gegen den

„Terror“. In der „UZ“ fehlt allerdings jeder Hinweis auf die eigentliche Bedeu- tung dieses Tages in Italien!

– Am 11.5. (Moros Leiche war am 9.5. gefunden worden) erging sich die „UZ“ in einem Kommentar erneut über die „Querverbindungen“.

– Außerdem enthielt die „UZ“ an diesem Tag zwei längere Artikel: „Generalstreiks gegen den profaschi- stischen Terror“ (Titelseite) und „Die Terroristen haben einflußreiche Hintermänner“, wo nochmals die „Querverbindungen zu Neofaschisten, Geheimdiensten, NATO-Kreisen“ er- wähnt wurden, u.a. auch wieder mit Hinweis auf die Ausbildung der Terroristen in „geheimen“ (?) NATO- Stützpunkten auf Sardinien.

– Am 12.5. gab es noch einen Nach- schlag in Form eines recht langen Artikels „Die Hintermänner und Nutznießer stehen rechts“, u.a. mit der bereits bekannten Behauptung, die „Roten Brigaden“ würden „in ei- nem Nazi-Lager in Bayern ausgebil- det“ und „die Hintermänner der so- genannten „Roten Brigaden“ seien „bei den Neofaschisten und sogar einflußreichen Geheimdienst- und NATO-Kreisen zu suchen“; die „Ro- ten Brigaden“ würden „enge Verbin- dungen zu internationalen neofaschi- stischen Organisationen“ unterhalten.

– Am 20.5. hieß es dann in der „UZ“ noch einmal „Geheimdien- ste unterstützen Moros Mörder“.

Bei Durchsicht dieser Artikel fällt auf, daß Bemerkungen über die „Querverbindungen“ etc. rund 90 % der Berichterstattung der „UZ“ zur Moro-Entführung ausgemacht haben. Nirgends erwähnt, geschweige denn kritisch kommentiert, wurden in der „UZ“ die vom italienischen Parlament am 21.3. einstimmig beschlossenen „Anti-Terror“-Gesetze, die den in der BRD bestehenden entsprechen oder z.T. sogar noch schärfer sind. Nirgends erwähnt wurden in der „UZ“ ebenso die zahlreichen willkürlichen und diskriminierenden Verhaftungen und Festnahmen während der „Großfahndung“. Nirgends erwähnt wurde natürlich auch die – von der PCI-Spitze mitbetriebene – Hexenjagd gegen die „Sympathisanten“ in Italien.

Stattdessen hatte die „UZ“ z.B. Platz für die zweifellos wichtigere Meldung, daß Helmut Schmidt in einem Telegramm seine „Betroffenheit“ über die Moro-Entführung geäußert habe („UZ“, 18.3.) und daß Scheel nach dem Tode Moros ein Beileidstelegramm „sandte“ („UZ“, 11.5.).

Der zweite wesentliche Punkt, der bei dieser Berichterstattung der „UZ“ auffällt, ist die Behandlung des Terrorismus. Obwohl es überhaupt nichts Neues mehr zu berichten gab, wiederholte die „UZ“ in geradezu penetranter Weise immer wieder dieselben (völlig unbewiesenen!) Hinweise auf die angeblichen „Querverbindungen“. Angesichts der Häufigkeit und Ausführlichkeit dieser Hinweise ist offensichtlich, daß hier – nach einem alten Rezept von Nazi-Propaganda-Minister Goebbels – eine Dummheit durch ständiges Wiederholen glaub-



würdig gemacht werden sollte.

An keiner Stelle hat die „UZ“ während der Moro-Entführung den Terrorismus überhaupt als ein politisches und gesellschaftliches Problem behandelt, sondern ausschließlich als das Werk von neofaschistischen und imperialistischen Agenten. So offenkundig idiotisch verhält sich allerdings nicht einmal die PCI gegenüber dem Problem des Terrorismus. Beispielsweise sagte PCI-Vorstandsmitglied Pecciolini (er gehört zum rechten Flügel der PCI und spekuliert in einer kommenden Regierung auf den Posten des Innenministers) in einem SPIEGEL-Interview: Es sei zwar „nicht auszuschließen“, daß „ausländische Organisationen“ bei der Moro-Entführung die Finger mit im Spiel gehabt hätten – in erster Linie habe der italienische Terrorismus jedoch „italienische Ursachen“. Und: Der „Nährboden“ des Terrorismus seien „die großen sozialen Probleme des Landes“! („Spiegel“, 3.4.78). Diese keineswegs sensationelle Erkenntnis fand sich in der gesamten Berichterstattung der „UZ“ zur Moro-Entführung mit keinem Wort! Die „UZ“ selbst erwähnte zwar, daß nach

offiziellen Angaben allein in diesem Jahr bis zum 10. Mai in Italien rund 1.000 (!) Anschläge etc. verübt worden seien („UZ“, 20.5.), aber noch nicht einmal bei dieser Zahlenangabe fiel es offensichtlich den verantwortlichen Redakteuren auf, daß dieses Problem doch wohl gesellschaftliche Ursachen haben muß und nicht einfach als das Werk von bezahlten und bewußten Provokateuren behandelt werden kann.

Gibt man allerdings zu, daß der Terrorismus in erster Linie die politisch zweifellos verfehlte und schädliche Reaktion von Teilen des Volkes auf bestimmte gesellschaftliche Zustände ist (in Italien vor allem anhaltende Verelendung, Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit sowie Enttäuschung über die Politik der PCI), so käme man auch nicht umhin, sich mit diesem Problem politisch auseinanderzusetzen. Eben diese Auseinandersetzung will die DKP umgehen, indem sie dem Problem des Terrorismus einfach den Stempel „neofaschistisch“ etc. aufzudrücken versucht.

Es ist nicht zu übersehen, daß Lenin in die Frage ganz anders gestellt und beantwortet hat: Er hat die Ablehnung des Terrorismus politisch begründet und dabei doch nie Zweifel gelassen, daß es sich beim Terrorismus um einen – fehlgeleiteten, schädlichen – Teil der Volksbewegung gegen die herrschenden Kräfte handelt, und Lenin hat aus seiner kämpferischen Solidarität mit diesen Menschen – bei radikalster Kritik an ihren Handlungen und Theorien – doch nie ein Hehl gemacht. Diese Haltung Lenins bleibt aktuell.

nen. Sie sind auch oft die aufgeschlossenen, wenn man mit DKP-Genossen über den Weg zum Sozialismus diskutiert. Sie stehen auch im Kampf noch an vorderster Front. Auch wenn wir mit vielen Altgenossen auf Grund der Entwicklung der KPD und dem Sieg des Revisionismus viele Differenzen haben, so sind sie doch das lebendige Glied zu unserer ruhmreichen Vergangenheit und verdienen Achtung und Würdigung.

Aber das ist ja nur ein Nebenaspekt Eurer Artikel, wengiglich sich darin sehr deutlich Euer Verhältnis zu kommunistischer Tradition ausdrückt. Viel wichtiger ist, daß in keiner Zeile von Euch der Versuch gemacht wird, die in der DKP organisierten Genossen für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen. Es geht Euch in erster Linie um Menschen, für die die Beteiligung an Friedensdemonstrationen ein Fortschritt bedeutet, vor allem um Liberale und Anhänger der alten Sozialdemokratie. Aber auch diesen geht Ihr keine Hilfe für eine richtige Orientierung des Kampfes um Frieden.

Um aber zum wesentlichen zu kommen: Ihr geht überhaupt nicht inhaltlich auf den Sinn und die Notwendigkeit des Kampfes für Frieden und Abrüstung ein. Im AK 103 greift Ihr nur einen besonders auffälligen Punkt der DKP-Propaganda heraus, die Entspannungs- und Abrüstungsillusionen. Gut ist, daß diese Illusionen im Artikel widerlegt werden. Aber reicht es denn aus, um die Friedensbewegung zu ändern und zu stärken, nur darüber zu jammern, daß ein großer Teil der Aktivisten der Bewegung diesen Illusionen anhängen? Reicht diese Illusion denn auch, zu verhindern, daß man selbst mit besten Kräften und unter einer richtigen Zielrichtung die Friedensbewegung unterstützt (nicht nur sich „einmischte“), um dadurch die Diskussion über die verschiedenen Standpunkte die Bewegung zu stärken und zu einen? Meines Wissens hat das als einzige Organisation der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD getan.

Das traurigste Kapitel aber ist der Artikel im AK 105 nach Abschluß der Demonstrationen. Hauptpunkt des Artikels ist wieder nicht der Inhalt der Demonstrationen und die Möglichkeit für Kommunisten, die Bewegung zu stärken, sondern sind bestimmte Schweinereien der DKP, vor allem ein angebliches Hochjubiläum der Teilnehmerzahlen. Wenn die DKP und die die Veranstaltung tragenden Organisationen wirklich so etwas tun, ist es traurig. Es ist aber nur ein völlig unwichtiger Nebenaspekt. Was viel wichtiger ist, was Ihr aber überhaupt nicht beklagt, ist, daß es insgesamt, mit welchen echten Zahlen auch immer, so wenig gewesen sind. Statt die DKP zu kritisieren, daß sie durch Spaltung der Bewegung (Forderungen, die von großen Teilen nicht akzeptiert werden können) ein so trauriges Ergebnis wesentlich mitverursacht hat, greift Ihr an, daß sie das traurige Bild nicht ganz so traurig darstellen will. Hier fällt natürlich der Stein auch auf Eure eigenen Füße: Was habt Ihr denn

getan, die Demonstrationen zu stärken?

Das ist der wichtigste Punkt Eurer Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung. Ihr schreibt selbst, daß Ihr Euch in Zukunft „einmischen“ wollt in die Friedensbewegung und bestimmte Forderungen und Illusionen bekämpfen wollt, aber Ihr schreibt in keiner Zeile, daß Ihr die Bewegung stärken wollt.

Der wichtigste Aspekt dieses Artikels ist jedoch inhaltlicher Natur. Der KB scheint in seinem Kampf gegen die DKP (von Auseinandersetzung um die Inhalte der Revolution kann man ja wohl nicht sprechen) nicht von kommunistischen Prinzipien ausgehen zu wollen, sondern er wechselt die Positionen beliebig, Hauptsache, es geht gegen die DKP. So nehmt Ihr im Artikel in AK 105 offen die Position der Sozialchauvinisten ein, obwohl Ihr sonst angeblich so standhaft dagegen kämpft. So schreibt Ihr: „Indessen ist dieser für die DKP-Führung positive Aspekt auch mit einem negativen verbunden: Die bisherige Grundlinie der DKP ist es, von der Tatsache abzulenken, daß trotz [bzw. richtiger: wegen] der scheinbaren „Entspannung“ vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion ein unvorstellbares Werrüsten insbesondere auf dem Gebiet der atomaren Massenvernichtungswaffen stattfindet; diesen „Entspannungs-schwindel“ verbindet die DKP mit der Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD (insbesondere die Forderung nach „Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte“ und Senkung des Rüstungssets um zehn Prozent). Indessen bringt es die zunehmende politische Breite dieser Bewegung mit sich, daß auf allen Kundgebungen von vielen der Redner der Blick auch auf das Werrüsten zwischen USA und Sowjetunion gelenkt wurde, daß konkrete „Abrüstung in Ost und West“ gefordert wurde usw.“

Soweit das Zitat. Jetzt verrät mir und allen anderen Genossen doch einmal: Ist es ein Fortschritt, wenn statt (von »Statt« haben wir überhaupt nicht gesprochen. Es geht hier nicht um »wenn« – oder – Ann. AK) das Treiben des deutschen Imperialismus anzugreifen, allgemeine Forderungen nach Abrüstung in Ost und West erhoben werden? Weiter gedacht, hieße der Fortschritt »Allgemeine Abrüstung«? Das ist doch platter Liberalismus! Sollen denn die sozialistischen Länder abrüsten und so den Imperialismus zum Angriff ermutigen? Hätte denn das vietnamesische Volk abrüsten sollen, statt dem US-Imperialismus den Schädel blutig zu schlagen?

Das wird auch durch die Formulierung weiter hinten nicht aufgehoben, wo steht, man müsse den Kampf gegen den BRD-Imperialismus verbinden mit der Verurteilung des Werrüstens USA – Sowjetunion. Ihr sagt ja selber, einseitige Abrüstung des BRD-Imperialismus zu fordern, sei falsch. Dann soll also die BRD nicht abrüsten, solange noch die Supermächte oder irgendjemand sonst aufrüstet? Das ist doch Sozialchauvinismus reinsten Wassers. Für Kommunisten gilt immer noch anderes. Kommunisten fordern

immer noch einseitige Abrüstung. Nämlich Abrüstung der Imperialisten! Und da der Hauptfeind im eigenen Land steht, Abrüstung des BRD-Imperialismus!

Welches gemeinsame Interesse sollen wir denn mit den Krupp und Thyssen haben, wenn wir uns gegen ihre Schwächung wehren? Im Gegenteil, alles, was die schwächt, nützt uns. Und wenn uns jemand angreift? Na und, immer noch gilt, keinen Mann und keinen Pfennig diesem System. Solange das Land nicht unser Land ist, haben wir nichts zu verteidigen. Im Klartext noch einmal, jede Abrüstungsmaßnahme, die den BRD-Imperialismus schwächt, stärkt uns, stärkt die Kräfte für Frieden und Sozialismus. Wer davon ablenkt, wer sich gegen „einseitige“ Abrüstung des BRD-Imperialismus wendet, verarmt den BRD-Imperialismus und schwächt die Friedenskräfte. Konsequenter weitergeführt bringt Euch Eure Position nicht nur in die Fußstapfen der selbsternannten »KPD«, sondern auch in die historischen Fußstapfen der Bewilligung von Kriegskrediten usw.!

So, das war ein langer Brief, ich hoffe aber, Ihr druckt ihn trotzdem ab und beantwortet ihn, da er eine Reihe wichtiger Fragen kommunistischer Politik heute antippt. Ich hoffe auch, daß die Diskussion zwischen den Zirkeln um diese Fragen in Gang kommt und daß dadurch die Friedensbewegung endlich gestärkt wird.

Antwort der Redaktion

Wir schließen uns, in Anbetracht der großen Bedeutung dieser Frage, dem Genossen mit seiner Hoffnung an, wobei es vor allem auch darauf ankommen wird, endlich die DKP zu einer ernsthaften Auseinandersetzung um diese Frage zu zwingen.

Damit sind wir auch schon beim ersten Punkt, also unserer Haltung zur DKP. Der Genosse vom »Arbeiterbund« liefert selbst ein anschauliches Beispiel für die wirklichkeitsfremde Idealisierung dieser Partei und ihrer Anhänger durch den »Arbeiterbund«. Unsere politische Arbeit seit 1970 hat uns zigfach den Beweis erbracht, daß es weitaus eher möglich ist, mit Liberalen, Christen und sogar mit Sozialdemokraten zu einer punktuellen Zusammenarbeit zu kommen, als mit der DKP. Von Seiten der DKP haben wir keinem (!) Fall etwas anderes erlebt, als eiskalte Ablehnung und skrupelloses Spaltertum. Das innerparteiliche Klima in der DKP ist gekennzeichnet von Leisetreierei und Druckmäuserum, gegen das im Vergleich sogar die SPD noch als ungeheuer kurlige, pluralistische und demokratische Partei erscheinen muß. Wer hätte in der DKP jemals seit ihrer Gründung vor acht Jahren breitere Akte der Auflehnung erlebt, wie es die Jusos in der SPD immerhin vorgeführt haben? Dabei hätte es doch wohl Gründe genug für Auflehnung und Protest auch in der DKP gegeben – oder etwa nicht? –

Man sieht schon, daß wir das gängige Schema des »Arbeiterbund«

Wie muß der Kampf um Frieden und Abrüstung geführt werden?

(aus AK 107, Juni 1977)

Wir veröffentlichen im folgenden einen Leserbrief, den uns ein Anhänger des „Arbeiterbundes“ für den Wiederaufbau der KPD“ zugesandt hat. Der Brief befaßt sich mit den zwei Fragen: Verhältnis zur DKP und Kampf für Frieden und Abrüstung. Wir veröffentlichen diesen Brief, um uns daran mit diesen Fragen, die auch über die DKP und den „Arbeiterbund“ hinaus in der westdeutschen Linken z.T. unklar sind, erneut auseinanderzusetzen.

»Liebe Genossen, Eure Artikel zu den Demonstrationen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in den AK 103 und 105 können nicht unwidersprochen bleiben (...).

Der erste Punkt ist das Verhältnis des KB zu den modernen Revisionisten, vor allem zur DKP und den dort

organisierten oder ihr nahestehenden Genossen. Daß Ihr von den Genossen und Kollegen, die in der DKP sich organisieren, nichts haltet, macht Ihr ja in sehr vielen Artikeln klar. Einen Gipfel aber produziert Ihr im AK 103. Da schreibt Ihr von der »DKP mitsamt ihren Untervereinen, Rentnerbünden etc.«. Abgesehen davon, daß mit den

»Untervereinen« ja wohl die DFG/VK und die VVN als wichtigste gemeint sind und diese Bezeichnungen nur eine Verunglimpfung des Charakters und der Verdienste dieser Organisationen sind, was meint Ihr mit der Bezeichnung »Rentnervereine«??? Immerhin sind in diesen »Rentnervereinen« viele alte Genossen der KPD, die nicht nur KZ und Adenauergefängnisse kennengelernt haben, die nicht nur aller schwerste persönliche Opfer für die Partei und den Sozialismus auf sich genommen haben; sie sind es doch, die die lebendige Tradition zur Partei Thälmanns aufrecht erhalten. Von diesen »Rentnern« können gerade die jungen Genossen ungeheuer viel ler-

von der »ehrlichen Basis« und der »verräterischen Führung« der DKP nicht teilen, und zwar einfach deshalb, weil dieses Schema der Wirklichkeit nicht entspricht. Ebenso ist klar, daß wir im Zusammenhang unserer Bündnispolitik der DKP keineswegs den alles überragenden Platz einräumen, den die DKP beim »Arbeiterbund« genießt. Wir machen eine reale Bündnispolitik, d.h. Bündnispolitik mit denen, die dazu bereit sind. Das ist an sich unter Kommunisten eine Selbstverständlichkeit; man muß es aber in diesem Fall ausdrücklich betonen, weil sich die Bündnispolitik des »Arbeiterbund« vorwiegend im Reich der Phantasie abspielt. Uns ist kein einziges Beispiel bekannt, wo die DKP sich auf eine Aktionseinheit mit dem »Arbeiterbund« eingelassen hätte, obwohl dieser doch — im Gegensatz zu uns — dafür die richtigen Rezepte in der Tasche zu haben meint!

Der Genosse hat im wesentlichen recht, wenn er meint, wir würden nicht versuchen, »die in der DKP organisierten Genossen für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen«. Richtig ist daran so viel, daß die Anhängerschaft der DKP keineswegs das bevorzugte Ziel unserer politischen Arbeit ist, also anders als beim »Arbeiterbund«. Wir gehen nach allen Erfahrungen davon aus, daß es in der Regel erheblich leichter ist, z.B. Sozialdemokraten oder Liberale für unsere Politik zu gewinnen, als ausgerechnet Leute, die durch die »Gehirnwäsche« der DKP und ihrer Holzhammer-Presse gegangen sind. Wir wußten gern, ob der »Arbeiterbund« von gegenteiligen Erfahrungen berichten kann? Wir glauben jedenfalls nicht, daß dem »Arbeiterbund« durch seine spezielle Taktik irgendein nennenswerter »Einbruch« in die Reihen der DKP gelungen ist, während umgekehrt ganz offensichtlich sich in den Reihen des »Arbeiterbund« Verunsicherung gegenüber dem Revisionismus und sogar DKP-Vorstellungen ausbreiten. Wobei für uns weiterhin unklar ist, welche Führer des »Arbeiterbund« überhaupt noch selbst an den Sinn ihrer »Taktik« glauben, und welche schon ganz bewusst dabei sind, der DKP die Hasen in die Küche zu treiben...

Kommen wir zur wesentlicheren Frage, der Frage nach dem Kampf für Frieden und Abrüstung. Auch hier muß man wieder die »KAZ« lesen, um die Auffassungen des Leserbriefschreibers überhaupt richtig verstehen zu können.

Der Schreiber behauptet, die Forderung nach allgemeiner Abrüstung sei, so wörtlich, »plattler Liberalismus«. Die Begründung für diese mehr als seltsame These findet sich in der »KAZ« Nr. 112 und Nr. 113. Kurz gesagt behauptet die »KAZ«, daß man diese Forderung nicht aufstellen dürfe, weil dann ja auch die »sozialistischen« Länder (wobei die inhaltliche Füllung dieses Begriffs in der »KAZ« schwankt!) und die Länder der »Dritten Welt« abrüsten müßten, und das dürfe man nicht von ihnen verlangen.

Der »Arbeiterbund« gibt sich überhaupt voll rührender Fürsorge für die

»friedliebenden kleinen Staaten«, denen man doch eine Abrüstung nicht zumuten könne (»KAZ«-Extrablatt). Abgelenkt werden soll damit von der Tatsache, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung natürlich keineswegs an den »friedliebenden kleinen Staaten« scheitert, sondern am Imperialismus und Revisionismus, insbesondere auch am atomaren Wettrüsten zwischen USA und Sowjetunion. In seiner Fürsorge für die »kleinen friedliebenden Staaten« geht der »Arbeiterbund« so weit, daß er schon den Begriff »Wettrüsten« nimmer hören mag: »Wer ... von Wettrüsten spricht, wie es viele friedliebenden Kräfte in Westdeutschland fälschlicherweise tun, der verkennet diese Tatsachen und stellt, ob er es will oder nicht, die Kriegsbrandstifter mit denen, die den Frieden, so schlimm es ist, mit der Waffe verteidigen müssen, auf eine Stufe« (»KAZ«-Extrablatt). Diese Argumentation geht vollständig an der Sache vorbei, da beim Begriff »Wettrüsten« niemand an die »kleinen friedliebenden Staaten« oder auch an einen größeren Staat wie die VR China denkt, sondern in erster Linie an die Kriegsmaschinen der Nato und des Warschauer Pakts. Den »kleinen friedliebenden Staaten«, aber auch der VR China geht das Interesse ebenso wie die materielle Grundlage für eine Beteiligung am Wettrüsten ab. Sie sind daher natürlich auch nicht gegen eine allgemeine Abrüstung, sondern dafür. Es ist unverkennbar, daß in der »KAZ« die rührende Fürsorge für die »kleinen friedliebenden Staaten« nur vorge-täuscht ist, um insbesondere von der Aufrüstung der Sowjetunion, aber darüber hinaus sogar vom Wettrüsten USA—Sowjetunion abzulenken. Dahinter steht letzten Endes der Gedanke, daß wir nicht gegen die Aufrüstung der Sowjetunion sein dürften, weil diese »friedliebend« sei und sich schließlich »verteidigen« muß. Noch mit Zurückhaltung deutet sich dieser Gedanke an im Offenen Brief der »KAZ« an einen Genossen der DKP: »Ich will gar nicht mit Dir streiten, ob die Länder des Warschauer Pakts sozialistische sind oder nicht, denn darauf kommt es bei dieser Frage gar nicht so sehr an«. (»KAZ«-Extrablatt). Wir meinen im Gegenteil, daß es auf diese Frage allerdings sehr ankommt, wenn über die Probleme von Frieden und Abrüstung diskutiert wird!

Denn es ist doch wichtig, ob die Sowjetunion als sozialistischer Staat und Haupt-»Friedenskraft« betrachtet wird (wie es die DKP tut), oder ob man eine andere Einschätzung der Sowjetunion hat. Das heißt, der »Arbeiterbund« meint, mit der DKP diskutieren zu können und zu müssen, ohne überhaupt deren Grundvoraussetzung — nämlich die Anerkennung der Sowjetunion als »sozialistische Friedensmacht« usw. — in Frage zu stellen. Dieses Herangehen ist absurd.

An anderer Stelle verzichtet der »Arbeiterbund« denn auch gleich auf jede Zurückhaltung und bekennt sich offen zur Theorie vom »realen Sozialismus«. Der KB, so liest man da (»KAZ« Nr. 113, Seite 8), habe

»kleinbürgerliche Ängste« — vor dem »Sozialismus, wie er real nun und von einem Drittel der Menschheit aufgebaut wird«. Dieses Drittel kommt aber nur zustande, wenn man außer der VR China auch die Sowjetunion hinzuzählt!

Anders läßt sich auch der offensichtlich Widerwille nicht erklären, den der »Arbeiterbund« ebenso wie der Briefschreiber gegen die bloße Erwähnung der sowjetischen Aufrüstung hat. Während wir kritisiert haben, daß die DKP ausschließlich die Forderung nach einseitiger Abrüstung des BRD-Imperialismus erhebt und das atomare Wettrüsten USA—Sowjetunion unerwähnt läßt, kommt die Kritik des »Arbeiterbund« von einer ganz anderen Seite: Er wirft der DKP vor, daß sie es überhaupt zugelassen hat, daß z.T. auf den Veranstaltungen des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« am 21. Mai auch von allgemeiner Abrüstung gesprochen wurde, daß dort vom atomaren Wettrüsten USA—SU gesprochen wurde usw.: Die DKP habe »kritiklos« ein »Sammelsurium von Rednern« geduldet, und: »... da wurde von manchen auch die besondere Gefährlichkeit der beiden Supermächte in einer Weise hervorgehoben, die den deutschen Imperialismus verniedlicht und dem Revanchismus Vorschub leistet. Da wurde gegen Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands gesprochen«, und eben auch »gegen das Wettrüsten in Ost und West« (»KAZ« Nr. 113, Seite 11).

Die »KAZ«, ebenso wie der Leserbriefschreiber, behaupten, daß wir in der BRD ausschließlich für einseitige Abrüstung des BRD-Imperialismus eintreten müßten. Nur an einer einzigen vergleichsweise kurzen Stelle seiner umfangreichen Ausführungen zum 21. Mai erwähnt der »Arbeiterbund« überhaupt mal Fakten zum atomaren Rüstungspoker USA—Sowjetunion im Schatten der SALT-Verhandlungen und -Abkommen. Die Schlußfolgerung des »Arbeiterbund« aus diesen Fakten ist freilich wieder bezeichnend: »Bei solchen Abkommen müßte wahrlich jeder, dem es um den Frieden ernst ist, große Bedenken bekommen, daß er sich nicht auf solche Vertragstexte, nicht auf die Zusammenarbeit der Großmächte verlassen kann, sondern daß ausschließlich er selbst es ist, der den Frieden sichern kann, indem er jeweils in seinem eigenen Land die eigenen Kriegstreiber bekämpft, sie in die Defensive drängt, mit dem Ziel, über sie Sieger zu bleiben!« (»KAZ«-Extrablatt).

Selbst angesichts klarer Fakten bringt die »KAZ« es also noch fertig, dummes Zeug zu schreiben. Wie können wir denn das atomare Wettrüsten USA—SU bekämpfen, indem wir uns ausdrücklich darauf beschränken, »unseren« eigenen Imperialismus zu bekämpfen, und diesen Kampf gegen die Forderung nach allgemeiner Abrüstung ausspielen?! Können wir den Frieden sichern, indem wir uns ausschließlich darauf beschränken, »unseren« Imperialismus zu bekämpfen, während

wir es dem Volk der USA überlassen, ausschließlich gegen die Aufrüstung »ihres« Imperialismus zu kämpfen, und dann vielleicht noch warten, bis auch die sowjetischen Werktätigen gegen die Aufrüstung »ihres« Staates zu kämpfen beginnen?... Können wir in Mitteleuropa, das von Truppen der USA und der Sowjetunion militärisch besetzt ist und auf das hunderte von Atomwaffen gerichtet (und stationiert!) sind, annehmen, es würde für uns ausreichen, nur die Aufrüstung des BRD-Imperialismus zu bekämpfen?! Eine mehr als naive Auffassung!

Es ist eindeutig, daß die Kommunisten international die Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung erheben, wobei freilich die Kommunisten jedes Landes in erster Linie — aber nicht ausschließlich! — für die Abrüstung »ihrer« Imperialisten kämpfen. Wir sind also nicht gegen einseitige Abrüstung des BRD-Imperialismus, wenn wir solche Schritte erzwingen können. Wir sind aber dagegen, daß mit der Lüge von der »Entspannung« als Haupttendenz unserer Zeit und mit der Ablenkung vom Wettrüsten Nato—Warschauer Pakt und USA—SU eine Politik betrieben wird, die uns letzten Endes weder die Abrüstung des BRD-Imperialismus, noch irgendeinen anderen Abrüstungsschritt bringen kann.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD in unserem Land überhaupt nur Menschen zu eigen machen können, die entweder totale Pazifisten oder umgestülpte Vaterlandsverteidiger sind (wie die DKP, die zur Abwechslung ihr »Vaterland« Sowjetunion verteidigen möchte), oder aber, die bereits mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem bürgerlichen Staat gebrochen haben. Es ist ausgeschlossen, daß heute eine solche Forderung die Massen ergreifen könnte. Das sieht die »KAZ« freilich ganz anders: »Viele der Friedenskräfte waren wie wir der Ansicht, daß Forderungen gegen den Revanchismus und Militarismus der westdeutschen Bourgeoisie die Friedensbewegung viel besser einigen und stärken können, als der Aufruf des Komitees« (»KAZ« Nr.

113, Seite 11). Der Briefschreiber argumentiert ähnlich, wenn er behauptet, die DKP würde die Friedensbewegung spalten durch »Forderungen, die von großen Teilen nicht akzeptiert werden können«. Da hiermit aber keineswegs die Forderungen der DKP nach einseitiger Abrüstung der BRD gemeint sind, sondern nur die »Entspannungs«-Parolen u.ä., muß man schon die Frage stellen, welche »großen Teile« der Friedensbewegung dies »nicht akzeptieren können«. Leider ist es doch so, daß gerade der »Entspannungs«-Schwindel heute noch in der Friedensbewegung ganz gut ankommt, jedenfalls besser als die Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD. Wenn der »Arbeiterbund« und der Briefschreiber es so darstellen, als würde eine Beschränkung auf die Forderung nach Abrüstung der BRD die Kampffront verbreitern, dann ist das fern der Realität.

Zum besseren Verständnis muß man sich auch einmal die vom »Arbeiterbund« selbst aufgestellten Forderungen ansehen (»KAZ«-Extrablatt): Davon wendet sich keine gegen das Wettrüsten Nato—Warschauer Pakt, keine Forderung gegen das atomare Wettrüsten USA—SU, und sogar die Forderung nach Abzug der US-Truppen und -Waffen aus der BRD haben die »Arbeiterbund«-Führer glatt »vergessen«! Es fehlen z.B. solche international erhobenen Forderungen, wie die Vernichtung aller Atomwaffen, die Räumung aller Stützpunkte auf fremden Territorien u.ä. Witzigerweise rühmt sich der »Arbeiterbund« nachträglich sogar noch, »wir haben glaubwürdig demonstriert, daß wir die entschiedensten Kämpfer für Frieden und Sozialismus sind« (»KAZ« Nr. 113, Seite 10). Diese Behauptung ist angesichts der Tatsachen wirklich grotesk! Man muß auch sagen, daß der »Arbeiterbund« es trotz seiner Lobhudeleien auf sich selbst noch nicht einmal zu konkreten Abrüstungsforderungen (wie immerhin die DKP!) gebracht hat, sondern daß er sich mit der Wischi-Waschi-Parole »Runter mit der Rüstung!« begnügt (»KAZ«-Extrablatt). Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß sich diese entschiedensten aller Friedenskämpfer erst kürzlich ganz fürchterlich aufgegeregt haben, als wir — der KB — auf

den Zusammenhang zwischen der »friedlichen Nutzung der Kernenergie« und dem Streben des BRD-Imperialismus nach eigenen Atomwaffen hingewiesen haben. Denn die ganze Anti-AKW-Bewegung ist diesen allerent-schiedensten Friedenskämpfern ein Greuel!

So ergibt sich, daß der »Arbeiterbund« noch nicht einmal für die Abrüstung des BRD-Imperialismus wenigstens konsequent eintritt, obwohl er sich diesen Flair zu geben versucht. Der »Arbeiterbund« mag sich auch nicht dazu entscheiden, die chinesischen Politiker zu kritisieren, die mit Aufrufen zur Stärkung der Nato und vielen Warnungen vor der angeblichen »sozialimperialistischen« Gefahr die Kriegsgefahr in Europa noch weiter anheizen. Für den »Arbeiterbund« ist das immer noch »revolutionäre Außenpolitik«. Der »Arbeiterbund«-Anhänger, mit so viel Inkonsistenz und Blödsinn seiner Führung konfrontiert, macht natürlich in der Auseinandersetzung mit DKP'ern keine besonders gute Figur, sondern wird spielend leicht »auseinandergenommen«.

Schließlich ist auch noch zu sagen, daß der »Arbeiterbund« den internationalen Charakter des Kampfes für Frieden und Abrüstung völlig ignoriert, wenn er fordert, daß die Werktätigen des jeweiligen Landes ausschließlich die Abrüstung »ihrer« Bourgeoisie fordern sollten und sich ansonsten um die Aufrüstung in der Welt nicht kümmern dürften. Man müßte dann ja wohl auch schlußfolgern, daß wir einen grossen Fehler gemacht haben, uns gegen die US-Aggression in Vietnam zu wenden, statt dies ausschließlich den Werktätigen der USA zu überlassen. Oder daß wir z.B. auch einen großen Fehler gemacht haben, 1969 gegen die militärischen Abenteuer der Sowjetunion am Ussuri zu protestieren, statt dies ausschließlich den Völkern der Sowjetunion selbst zu überlassen!... Eine solche Auffassung zerreißt den internationalen Kampf der werktätigen und unterdrückten Völker für Frieden und Sozialismus in seine nationalen Einzelteile und schwächt ihn somit entscheidend.

Friedenspolitik à la DKP

(aus AK 136, August 1978)

Interessante Ausführungen zum besseren Verständnis der „Friedenspolitik“ der DKP enthält ein Aufsatz von Bernd Hartmann in dem Taschenbuch „Die CSSR 1968 - Lehren der Krise“. Zwar stammen die in diesem Buch abgedruckten drei Aufsätze noch aus den Jahren 1968/69 - jedoch hat der DKP-eigene „Verlag Marxistische Blätter“ (Frankfurt/M.) es gerade in diesem Jahr (ausdrücklich mit Blick auf den 10. Jahrestag des Überfalls von Truppen des Warschauer Pakts auf die CSSR) für sinnvoll gehalten, diese drei Texte neu aufzulegen. Zudem ist dieses Taschenbuch derzeit das einzige Material (außer Reden von Gustav Husak, ebenfalls im „Verlag Marxistische Blätter“ aufgelegt), das von der DKP zum Thema „CSSR 1968“ angeboten wird. Eine Reihe früher zu diesem Thema von der DKP veröffentlichter Texte sind entweder vergriffen oder aus politischen Gründen aus dem Verkehr gezogen worden.

Um die besondere Wertschätzung der DKP für die in dem Taschenbuch „Die CSSR 1968 - Lehren der Krise“ zusammengefaßten drei Aufsätze zu zeigen, zitieren wir aus dem Vorwort des „Verlages Marxistische Blätter“: „Diese Arbeiten sind... beachtliche Beispiele der prinzipienfesten Anwendung der marxistischen Wissenschaft, der unbeirrten Parteilichkeit für die Sache der Arbeiterklasse in einer komplizierten Situation und des proletarischen Internationalismus“ (S.5).

Betrachten wir also als „Beispiel der prinzipienfesten Anwendung der marxistischen Wissenschaft“ die friedenspolitischen Ausführungen des Bernd Hartmann.

Hartmann macht zunächst deutlich, daß die Sowjetunion selbstverständlich das Recht hat, in jedem „sozialistischen“ Staat militärisch zu intervenieren, der sich seine Politik nicht mehr von der Sowjetunion diktieren lassen will. Die Rechtfertigung eines solchen militärischen Eingriffs ergibt sich für Hartmann auf jeden Fall daraus, daß in einem solchen Staat „Antisowjetismus und Nationalismus“ die Stimmung des Volkes beeinflussen. Wie das zu verstehen ist, wird im ersten Aufsatz des Taschenbuchs, von Jan Fojtik

(CSSR), noch deutlicher. Fojtik sieht den Beweis für „Antisowjetismus und Nationalismus“ in der CSSR

darin, daß in der CSSR vor dem 21. August 1968 von den Massenmedien „künstlich“ (!) ein „Mißtrauen hervorgerufen“ worden sei gegenüber einer drohenden Militär-Intervention der Sowjetunion. Das heißt: Ein - wie sich dann ja tatsächlich erwies! - vollständig berechtigtes Mißtrauen gegenüber den Absichten der Sowjetunion wird als „Nationalismus“ interpretiert, und dieser „Nationalismus“ dann als Argument angeführt, um eben jene Absichten mit militärischer Gewalt in die Tat umzusetzen.

Hartmann indessen bleibt nicht bei dem selbstverständlichen Recht der Sowjetunion stehen, im Namen des „realen Sozialismus“ die Völker ihres Machtbereichs zu unter-

Europa auszugehen, ob mit militärischen oder mit subversiv-friedlichen Mitteln, heißt heute nicht weniger als gestern, den dritten Weltkrieg zu provozieren.... Das aber bedeutet, daß der vom Westen mit allen subversiven Mitteln geführte Klassenkampf um die Beseitigung des Sozialismus in Europa nur solange nicht in die Katastrophe eines Weltkrieges führt, wie er erfolglos bleibt“ (S.64, Hervorhebungen von uns). Um es vielleicht noch etwas klarer zu sagen: Wenn es dem Imperialismus gelingt, ein Land aus der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ herauszubringen bzw. wenn die Entwicklung eines „sozialistischen“ Landes nicht nach den Vorstellungen der Sowjetunion verläuft, so rechtfertigt das für Hart-



(Aus „Pardon“, Mai 1977).

drücken, notfalls andere Länder militärisch zu besetzen und deren Regierungen zu stürzen. Nachdem er die Strategie des Imperialismus dargestellt hat, die Länder des „realen Sozialismus“ aufzuspalten und von innen „aufzuweichen“, schreibt Hartmann in sehr drohendem Ton: „Es darf jedoch niemandem zweifelhaft sein, daß die Veränderung des Status quo in Europa auf Kosten des sozialistischen Staatenblockes für die Sowjetunion der Kriegsfall ist. Auf die Veränderung des Status quo in

mann nicht nur die militärische Besetzung des betreffenden Landes, sondern auch die Entfesselung eines Weltkrieges durch die Sowjetunion! Auf solche Gedanken kann eigentlich nur ein Wahnsinniger kommen, ein kranker Mensch, der mit den Mißerfolgen seiner eigenen blitzgescheiterten Politik im Kopf nicht mehr klarkommt und der sich ersatzweise an Träumen vom atomaren Chaos („Weltuntergang statt Kapitalismus“) berauscht. Ein paar Irre dieser Art waren in der „UZ“ auch schon in der Kampagne gegen die Neutronenbombe aufgetreten.

Die Sowjetunion, das sei allen Zweifeln versichert, hat offiziell durchaus keine Erklärungen der von Hartmann angedeuteten Art abgegeben. Es wäre ja auch allzu brutal und würde dem ganzen „Entspannungsschwindel“ total die Luft rauslassen, wenn einer der beiden großen militärischen Blöcke (Warschauer Pakt und Nato) im Fall von gesellschaftlichen Veränderungen in einem Staat seines Machtbereichs mit dem Dritten Weltkrieg drohen würde. Hartmann behauptet, daß die Erhaltung des Status quo (= bestehender Zustand) in Europa eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung des Friedens sei. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß Hartmann also auch gegen eine Veränderung des Status quo in den kapitalistischen Ländern Europas sein müßte. Weit gefehlt: „Der Friede hängt allein davon ab, inwieweit der Status quo in Europa vor westlichen Unterminierungsversuchen gesichert ist und es den antikapitalistischen Kräften in den westlichen Ländern gelingt, die Macht des Kapitalismus zu brechen“ (S.64). D.h., wenn Hartmann vom „Status quo in Europa“ spricht, so meint er gar nicht, was er sagt, sondern meint lediglich den „Status quo“ in jenem Teil Europas, wo der „reale Sozialismus“ existiert. So und nicht anders ist auch die Behauptung Hartmanns zu verstehen, „daß zwar die Sowjetunion

unablässig auf die Anerkennung des Status quo... in Europa drängt“, die „Westmächte“ jedoch „mit unerhörtem Aufwand eine Offensive nach der anderen zur Unterhöhung und Änderung des Status quo unternehmen“ (S.65). Vollends offenbart Hartmann sein Verständnis von Logik und Begriffen, indem er als These zusammenfaßt: „Der Kampf des sozialistischen Lagers um den Status quo in Europa ist nicht nur ein Kampf um die Wahrung des sozialistischen Besitzstandes, er ist in erster Linie ein Kampf um die Kapitulation der revanchistischen und imperialistischen Kräfte in der Welt, insbesondere in der Bundesrepublik, und damit um die Veränderung der Kräfteverhältnisse in den kapitalistischen Ländern zugunsten der demokratischen und sozialistischen Kräfte“ (S.65, Hervorhebungen von uns). Soll also heißen: Status quo ist, wenn sich in den „sozialistischen“ Ländern gar nichts ändert und in den kapitalistischen Ländern alles. Ja, auf so einen Einfall muß man ja erst einmal kommen!

An die blinde Linke gewendet, die dauernd nicht so will wie die DKP, fügt Hartmann hinzu: „Wem dieser einfache Sachverhalt bekannt ist, der dürste sich in der Frage, welche politische Bestrebungen in Europa heute friedensfördernd und welche friedensgefährdend, welche progressiv und welche reaktionär

sind, kaum vertun können“ (S.64, Hervorhebungen von uns). Soll also heißen: Wer für den Frieden ist, muß dafür eintreten, daß sich in den Ländern des „realen Sozialismus“ nichts ändert (und muß kräftig gegen jede sich dort regende Opposition mitkrakeeln), und muß zweitens für die Durchsetzung des „realen Sozialismus“ auch in den heute noch kapitalistischen Ländern Europas eintreten. Und wohlgemerkt, der „richtige“ Sozialismus muß es sein, der „reale“, nicht irgend ein anderer! Soll also heißen: Der Frieden ist in Europa dauerhaft nur auf eine Art zu sichern, nämlich durch die Unterwerfung ganz Europas unter die Interessen der Sowjetunion. „Bayernkurier“ und „Rote Fahne“ unterstellen der Sowjetunion schon seit längerem solche Absichten. Aber wir können nichts dafür, Hartmann hat das tatsächlich so und nicht anders hingeschrieben, und die DKP empfiehlt diesen Aufsatz in der UZ als großen Knüller. Schade bloß, daß dieses Taschenbuch wahrscheinlich fast nur von DKP'lern gelesen wird. Eine Verbreitung dieses „beachtlichen Beispiels der prinzipienfesten Anwendung“ der marxistischen Wissenschaft unter den Bündnispartnern der DKP könnte vielleicht den Erkenntnisprozeß beschleunigen, was und wer in unserem Land dem Kampf für Frieden und Abrüstung förderlich ist, und was und wer diesem Kampf schadet.

DKP kontra Aktionseinheit

(aus AK 78, April 1976)

Wie im AK mehrfach berichtet, hat die DKP am 8. Januar in Hamburg ein „KB-Tribunal“ inszenieren wollen. „Großzügig“ wollten uns die Veranstalter sogar Gelegenheit zu einer „Verteidigung“ geben - insgesamt 40 Minuten innerhalb einer mehr als dreistündigen Veranstaltung!

Der KB sollte also die Rolle eines Statisten übernehmen, und offenerherzigt verkündete DKP-Funktionär W. Otto in seiner Eröffnungsrede, „daß wir zu keinem (!) Zeitpunkt an eine gemeinsame Veranstaltung mit dem KB gedacht haben.“

Wir lehnten die angebotene Statistenrolle ab (die dann einige KB'ler gern übernehmen und humoristisch ausfüllen!).

Stattdessen haben wir inzwischen mehrfach die DKP aufgefordert, sich zu einem politischen Streitgespräch auf der Grundlage der Gleichberechtigung und bereit zu erklären - d.h. gleiche Redezeit für beide Seiten, gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung! Auf diese Aufforderung haben wir bis heute von der DKP nicht einmal eine Antwort bekommen. Etwas anderes hatten wir von diesen Herrschaften allerdings auch kaum erwartet.

Inzwischen sind die Redebeiträge der DKP auf ihrem mißglückten „KB-Tribunal“ als Broschüre veröffentlicht worden. Wir drucken daraus hier die Ausführungen des Hauptredners, Willi Gerns (DKP-Parteivorstand), zur Frage der

Aktionseinheit nach und kommentieren sie.

Die DKP hat es in ihrer berüchtigten „These 41“ praktisch zum Programm gemacht, mit Organisationen links von der DKP („Maoisten“, „Trotzkisten“ etc.) jede Aktions-einheit abzulehnen.

Noch vor einigen Jahren haben wir dem Kampf gegen diese Praxis große Bedeutung beigemessen: Wir haben uns mit Vorschlägen und 'Offenen Briefen' an die Führer und die Mitglieder der DKP gewandt, wir haben unsere Bereitschaft zur Aktionseinheit sogar durch die bedingungslose Beteiligung an einzelnen Aktivitäten der DKP demonstriert.

Diese Politik ging damals von folgenden Überlegungen aus:

1. Als eine relativ neue Organisation hatte die DKP einen starken Zustrom von Jugendlichen, die am Rande der Studentenrevolte politisiert worden waren. Die DKP war eine verhältnismäßig lebendige politische Kraft, die eine Fülle von Betriebszeitungen herausgab (auch wenn dahinter häufig nicht viel stand) und die vor allem viele Aktionen unternahm.

2. In der linken Bewegung gab es eine pseudo-„radikale“ (oft nicht zuletzt antikommunistisch motivierte) Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der DKP. Auf der anderen Seite war die Haltung der DKP zu dieser Frage, d.h. ihre strikte Ablehnung jeder Aktionseinheit, noch nicht genügend entlarvt.

Heute hat sich die Situation gründlich gewandelt: Die DKP hat jede „Dynamik“ eingebüßt, ihre Wahlergebnisse zeigen einen eindeutigen und kontinuierlichen Abwärts-Trend, selbständige Aktionen der DKP finden kaum noch statt, und es hat sich innerhalb der Linken anhand der praktischen Erfahrungen ein klareres Bewusstsein einerseits von der grundsätzlichen Richtigkeit der Politik der Aktionseinheit und andererseits

von der Spalterlinie der DKP entwickelt. Unter diesen Umständen messen wir einer Aktionseinheit mit der DKP heute nur geringe Bedeutung bei. Denn Aktionseinheit kommt von *Aktion*, und da ist bei der DKP sowieso Fehlanzeige. Sei es der Kampf gegen den § 218 oder die Solidarität mit der portugiesischen Revolution — die DKP „glänzt“ durch Nichtstun. Sie beschränkt sich weitestgehend auf die unvermeidlichen „Pressefeste“, auf marktschreierische „Billig-Eier“-Happenings, auf „Thälmann-Gedank“-Treffen und auf Veranstaltungen vom Typ des „KB-Tribunals“.

Konkret stellt sich allerdings die Frage der Aktionseinheit mit der DKP auch heute dort, wo die DKP über einzelne Gremien (Studenten-ausschüsse, Gewerkschaftsjugend) noch in Massenaktionen engagiert ist. Hier geht es nach wie vor darum, die revisionistischen Spalter zu stellen und sie zu zwingen, entweder die Regeln der gemeinsamen Aktion zu akzeptieren oder aber, offene Farbe zu bekennen und sich so als Spalter und als zurückzuerende Kraft zu isolieren.

Das bedeutet, daß wir uns prinzipiell weiterhin für eine Aktions-einheit in konkreten Fragen auch mit der DKP einsetzen, ohne aber Illusionen über die zu erwartende Reaktion der DKP zu haben und ohne angesichts der schwindenden Rolle der DKP diesem Aspekt unserer Politik ein übermäßiges Gewicht zu geben.

Die „Argumente“ des Herrn Gerns gegen die Aktionseinheit

1. Über den Zusammenhang von Aktionseinheit und politisch-theoretischer Auseinandersetzung braucht uns ausgerechnet die DKP wirklich keine Lehren zu erteilen! Es ist gerade ein Wesenszug des Revisionismus, zugunsten seines Werbens um die Sozialdemokratie die politisch-ideologische theoretische Auseinandersetzung „unterzuordnen“, „zurückzustellen“ etc. Am deutlichsten zeigt sich das im kriecherischen Verhalten der Revisionisten gegenüber den DGB-Führern, mit denen die DKP alle möglichen und unmöglichen „Gemeinsamkeiten“ entdeckt (sei es bei der „Mitbestimmung“, bei der „Fristenregelung“ des § 218, bei der „Preisstop“-Demagogie usw. usw.).

Es liegt auf der Hand, daß wir die politisch-theoretische Auseinandersetzung mit der DKP nicht scheuen, sondern daß wir sie suchen! Ebenso liegt es auf der Hand, daß die DKP dieser Auseinandersetzung immer aus dem Weg gegangen ist.

Wenn Gerns nun auf dem Tribunal behauptete, die Aufforderungen des KB zu Aktionseinheiten könnten „wohl kaum ernst genommen werden, wenn er nicht einmal (!) bereit ist, sich in einem von der DKP organisierten Streitgespräch zu stellen“ — dann entlarvt er einen der Gründe, warum die DKP dieses „Tribunal“ inszeniert hat. Vom KB wird verlangt, daß er sich als „Angeklagter“ unter Bedingungen „stellt“, die total von der DKP diktiert werden und wo die DKP für sich selbst mehr als das Dreifache an Redezeit reserviert hat. Wenn Gerns das ernst meinen sollte, dann hat er offenbar einen Dachschaten! Er kann gern mal zu einem von uns unter umgekehrten Bedingungen arrangierten „Streitgespräch“ nach Hamburg kommen! „Stellen“ Sie sich, Herr Gerns, sonst können Sie „wohl kaum ernst genommen werden“!

2. Gerns behauptet, es gebe zwischen DKP und KB keine gemeinsamen Positionen, für die man gemeinsam eintreten könnte. Für die „Mitbestimmung“ zum Beispiel ist das sicher richtig. Hier betreibt die DKP die totale Anpassung an die auf dem Rückzug befindliche DGB-Führung, die ihrerseits in Anpassung an die Politik der SPD handelt. Die DKP hat in Punkto „Mitbestimmung“ ganz sicher mit dem „Arbeitnehmer“-Flügel der CDU

mehr „Gemeinsamkeiten“ als mit dem KB.

Anders verhält es sich mit den Berufsverboten. Hier wenden wir uns nicht etwa gegen die Feststellung, daß die Berufsverbote nicht dem Grundgesetz entsprechen. Wir wenden uns aber gegen die Taktik der DKP, hierauf ihren ganzen „Kampf“ gegen die Berufsverbote aufzubauen. Die DKP behauptet nicht nur, sie stünde „auf dem Boden des Grundgesetzes“ (diese Behauptung muß sie mit sich selbst abmachen), sondern sie hat in konkreten Fällen auch die Solidarisierung mit anderen vom Berufsverbot Betroffenen davon abhängig gemacht, daß diese sich erst einmal zum Grundgesetz „bekennen“ müßten. Auf dieser Linie mag die DKP sich über zeitweise „Gemeinsamkeiten“ mit einzelnen SPD-Mitgliedern freuen auf längere Sicht wird sie dort ganz gewiß keine zuverlässigen Verbündeten finden.

Schon jetzt ist festzustellen, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten, mit denen die DKP zeitweilig zusammenarbeiten konnte, unter dem Druck der SPD-Führung zurückgewichen ist.

Gerns erwähnt auch die „berühmte“ Demonstration der Hamburger Jugendverbände (die übrigens in Wahrheit nicht einmal halb so viele Teilnehmer hatte wie die DKP behauptet). Hier war es nicht etwa so, daß sich — wie Gerns behauptet — der KB „absetzt“ gestellt hätte. Vielmehr haben wir uns auf der Basis konkreter Gemeinsamkeiten um ein gemeinsames Vorgehen bemüht. Dies wurde aber unter den Hamburger Jugendverbänden von der DKP-Vertreterin, in Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, verhindert. Diese Linie wurde schließlich auch verschiedenen kirchlichen Jugendverbänden aufgezwungen, die anfangs zu einem gemeinsamen Vorgehen auch unter Einschuß des KB bereit waren. Die Demonstration der Hamburger Jugendverbände ist also ein („gelungenes“) Beispiel für die Spalter-Taktik der DKP, aber keineswegs ein Beweis, daß es keine Gemeinsamkeiten gibt, die ein gemeinsames Handeln rechtfertigen bzw. erfordern könnten.

Was den Kampf gegen den § 218 angeht, den Gerns erwähnt, ohne mehr Worte darüber zu verlieren, so unterstützt die DKP immer noch „heroisch“ die von der SPD längst preisgegebene „Fristenregelung“, während wir für eine völlige Legalisierung der Abtreibung eintreten. Ansonsten sind unsere Forderungen weitestgehend identisch (Bezahlung durch die Krankenkasse, Verhütungsmittel auf Krankenschein, u.a.).

Klar ist auch, daß wir unter den heutigen Bedingungen zur Zusammenarbeit mit den Befürwortern der „Fristenregelung“ bereit sind.

Die Situation ist allerdings so, daß die DKP eh schon seit mehr als einem Jahr keine Demonstration gegen den § 218 mehr unternommen hat. Daher ist uns nicht ganz verständlich, warum Gerns den Kampf(!) gegen den § 218

überhaupt in diesem Zusammenhang erwähnt, denn für den, der nichts tut, stellt sich doch die Frage der Aktionseinheit gar nicht?!

Die Haltung der DKP zum § 218 ist ein Beispiel, wie die DKP zu den von Gerns beschworenen „Gemeinsamkeiten“ mit „Teilen der SPD“ u.ä. kommt: „Durch totale Übernahme der sozialdemokratischen Positionen (siehe auch „Mitbestimmung“) und durch totale Anpassung auch in der Praxis: Wenn die Sozialdemokraten nichts mehr tun, tut die DKP auch nichts! — Danke für solche „Gemeinsamkeiten“!!

Die Behauptung des Herrn Gerns, der KB würde zu Portugal, Chile u.a. den „Hauptstoß seines Kampfes“ gegen die revisionistischen Parteien dieser Länder richten, bekräftigt im übrigen den Verdacht, daß Gerns entweder nicht ganz richtig im Kopf ist oder daß er den ARBEITER-KAMPF nur vom Hörensagen kennt.

Dem Herrn Gerns geht es aber offensichtlich auch gar nicht um Tatsachen, sondern um die Feststellung, daß die Politik des KB nicht mit der der DKP identisch ist. Das wollen wir ihm gern bestätigen. Einen Beweis gegen die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens in bestimmten Fragen sehen wir darin allerdings nicht.

3. Gerns meint: Der DKP geht es bei der Aktionseinheit darum, „Arbeitermassen einzubeziehen“. Und die „Arbeitermassen“ sind bei der SPD und beim DGB und nicht beim KB.

Also: „Arbeitermassen“ muß einer mitbringen, sonst läuft bei der DKP nichts mit Aktionseinheit. Der Gerns spinnt wirklich! Die DKP ist vielerorts kaum stärker als die sogenannten „Chaoten“ und oft sogar eindeutig schwächer. Aber zur Aktionseinheit will Herr Gerns nur bereit sein, wenn die andere Seite „Arbeitermassen“ mit ins Spiel bringt. Was berechtigt die DKP zu dieser Annahme?

Gerns behauptet, wir seien „gewerkschaftsfeindlich“, weil wir gegen die Politik der Gewerkschaftsführer auftreten. Gerns behauptet, wir seien „entspannungsfeindlich“, weil wir gegen das immer wildere Wettrennen und gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen auftreten, statt den Schwachsinn vom „Entspannungsprozeß als Haupttendenz unserer Zeit“ nachzubeten. Gerns behauptet, wir würden „objektiv“ (ein schönes Wort, mit dem sich viel anfangen läßt!...), den Mitbestimmungs-gegnern rechter Couleure, den Unternehmerverbänden, der CDU/CSU und der Bonner Regierungskoalition Vorschub leisten“, weil wir nicht in die Lobesgänge auf die „Mitbestimmung“ einstimmen wollen. Eine einfache Überlegung: Nicht der KB verhindert die „Mitbestimmung“, sondern neben den Kapitalisten auch die Gewerkschaftsführer, die dafür längst keinen Finger mehr krumm machen, und die Sozialdemokraten, einschließlich der „linken“, die letzten Endes die Regierungspolitik unterstützen — also diejenigen Kräfte,

mit denen die DKP nach eigenem Geständnis sowiel „Gemeinsamkeiten“ hat und mit denen sie liebend gerne Aktionseinheiten eingehen würde, wenn sie nur könnte...!

Die DKP ist bei ihren „Chaoten-Kreuzzügen“ immer bemüht, die Polemik so rasch wie möglich in die eingefahrenen Gleise des „rechts = links“ zu bringen, d.h. wer links von der DKP steht, nützt angeblich „objektiv“ der Reaktion, steht „objektiv“ im Lager der Reaktion usw. usw.

Diese lächerliche „Gleichung“ geht natürlich immer auf, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Der Reformismus und Sozialdemokratismus, mit denen die DKP in fast allen konkreten Fragen verschmilzt, sind immer von zwei Seiten anzugreifen — nämlich von der Seite der Bourgeoisie und der Reaktion einerseits und von der Seite des Fortschritts und der Revolution andererseits. Hieraus eine „objektive“ Übereinstimmung zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften zu konstruieren, ist ein demagogischer Trick auf Schrupfkopf-Niveau.

Die DKP verfährt gegenüber einer kommunistischen Organisation wie dem KB genau umgekehrt wie gegenüber den Gewerkschaftsführern und DGB und SPD: Während sie in dem einen Fall auf Biegen und Brechen „Gemeinsamkeiten“ konstruiert (und selbstverständlich geflissentlich die Kluft zwischen Worten und Taten der Gewerkschaftsführer übersieht), sucht sie im anderen Fall alles „Trennende“ zusammen und bestreitet jede Gemeinsamkeit.

Die DKP wird mit dieser Taktik (von der sie sich offenbar verspricht, endlich mal „ran“ an die „Arbeitermassen“ zu kommen) wenig Glück haben, da sie mit schwindender Bedeutung für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaftsführer als Handlanger immer uninteressanter wird und da zugleich mit zunehmendem Druck das Potential derjenigen Sozialdemokraten dahinschwindet, die heute noch zu einem gemeinsamen Auftreten mit der DKP bereit sind.

Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
Verlag: J. Reents Verlag
V.i.S.d.P.: K. Ehlers, Verlagsadresse
Druck: Hein + Co., Hamburg
Auflage: 3000
September 1978
Einzelheftpreis DM 4,-

Aktionseinheit mit dem KB nicht möglich

Nun fordert das leitende Gremium des KB in seinem „Offenen Brief an die DKP“ aus Anlaß der heutigen Veranstaltung unsere Partei auf, die Politik der Ablehnung der Aktionseinheit mit dem KB aufzugeben. Beides das eine, daß der KB für die Aktionseinheit mit der DKP eintritt und die DKP, wie der KB behauptet, die Aktionseinheit aus „Parteilichkeit“ ablehnt? Laßt mich dazu ein paar Bemerkungen machen.

1. Die Aufforderung des KB kann wohl kaum ernst genommen werden, wenn er nicht einmal bereit ist, sich in einem von der DKP organisierten Streitgespräch zu stellen. Ein Streitgespräch, ein Schlagabtausch von Meinungen und Argumenten, eine Darstellung des jeweiligen politischen Standpunkts in einer öffentlichen Veranstaltung ist doch aber zweifellos viel mehr, viel eher möglich als Aktionseinheit, die in gemeinsame oder annähernde Positionen in den Fragen verlohrt. Für die man gemeinsam eintreten will. Außerdem gehört im Verständnis von Kommunisten Aktionseinheit und ideologische Auseinandersetzung untrennbar zusammen. Ohne ideologische Auseinandersetzung mit dem Ziel, schädliche die Aktionseinheit hemmende Positionen zurückzuführen und zu überwinden, kann es keine Aktionseinheit geben. Darum sagen wir in den Thesen des Duisburger Parteitages zur Frage der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten: „Aktionseinheit erfordert immer die Beachtung und Hervorhebung der gemeinsamen Interessen und der Möglichkeiten zum praktischen, einheitlichen Handeln, andererseits die Kritik und Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einflüssen in der Arbeiterbewegung, die der angestrebten Aktionseinheit entgegenstehen.“ (These 29). Das hier in bezug auf die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten Gerns gilt auch für jeden anderen möglichen Partner der Aktionseinheit. Das zum ersten.

2. und vor allem: bedarf Aktionseinheit für uns nicht prinzipiell Einverständnis um jeden Preis. Aktionseinheit heißt: Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte und Strömungen der Arbeiterbewegung, ungeachtet ihrer politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten, die gemeinsamen politischen und sozialen Interessen in der Aktion zu verwirklichen. (ebenda). Das bedeutet: Grundzüge für die Aktionseinheit kann nicht Einheit der Weltanschauung. Einheit in allen politischen Fragen. Allenfalls verlangt Aktionseinheit gemeinsame Interessen: gemeinsame oder ähnliche Ansichten und Forderungen in den Fragen, für die man gemeinsam eintreten will. Wo es keine gemeinsamen oder annähernden Positionen gibt, ist auch ein gemeinsames Handeln nicht möglich. Es ist anzunehmen, daß diese Einsicht zumindest teilweise auch beim KB vorhanden ist. Wir möchten das wenigstens aus einer Ablehnung der Aufforderung des sogenannten „Arbeiterbundes“ für den Wiederaufbau der KPD ableiten, eine gemeinsame Erklärung mit KAPO und KBW gegen den Sozialchauvinismus der Gruppe „Rote Fahne“ und der Gruppe „Roter Morgen“ abzugeben. Begründet wird diese Ablehnung mit dem Fehlen gemeinsamer Positionen zu der betreffenden Frage. Wo steht es aber nun im Verhältnis DKP — KB aus? Gibt es bei den wichtigen, vordringlichen Interessen und Forderungen der Arbeiter gemeinsame Positionen, für die man gemeinsam eintreten könnte? Ich meine, unsere heutige Veranstaltung hat

nicht einmal unterstrichen, daß das nicht der Fall ist. Greifen wir ein paar Fragen heraus.

Nehmen wir den sozialen Kampf. Die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten lastet besonders untragbar auf der Arbeiterjugend in Form Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Hunderttausende junger Menschen sind im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik dagegen auf die Straße gegangen. Höpknau hatte die große DGB-Demonstration in Dortmund mit über 50.000 Teilnehmern und die Demonstration der Hamburger Jugendverbände mit über 15.000 Teilnehmern. Mitglieder der SPD, der DKP, Christen und andere fanden sich zu gemeinsamen Aktionen für die gemeinsamen Interessen zusammen. Der KB dagegen stand nicht nur abseits, er tat alles um diese Aktionen abzuwegen und verleumdete sie als „Spalterdemonstrationen“. Nehmen wir den Kampf um die Verteidigung demokratischer Rechte, zum Beispiel den Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote. Auch in dieser Frage gibt es gemeinsame Interessen und Forderungen von Kommunisten. Teilen der Sozialdemokraten, Jungsozialisten und anderen, die sich auch in vielen gemeinsamen Aktivitäten niederschlagen. Zweifellos ist auch der KB gegen die Berufsverbote, im Unterschied zum Beispiel zur Fälscher-KPD des Herrn Horlemann, die im Chor mit Strauß und den Neonazis von der NPD noch mehr Berufsverbote für DKP-Mitglieder fordert. Allerdings ist der KB bereit, den Kampf gegen die Berufsverbote gegen das Grundgesetz zu lenken. Wenn er gegen die Feststellung auftritt, daß die Berufsverbote verfassungswidrig sind, dann gerät er damit, ob er das will oder nicht, in Kampagne mit den Einspielern der Berufsverbote, die ja auch behaupten, daß die Berufsverbote dem Grundgesetz entsprächen. Außerdem stellt er sich damit selbst außerhalb der Bewegung gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote.

Wir könnten als weitere Beispiele den Kampf um Mitbestimmung, gegen den realistischen Paragraphen 218 und andere Fragen nehmen. Überall zeigt sich, daß es gemeinsame oder annähernde Interessen oder Forderungen zwischen uns und Teilen der SPD und anderen Kräften gibt. In all diesen Fragen zeigt sich zugleich, daß es keine gemeinsamen oder annähernden Positionen mit dem KB gibt. Das gilt im übrigen auch in den meisten Fragen des internationalen Klassenkampfes. Ob in Chile oder Portugal, den Hauptstoß seines Kampfes richtet der KB gegen die Kommunistische Partei des jeweiligen Landes. Damit wird auch in diesen Fragen ein gemeinsames Handeln unmöglich.

3. schließlich geht es uns bei der Aktionseinheit darum, Arbeitermassen in das gemeinsame Handeln für die gemeinsamen Klasseninteressen einzubeziehen, weil das die wichtigste Voraussetzung ist sowohl für Erfolge im Ringen um die Tagesforderungen der Arbeiter als auch im Kampf um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus. Die Massen der Arbeiter, das sind aber die Gewerkschaftsmitglieder, die sozialdemokratischen und die sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter. Sie sind und bleiben darum der Hauptadressat der Aktions-einheitspolitik der DKP. Sie wollen wir für den gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen gewinnen, ihr Klassenbewusstsein wollen wir wecken und entwickeln. Die Frage, die wir stellen müssen, ist: Trage ein Zusammengehen mit dem KB dazu bei, die Kampfbereitschaft und das Bewusstsein dieser Arbeitermassen voranzutreiben, oder würde dadurch die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gehemmt? Wir müssen davon ausgehen, daß das letztere der Fall wäre.

DKP läßt Angebot des KB unbeantwortet

(aus AK 136, August 1978)

Per Einschreiben hat sich das LG des Kommunistischen Bundes am 3.7.78 in gleichlautenden Briefen an den DKP-Parteivorstand in Düsseldorf und an den DKP-Bezirksvorstand Hamburg gewendet. Der DKP wurde für die Beantwortung dieses Briefes bis zum 31.7.78 Zeit gegeben, bevor wir diesen Brief veröffentlichten würden. Die DKP hat, wie leider vorausgesehen war, den Brief unbeantwortet gelassen. Wir veröffentlichen ihn in diesem AK im Wortlaut.

DKP-„Aktionseinheit“-Politik: Zwischen Spaltung...

Die DKP tritt angeblich „für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte ein“. Das ist auch die Überschrift von Abschnitt V des neuen DKP-Programmtextes. In diesem Programmtext heißt es: „Die DKP will selbst die geringste

Übereinstimmung zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Wirkens für gemeinsame Anliegen machen.“ (S. 50). Diese Aussagen gelten aber in der Praxis nur eingeschränkt: Zwar ist die DKP tatsächlich für eine Zusammenarbeit nach rechts sehr weit offen. Nach links hin jedoch gilt die „These 41“, die eine Zusammenarbeit von Einheiten oder Mitgliedern der DKP mit „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten“ generell verbietet. Verstoß gegen dieses Verbot wird mit Parteiaus-schluß geahndet. Diese „These 41“ praktiziert die DKP auch in allen von ihr dominierten Organisationen und Gruppen – der VVN, der DFU, der DFI (Frauenorganisation), dem SHB usw.

„These 41“ bedeutet für alle von diesem Spaltziff befallenen Organisationen und Gruppen kategorisch: a) Nicht die geringste Zusammenarbeit mit „maoistischen, anarchistischen und trotzkistischen Organisa-

tionen“ – weder gemeinsame Aktionen noch auch nur koordinierende Absprachen. Striktes Verbot für alle DKP-Mitglieder, sich an Aktionen von „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten“ zu beteiligen.

b) Dies wird so weitgehend interpretiert, daß die DKP es generell auch ablehnt, sich an breiteren Aktionseinheiten zu beteiligen, falls „Maoisten...“ etc. sich ebenfalls an dieser Aktionseinheit oder auch nur an dieser Aktion beteiligen. Im eigenen Interesse macht die DKP Ausnahmen von dieser Regel, jedoch nur höchst selten.

c) Zu den Konsequenzen der „These 41“ gehört es auch, daß die DKP und die von ihr dominierten Organisationen es generell ablehnen, mit Vertretern von „maoistischen, anarchistischen und trotzkistischen“ Organisationen überhaupt zu sprechen – also beispielsweise am Telefon sofort den Hörer auflegen.

d) Politisch sind die „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten“ für die DKP gar nicht existent, außer als Objekt für platt gehaltene Polemiken. Antifaschistische Enthüllungen beispielsweise im „Arbeiterkampf“, Aktionen von „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten“, Prozesse gegen deren Presse, Berufsverbote gegen „Maoisten“ etc. – alles das findet für die DKP überhaupt nicht statt und wird auch von den DKP-dominierten Organisationen und Zeitungen („tat“, „Deutsche Volkszeitung“) auf gar keinen Fall zur Kenntnis genommen. Das heißt auch, daß seitens der DKP selbst die minimalsten Voraussetzungen für eine Solidarisierung mit „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten“ gegen Angriffe des bürgerlichen Staates fehlen.

... und Größenwahn

Die vor allem auf SPD- und Gewerkschaftsgremien orientierte Bündnispolitik der DKP hat im letzten Jahr und besonders in den vergangenen Monaten spürbare Rückschläge hinnehmen müssen. Diese Rückschläge stehen in erster Linie mit der Haltung der DKP zur Repression in den Ländern des „realen Sozialismus“ in Zusammenhang. Mit dieser Haltung und mit ihren arroganten Reaktionen (jeder Linke, der nicht 100% der DKP bei der Verteidigung der Repression im „realen Sozialismus“ folgt, wird in rüdem Ton als antikommunistisch verblendet beschimpft!) leistet die DKP ihrer Isolierung Vorschub. Drei Hauptfaktoren spielen

dabei eine Rolle:

a) Bündnispartner der DKP sind empört bzw. enttäuscht über die Haltung der DKP.

b) Traditionelle Bündnispartner der DKP kommen immer stärker in Druck, ihre Zusammenarbeit mit einer derart offensichtlich undemokratischen Partei noch vor ihrer Basis begründen zu können bzw. sich auf diese Basis im Fall von Konflikten mit ihren Parteiführungen stützen zu können.

c) Antikommunistische Kräfte sehen die Stunde gekommen, unter dem Vorwand der Haltung der DKP zum „realen Sozialismus“ die entstandenen Formen der Zusammenarbeit zurückzudrängen bzw. letztlich zu liquidieren.

Die DKP hat es heute mit einer Situation zu tun, wo einerseits immer häufiger und immer verbreiteter die Frage aufgeworfen wird, ob die DKP überhaupt noch bündnisfähig ist – und wo sie auf der anderen Seite die von ihr dominierten Organisationen (VVN, SHB usw.) immer skrupelloser zur 100%igen Bejahung und Unterstützung der DKP-Politik einsetzt und sie damit jedes Anscheins von Unabhängigkeit beraubt.

Da Realismus noch nie zu den starken Eigenschaften der DKP gehörte, malt sich die aktuelle Situation in DKP-Köpfen höchst wunderbar – beispielsweise in dem Artikel von Rainer Eckert „Einige neue Gesichtspunkte in der Aktionseinheitspolitik der DKP“ in den DKP-eigenen „Marxistischen Blättern“, Ausgabe Juli/August 1978. Eckert zitiert zunächst aus den programmatischen „Thesen“ der DKP von 1971: „Die DKP ... tritt ... für die Zusammenarbeit mit der SPD ein“ (Hervorhebung bei Eckert). Eckert meint dazu: „Ohne Zweifel wäre es bereits zu Beginn der sechziger Jahre objektiv notwendig gewesen, die Zusammenarbeit zwischen der DKP und der SPD als Organisationen herzustellen“ (Hervorhebung bei Eckert). Das sei aber damals aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar gewesen. Heute jedoch sei, so Eckert, die Situation grundlegend gewandelt: „große Teile der arbeitenden Bevölkerung“ seien von der SPD enttäuscht und suchen nach progressiven (= fortschrittlichen) Alternativen; die DKP habe „ihre Positionen ausbauen“ können. Kühne Schlussfolgerung Eckerts: „Es ist nach unserer Auffassung möglich, daß auf der Grundlage dieser Entwicklung immer engere Kontakte zu Sozialdemokraten, zu Organisationen der Sozialdemokratie und zur SPD insgesamt geschaffen werden können. Genau diese strategische Orientierung für die nächste Etappe des Klassenkampfes drückt unser Programmtext aus... Was wir in den nächsten Jahren für erreichbar halten, sind engere politische und organisatorische Kontakte zwischen Betriebsgruppen, Gliederungen der beiden Parteien in Städten, Gemeinden und Hochschulen, zwischen kommunistischen (= DKP – Anm. AK) und sozialdemokratischen Pa-

ramentsfraktionen“ (Hervorhebungen von uns).

Eckert sieht es also als in den nächsten Jahren realisierbar an, daß aus den punktuellen Aktionsgemeinschaften der DKP mit einzelnen Sozialdemokraten oder Gruppen der Jusos eine festere Aktionseinheit zwischen der DKP und Gliederungen der SPD werden könnte – während die tatsächliche Entwicklung genau in die entgegengesetzte Richtung verläuft. Die DKP geht immer noch, wie sie hier sehr deutlich zeigt, von Illusionen über ihre bündnispolitischen Möglichkeiten aus und schiebt daher den Gedanken an eine grundsätzliche Umorientierung ihrer Bündnispolitik (einschließlich einer Überprüfung der „These 41“) weit von sich. Auch die offen feindselige, von keinerlei Sachkenntnis und Gesprächsbereitschaft getriebene Haltung der DKP gegen sämtliche alternativen Wahlsätze zeigt, daß der Prozeß des Umdenkens in der DKP-Führung noch nicht eingesetzt hat.

Die DKP-Führung meint immer noch, daß sie es sich leisten könne, alle Angebote zu Gesprächen und zur Zusammenarbeit von „Chaoten“, Initiativen usw. unbeantwortet zurückzuweisen – ohne sich klarzumachen, daß sie auf dem besten Wege ist, sich auch nach dieser Seite hin total zu isolieren.

Haben Angebote an die DKP überhaupt noch Sinn?

... Diese Frage wird immer mehr gestellt. Zum einen steht dahinter die vielfältige Erfahrung, daß die DKP auf alle Angebote zum Gespräch und zur Zusammenarbeit ohnehin gar keine Antwort von sich gibt, daß eine andere Reaktion seitens der DKP mit weitgehender Gewißheit nicht zu erwarten ist. Wozu eine Frage stellen, wenn man die Antwort sowieso schon kennt? ...

Es wächst aber auch die Zahl derer, die Angebote an die DKP nicht nur für sinnlos, sondern direkt für falsch halten, die also die DKP als Bündnispartner von sich aus nicht mehr wollen. Dabei spielt die negative Erfahrung mit den spalterischen und verleumderischen Praktiken der DKP eine Rolle (wie beispielsweise vor Brokdorf III am 19.2.77, als die DKP massiv für Iztchok mobilisierte), ebenso wie die Haltung der DKP zur Repression im „realen Sozialismus“. Eine kleine Rolle spielt hierbei auch die vaterländische „KPD“, die überall Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die DKP durchzudrücken versucht, während sie selbst schon zügig eine Zusammenarbeit mit CDU-Leuten, mit der weit rechts stehenden „Gesellschaft für Menschenrecht“ usw. im Rahmen ihrer „antihemunistischen Einheitsfront“ ansteuert.

An den Zweifeln über den Sinn von Angeboten an die DKP ist auf jeden Fall richtig, daß wir keinen Grund haben, hinter der DKP in der Art des Münchner „Arbeiterbundes“ hinterherzukriechen und ausgerechnet ihre Mitarbeit zum entscheidenden Faktor bei der Bil-

dung demokratischer Bündnisse hochzujubeln. Richtig ist an diesen Zweifeln weiterhin, daß die DKP keine demokratische Partei ist – sie rechtfertigt absolut jeden beliebigen Akt der Repression, sofern er sich auf der „richtigen“ Seite, also im „realen Sozialismus“, abspielt. Sie verweigert jede Solidarität mit Gegnern der staatlichen Repression hierzulande, sofern es sich um die verhassten „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten“ handelt. Sie betreibt mit ihren Schlägertrupps ein brutales Faustrecht nicht nur auf ihren eigenen Pressefesten usw., sondern auch bei Gelegenheiten, wo die DKP eigentlich formal nur ein Bestandteil von vielen im Bündnis ist (beispielsweise bei den Abrüstungs-Aktionen).

Richtig ist aber auch, daß die DKP eine Reihe von demokratischen und antifaschistischen Aktivitäten betreibt, in denen es objektiv Gemeinsamkeiten zwischen uns und den Mitgliedern der DKP gibt. Richtig ist ebenso, daß die DKP insbesondere über ihre traditionelle Bündnispolitik immer noch eine relativ große Zahl von Menschen anspricht. Daraus ergibt sich für uns 1.) daß wir konsequent eine Politik verfolgen, die deutlich macht, daß Spaltung und Verhinderung möglicher gemeinsamer Aktionen niemals von uns ausgehen, sondern immer von der DKP; 2.) daß wir eine Politik betreiben, die langfristig die DKP-Führung zur Lockerung bzw. zur Liquidierung ihrer „These 41“ zwingt und den Weg zu gemeinsamen Aktionen vielfältiger Art öffnet. Eine solche Öffnung der DKP zu gemeinsamen Aktionen und Gesprächen würde zum einen der Einheit aller demokratischen Kräfte dienen (die auch in der DKP zu finden sind), und sie würde darüber hinaus die politisch-ideologische Zersetzung der DKP und die Gewinnung von DKP-Mitgliedern für den revolutionären Kampf begünstigen. Denn die bisherige totale Abschottung und aggressive Verhetzung der DKP gegen links wurde durch die Erfahrungen gemeinsamer Aktionen, durch Diskussionen usw. erheblich angeschlagen werden; 3.) geht es auch darum, daß wir keinerlei Konzessionen an die im Grunde an den kommunistisch motivierte „Unvereinbarkeits“-politik machen, wie sie insbesondere von der „KPD“ gegenüber der DKP gefordert wird. Diese „Unvereinbarkeits“-politik ist Bestandteil der von der „KPD“ befürworteten militärischen und politischen Aufrüstung des Imperialismus gegen die angeblich drohende „Gefahr aus dem Osten“.

Fazit: Die DKP-Führung muß von unserer Seite weiterhin mit eindeutigen und konstruktiven, aber ohne Kriecherei und Konzessionen formulierten Vorschlägen für Gespräche und gemeinsame Aktionen rechnen. Mehr noch als bisher werden wir mit diesen Vorschlägen auch in der Öffentlichkeit arbeiten, u.a. auch in der Diskussion mit Mitgliedern und Sympathisanten der DKP.

An den Parteivorstand der DKP
An den Bezirksvorstand Hamburg der DKP

Werte Genossen,

inzwischen habt Ihr etwas Zeit gehabt, die Wahlergebnisse von Hamburg und Niedersachsen auf Euch wirken zu lassen. Wir meinen, daß als ein wesentlicher Aspekt dieser Ergebnisse das vollständige Scheitern der von Euch seit nunmehr rund zehn Jahren betriebenen Isolationspolitik gegen die „Chaoten“, insbesondere gegen den Kommunistischen Bund, gesehen werden muß. Ihr habt mit dieser Isolationspolitik, die mit dem Stichwort „These 41“ verbunden ist, das Gegenteil von dem erreicht, was Ihr erreichen wolltet: Ihr selbst seid gegenüber demokratischen Bewegungen in unserem Land mehr und mehr ins politische Abseits geraten. Die Auseinandersetzung um das Russell-Tribunal III ist ein Beispiel dafür.

Wir halten es für ein Gebot der politischen Vernunft, daß die in der Linken unseres Landes wirkenden Organisationen miteinander sprechen und Möglichkeiten gemeinsamer Aktion suchen. Solche Gespräche laufen nun einmal, das wißt Ihr selbst aus Euren jahrelangen vergeblichen Werben um die SPD, nicht zuletzt auch über die Leitungsebenen.

Wir beziehen uns dabei übrigens auch auf eine Aussage aus der Erklärung Eures Hamburger Bezirksvorstands nach den Wahlen („UZ“, 6.6.78): „... Aus diesem Anlaß bekräftigt die DKP die Bereitschaft, mit allen Kräften unserer Stadt, die ernsthaft für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten, in demokratischen Bündnissen zusammenzuarbeiten“. Vielleicht meint Ihr aber, daß Ihr den Kommunistischen Bund nicht zu diesen Kräften rechnet? Dann wäre es wohl sinnvoll, daß Ihr nach Malhofer Vorbild einmal einen verbindlichen Katalog der von Euch gemeinten Kräfte veröffentlicht?

Wir haben es Euch schon wiederholt auf unterschiedlichen Wegen mitgeteilt und sagen es hier noch einmal: Wir sind bereit, jederzeit und auf jeder von Euch vorgeschlagenen Ebene mit Euch zu einem ersten Gespräch zusammenzukommen.

Konkret schlagen wir Euch, dem Parteivorstand und dem Hamburger Bezirksvorstand der DKP, folgenden Themen vor:

- Gemeinsames Vorgehen zur Abschaffung der undemokratischen 5%-Klausel.
- Meinungsaustausch über die nächsten anstehenden Wahlen und die Bundestagswahlen 1980.
- Gemeinsames Vorgehen gegen die nazistischen Umtriebe.

Andere Themen könnten noch von Euch vorgeschlagen werden. Es bedarf nur Eures Anrufs, und wir machen einen ersten Termin dann konkret ab.

Sollten wir bis zum 30. Juli keine Antwort von Euch bekommen haben, werden wir das als Absage und werden diesen Brief veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes

Austritte und Ausschlüsse aus der DKP

(aus AK 127, Mai 1978)

„Rauswürfe zum Programm-Entwurf – Materialien zu Austritten und Ausschlüssen aus der Bochumer DKP“, das ist der Titel einer im März erschienenen Dokumentation ehemaliger DKP/MSB-Mitglieder. Nach den Angaben der Einleitung zur Dokumentation sind im Lauf des letzten Jahres in Dortmund 14 Mitglieder der DKP und/oder ihrer Studentenorganisation MSB ausgeschlossen worden oder von sich aus ausgetreten. Sieben von ihnen haben die Dokumentation gemeinsam herausgegeben.

Was die ausgeschlossenen/ausgetretenen Genossen als ihre Kritik an der herrschenden Linie von DKP/MSB dokumentieren, mutet den Kommunisten nicht gerade sensationell, eher schon etwas matt und halbherzig, an. Da wird z.B. die Ausbürgerung Biermanns kritisiert, aber doch mit der (vielleicht taktisch gemeinten, dann aber gründlich mißglückten!) Einschränkung, er sei „kein Sozialist“. Da werden zwar Einzelercheinungen in der Sowjetunion, DDR usw. kritisiert, aber doch diese Länder als sozialistische angesprochen und „kritische Solidarität“ mit ihnen versichert. Im wesentlichen scheinen die Ausgeschlossenen/Ausgetretenen „euro-kommunistische“ Positionen zu vertreten bzw. solche Positionen zumindest für diskutierenswert zu halten. Also Positionen von Parteien wie PCE (Spanien), PCF (Frankreich) und PCI (Italien), die die DKP bis heute offiziell immerhin noch zur „kommunistischen Weltbewegung“ zählt!

Der Gedanke, ausgerechnet die „Euros“ mit dem Wunsch nach mehr innerparteilicher Demokratie, nach mehr Rechten des Einzelnen gegenüber dem Staat, nach solidarischer Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Strömungen der Linken usw. zu verbinden, ist freilich recht absurd und kann allenfalls auf Naivität und Uninformiertheit beruhen. Der Umgang Carrillos mit der innerparteilichen Opposition in der PCE zeigt dies ebenso wie die aktive Mitwirkung der PCI beim Ausbau des Polizeistaates in Italien und ihre rüde Diffamierung der von ihr unabhängigen Linken.

Das Interessante an der Dokumentation sind denn auch nicht die ideologischen Aussagen, zumal es über diese ohnehin nicht zur Diskussion innerhalb der DKP kommen konnte. Interessant sind vielmehr die Einblicke in den innerparteilichen Stil der DKP-Führung, die selbst für Abgebrühlte noch Überraschungen bereithalten.

So bezeichnete der bereits seit längerem mit kritischen Äußerungen aufgefallene M.G. während einer hitzigen Mitgliederversammlung seiner Wohngebietsgruppe den „linientreuen“ Gruppenvorsitzenden als „Polizeihund“ und warf ihm „antikommunistische Machenschaften“ vor. Alle in dieser Vorfälle wurde zum Anlaß genommen, gegen M.G. ein Ausschlussverfahren einzuleiten. Es half ihm nichts, daß er sich später darauf berief, er sei sehr erregt und zudem etwas angetrunken gewesen. Die Kreisschiedskommission Bochum/Witten der DKP wies diese Entschuldigung als „Schutzbehauptungen“ zurück und wertete die erregten Äußerungen von M.G. als „Ausdruck einer parteifeindlichen Einstellung“, womit er sich „selbst außerhalb der Kampfgemeinschaft der Kommunisten, der DKP, gestellt“ habe. (Schreiben vom 31.10.77). Ausdrücklich erläuterte der Vorsitzende der Kreisschiedskommission auf einer MV der ehemaligen Wohngebietsgruppe des ausgeschlossenen M.G. am 31.1.78: M.G. sei „nicht wegen seiner euro-kommunistischen Gedanken ausgeschlossen (worden) – obwohl er sie zum Zeitpunkt seines Ausschlusses schon niedergelegt hatte und somit sein Ausschluss auch nachträglich inhaltlich gerechtfertigt war. Aber um es festzuhalten: M.G. wurde nur wegen seiner Beschimpfungen ausgeschlossen“ (lt. Protokoll).

Egon Koitka, Kreisvorsitzender der DKP Bochum, ließ es sich nicht nehmen, auf einer Bochumer Aktivtagung am 9.2.78 den bis dahin Ausgetretenen und Ausgeschlossenen vorzuwerfen, sie „befänden sich in trauter Gemeinschaft mit Leuten wie den Millionären und Reaktionären Solschenizyn und Biermann, in Übereinstimmung mit rechten Sozialdemokraten und Reaktionären wie

Strauß und Dregger“ (lt. in der DKP intern verbreitetem Rede-Text).

Für noch üblere Akzente sorgte auf dieser Aktivtagung' Manfred Kapluk, Bezirksvorsitzender Ruhr-Westfalen der DKP. Als ein B.H. Kritik am Einleitungsreferat von Koitka übte und schließlich auch die Frage stellte, „wie der beachtliche Wählersturz der KPD im Ruhrgebiet von 1946 bis 1953 zu erklären sei“, ergab sich folgende Szene:

Kapluk: „...Weil du da noch nicht dabei warst“.

B.H.: „Wenn hier keinerlei Diskussion mehr möglich ist, kann man sein Parteibuch ja gleich abgeben“.

Kapluk: „Ja, ja, gib her!“.

B.H. gibt daraufhin tatsächlich sein Parteibuch ab und geht.

Danach Kapluk sinngemäß: „Jeder Austritt sei eine Stärkung der Partei. Für jeden von diesen Leuten kämen zehn neue Mitglieder. Die Partei müsse sich von allen diesen Leuten trennen... Besser eine zuvielfals einer zu wenig. Das seien alles Agenten, ob bewußt oder unbewußt. Er sei das Geschwafel um irgendeine Probleme leid... Weder innerhalb noch außerhalb der Partei würde mit den Leuten noch diskutiert werden“.

Anschließend versuchte Kapluk, eine noch anwesende, gleichfalls als Kritikerin bekannte Genossin zu provozieren: „Er sei als Bezirksvorsitzender ja so machtlos, er könne sie nicht rauswerfen, deshalb wolle er sie provozieren. Er bitte darum, folgende Aussagen ins Protokoll zu übernehmen: Die Genossin sei eine Agentin, ihre einzige Aufgabe sei es, Unruhe in die Partei zu tragen. Gegen diese Aussage möge sie bei der Schiedskommission Beschwerde einlegen“ (lt. Gedächtnisprotokoll).

Auf derselben Aktivtagung' demonstrierte Kapluk auch eine geradezu faschistoide Mentalität, indem er zynisch den aus der DKP ausgeschlossenen Genossen Kievenheim (u.a. langjähriges MSB-Bundesvorstandsmitglied!) verhöhnte. Kievenheim hatte kurz vor dieser Tagung, am 26.1.78, seinem Leben durch „Selbstmord“ ein Ende gesetzt. Eine Reihe von bekannten Ex-DKP-Lern und der DKP nahestehenden Personen hatte daraufhin in der „UZ“ eine Traueranzeige veröffentlicht. Dazu

bemerkte Kapluk auf der Bochumer Aktivtagung: „...Diese Todesanzeige sei eine Art Verschwörung gegen die Partei, die Unterzeichner wollten auf diesem Weg in die UZ kommen (fast wörtlich:!) Was die aber verschweigen, dieser Kievenheim hat sich nämlich ... krrr (Bewegung mit der Hand zum Hals). Aber das haben die nicht geschrieben, weil sie wissen, welchen Eindruck es macht, wenn sich einer der ihren ... krrr. Man weiß ja, die kommen nicht in den Himmel, es sei denn durchs Fegefeuer. Fragt mich nicht, wie die Angehörigen in die UZ gekommen ist, aber ich werde das noch rauskriegen. Ich werde dafür sorgen, daß die sich nicht wieder in der UZ als Fraktion vorstellen können!“ (nach einem Gedächtnisprotokoll).

zum „Fall Kievenheim“ siehe auch den Artikel von Hartmut Schulze in „konkret“, April 78).

Ein einzelfall sind die in der Dokumentation dargestellten Vorgänge in Bochum ganz sicher nicht. Nach Biermann und Bahro, nach der Ablehnung jeder inner- und erst recht außerparteilichen Diskussion zu den Thesen der „Euros“, bröckelt es vor allem unter den „Intellektuellen“ in der DKP und im MSB, ohne daß dies heute freilich auch nur in Ansätzen den Charakter einer halbwegs zusammenhängenden innerparteilichen Opposition hätte. Vor allem kann die DKP-Führung sich anscheinend gegen die insgesamt doch noch recht wenigen Kritiker auf eine breite Mehrheit von Parteimitgliedern stützen, die vom

Marxismus-Leninismus herzlich wenig Ahnung haben und sich dafür auch nicht sonderlich interessieren, die auf jede Kritik sehr gereizt reagieren und die im Umgang mit Kritikern von Springer-Klischees („Geh doch erst mal arbeiten, dann kommt du auf andere Gedanken!“) bis hin zu glatt faschistoiden Verhaltensweisen reichen (Drohungen im Stil von „Dich sollte man vergasen“, Drohungen und Tötlichkeiten). Diese Strukturen, die durch die auf der DKP (wie auf allen Linken) lastende Repression und durch das erfolgreiche Schmoren der DKP im eigenen Sektierertum noch bestärkt werden, dürften es der DKP-Führung noch auf absehbare Zeit erlauben, die Zügel fest in der Hand zu behalten.

Chile: »Friedlicher Übergang« auf dem Sterbebett

(aus AK 32, September 1973)

Im ARBEITERKAMPF Nr. 27 (April 73) schrieben wir zum Ausgang der März-Wahlen, in denen der bürgerliche Block sein Ziel einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht und die Unidad Popular im Gegenteil an Stimmen gewonnen hatte:

„Nachdem der Versuch eines ‚legalen‘ Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlußfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückzügen zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüber hinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren ‚endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt‘. Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen und die Unidad Popular gewaltsam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf ‚legalen‘ Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines militärischen Umsturzes. Mit beiden Schlußfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird.“

Die gegenwärtige Situation in Chile erscheint äußerst verworren. Präsident Allende hat erklärt, daß das Land „am Rande des Bürgerkriegs“ steht. Die bürgerliche Presse berichtet in der letzten Zeit fast täglich von der sich zuspitzenden Krise, wofür sie natürlich die „sozialistische Politik“ der Unidad Popular verantwortlich macht. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß diese Krise von den reaktionären Kräften betrieben wird, die sich zum Sturz der Allende-Regierung um die chilenische Bourgeoisie geschart haben und dabei von den ausländischen Imperialisten und Militaristen unterstützt werden. Der Terror der Konterrevolution hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, wo eigentlich schon nicht mehr die Frage steht, wie die chilenischen Arbeiter und Bauern den Bürgerkrieg verhindern können, sondern: wie sie ihn gewinnen können.

Was die Allende-Regierung selbst betrifft, so flüchtet sie sich immer mehr in eine offene Kapitulationspolitik. Ihr reformistisches Konzept vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ erweist damit immer deutlicher seine völlige Untauglichkeit, die chilenischen Arbeiter und Bauern wirklich zum Sieg über die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

Diese Einschätzung hat sich leider als sehr richtig erwiesen. Die chilenische Konterrevolution hat das „Spiel mit verteilten Rollen“ gerade in den letzten Wochen und Monaten unnachgiebig und zielstrebig geführt. Wirtschafts-sabotage und Obstruktion auf der

einen Seite, Anheizung der Spannung und Terror auf der anderen Seite. Der monatelangen Zurückhaltung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern durch zahlreiche Groß- und Einzelhändler und dem damit verbundenen Aufblühen eines ausgedehnten Schwarz-

markts (und der ungeheuren Inflation) folgte der Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna Ende vergangenen Junis. Dieser wiederum war das Signal für eine erneute Lahmlegung des Versorgungsnetzes durch die privaten Transportunternehmen. Und parallel dazu eine neue Welle faschistischer Terroranschläge im ganzen Land.

Während die einen die Allende-Regierung im „zivilen“ parlamentarischen Schauspiel zu immer weitergehenden Abstrichen vom Programm der Unidad Popular erpresen (die chilenischen Christdemokraten, die übrigens von der west-deutschen CDU kräftige Finanzhilfe für ihre Aktivitäten erhalten), suchen die anderen (faschistische Organisationen wie „Patria y Libertad“, ultra-reaktionäre Militärkreise und auch die Nationale Partei) der Allende-Regierung und den mit ihrem Programm sympathisierenden Arbeiter- und Bauernmassen mittels offenem Terror und Putschversuchen das Genick zu brechen. Regisseur und Profitörer ist in allen Fällen die chilenische Bourgeoisie, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Und mit ihnen im Bunde die internationale Konterrevolution der imperialistischen und reaktionären Staaten, gleichfalls unter Anwendung verschiedener Methoden.

Unter Einsatz ihrer ökonomischen Macht streichen die imperialistischen Staaten und Konzerne der chilenischen Wirtschaft lebenswichtige Kredite, beschlagnahmen und rauben sie chilenische Konten in internationalen Finanzinstituten, manipulieren sie den Weltmarktpreis für Chiles wichtigstes Exportgut, das Kupfer, um fast 30 % in



die Tiefe, usw. Daneben gewähren die reaktionären Regimes von Brasilien, Argentinien und Uruguay den alten Großgrundbesitzern Chiles Exil, wo sie ungestört mit den Chefs der faschistischen Terrororganisationen in Chile gegen die Unidad Popular konspirieren und Putschpläne ausarbeiten können. In Bolivien, wo das Regime des Obersten Banzer selbst im August 1971 mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA an die Macht gehievt wurde, werden unter dem Kommando von zwei entlassenen Offizieren chilenische Söldner für eine eventuelle Invasion nach Chile trainiert. Bei der Freizügigkeit, mit der der CIA in Bolivien und in fast allen Ländern Lateinamerikas seine imperialistische Untergrundarbeit betreibt, dürfte er hierbei wohl ebenso seine Finger direkt im Spiel haben. Das wäre ja auch in bezug auf Chile nur eine konsequente Fortführung der verbrecherischen Traditionen des US-Imperialismus: Die ersten Putschpläne, noch in der Zeit zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular und dem Regierungsantritt Allendes, waren bekanntlich vom US-Großkonzern ITT unter Hilfestellung des US-Außenministeriums ausgearbeitet worden.

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unserer Einschätzung nach sieht das Kräfteverhältnis für die Unidad Popular angesichts dieser gesteigerten Offensive der chilenischen Reaktion und des Imperialismus nicht günstig aus. Zwar hat die bürgerliche Presse nach dem Scheitern des Armeeaufstands Ende Juni in ihren Kommentaren davon gesprochen, daß die Allende-Regierung damit eine „Atempause“ erreicht habe – und sie heuchelte sogar davon, daß diese „kurzsichtigen Militärs“ mit ihrer „stümperhaften Planung“ Allende obendrein noch „Schützenhilfe“ geleistet hätten, und daß die Volksfront „im Siegestaumel der mobilisierten Straße ... nun zum erstenmal seit Monaten wieder zur politischen Offensive übergehen“ könne (Zitate aus Springers „Welt“ vom 2.7.73). Aber diese übereifrigen Kassandrareue unserer einheimischen Reaktion, die voller Wut über das Scheitern der faschistischen Offiziere von Tacna nur noch „rot“ sah, bewahrheiten sich nicht. Leider!

Nicht die Allende-Regierung erhielt eine Atempause und ging in die politische Offensive über, sondern die chilenische Reaktion steigerte ihre Offensive noch und die Allende-Regierung krümmte ihren Buckel nur noch weiter, anstatt sich aufzurichten:

sie nahm Gespräche mit den feindlichen Christdemokraten auf und bot ihnen eine Regierungsbeteiligung an; sie ernannte wieder einige Militärs zu Ministern (womit sie einem „Rat“ ihrer Feinde folgte, nämlich der Christdemokraten und der Militärs selbst, wobei die Christdemokraten allerdings inzwischen gemeinsam mit anderen Kräften der schwärzesten Konterrevolution ein reines Militärregime fordern); sie stattete das Militär mit umfangreichen Befugnissen aus, worunter das wichtigste wohl die **Entwaffnung der Arbeiter- und Bauernmilizen ist, die sich zur Abwehr der faschistischen Verbrecherbanden und der weißen Gardien der alten Großgrundbesitzer gebildet haben**. Daß diese Maßnahmen der Allende-Regierung nicht von einer politischen Offensive gegen die in- und ausländische Konterrevolution zeugen, ist offensichtlich. Daß diese Maßnahmen im Gegenteil sogar eine **Ermutigung** der Konterrevolution darstellen, sich nur noch dreister zu gebärden, das kann ebenso jeder feststellen, der die Entwicklung in Chile gegenwärtig aus der Presse aufmerksam verfolgt. Allerdings ist dies bereits eine jahrzehntealte Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung; und das wiegt umso schwerer, weil die Parteien der Unidad Popular, zumindest die Kommunistische (in Wahrheit revisionistische) und die Sozialistische Partei, sich ja zu einem Bestandteil dieser internationalen Arbeiterbewegung zählen.

Es genügt demnach zur Erklärung der gegenwärtigen Situation nicht, auf die Offensive der Konterrevolution hinzuweisen, auf ihre ungeheuren Verbrechen; die Wirtschaftssabotage, die auf eine Aushehung der Bevölkerung abzielt, damit diese gegen die Unidad Popular rebelliert; die unzähligen Bombenanschläge gegen Produktionsanlagen, Brücken, Ölleitungen und Büros der Gewerkschaften und der Parteien der „Volkseinheit“; die faschistischen Morde wie z.B. am Militäradjutanten Allendes und an einem führenden Vertreter der Transportarbeiter - Gewerkschaft; usw.

Sondern es erhebt sich gerade angesichts dieser Offensive die Frage danach, welche Mittel die Unidad Popular und die Allende-Regierung zum Kampf gegen die Konterrevolution ins Feld führen – und wir haben schon gesehen, daß ihr hauptsächlichstes Mittel darin besteht, vor der Konterrevolution zurückzuweichen. Nicht so sehr in Worten, als in Taten. Es mangelt natürlich nicht an Appellen, die Konterrevolution zu schlagen, den „revolutionären Prozeß“

voranzutreiben, die „Einheit des Volkes“ herzustellen usw. Aber kann man die Konterrevolution durch Appelle schlagen? Kann man den „revolutionären Prozeß“ und die „Einheit des Volkes“ dadurch voranbringen, daß man sie bloß wie eine heiße Kartoffel, die man am liebsten selber ausspucken möchte, im Mund rumwälzt?

Der Unsinn von der „Produktionsschlacht“

Was beinhalten die Appelle der Unidad Popular? Wozu fordert sie die werktätigen Massen konkret auf, um die Konterrevolution zu schlagen? Vor allem sollen die Arbeiter und Bauern die Produktion steigern, um die von der Konterrevolution durch Sabotageakte, Warenhortung, Schwarzmarkt, Schmuggel rarer Güter ins Ausland usw. verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Aufforderung ist angesichts der wirklichen Situation in Chile blanker Zynismus und eine völlige Irreführung über die Hauptaufgaben des Kampfes. Derartige Aufforderungen hat die Unidad Popular schon seit Anbeginn ihrer Regierungszeit (Ende 1970) ausgegeben, aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht weniger, sondern mehr geworden – obwohl, wie die DKP-Zeitung UZ Mitte August dieses Jahres triumphal meldete: „Die Werktätigen arbeiten täglich bis zu zwölf Stunden, um die Produktion zu halten.“ Eine wahrhaft beachtliche „Erfolgsmeldung“ im Kampf gegen die Konterrevolution!!

Wie ist aber die wirkliche Situation, auf deren Boden die Unidad Popular zum „Kampf für die Produktionssteigerung“ aufruft? Die Unidad Popular hat sich hier auf ein Wettrennen eingelassen, bei dem sie und die Arbeiterklasse von vornherein als Verlierer feststehen – gegenüber der Konterrevolution, die sich dabei nur ins Fäustchen lachen kann. Rund 60 % der Industrieproduktion und 75 % des Handels befinden sich noch in privatem Besitz, der Rest in den Händen des Staates. Die Mehrheit der Arbeiter sind Lohnarbeiter in kapitalistischen Betrieben. Sollen diese die Konterrevolution (d.h. die Bourgeoisie, die Kapitalisten!) dadurch schlagen, daß sie die Produktion in den Betrieben der Kapitalisten erhöhen?? Ein Witz, und die DKP hätte das als Rätsel aufgeben können, wenn die Situation in Chile nicht so ernst wäre!

Und die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben? Können die Arbeiter einer Minder-

heit von Betrieben (nicht nur der Anzahl, sondern auch dem Produktionsumfang nach) durch eine Steigerung der Produktion die konterrevolutionären Umtriebe der Bourgeoisie, die immer noch die Mehrheit der Betriebe in ihren Händen hält, ernsthaft besiegen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten; man sieht, daß der Appell zur „Produktionsschlacht“ allein schon auf ökonomischer Ebene falsch ist.

Die Frage ist indes auch nicht ökonomisch, sondern politisch zu stellen. Trotz der Regierungsbildung durch die Unidad Popular besteht der bürgerliche, d.h. kapitalistische Staatsapparat fort, ist die Bourgeoisie in Chile beileibe noch nicht ihrer politischen, administrativen und militärischen Herrschaftsmittel beraubt. Die Konterrevolution verfolgt auch mit ihrer Sabotage auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem politische Ziele, nämlich den Sturz der Unidad Popular von der Regierung und die Verdrängung der Arbeiter und Bauern aus ihren Kampfpositionen, die sie sich unter der Allende-Regierung errungen haben.

Bei alledem ist der Appell zur „Produktionsschlacht“ nicht nur auf ökonomischer Ebene falsch; sondern er führt vor allem politisch zu verheerenden Folgen, zu einer Demobilisierung und politischen und ideologischen Entwertung der Arbeiterklasse, wenn die Unidad Popular im Kampf gegen die Konterrevolution wesentlich auf eine „Steigerung der Produktion“ orientiert. Die Hauptaufgabe ist die, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu führen, d.h. der Bourgeoisie ihre Herrschaftsinstrumente zu entreißen, mit denen sie immer wieder versuchen wird, das Blatt zu ihren Gunsten, zum Fortbestehen von Ausbeutung und Unterdrückung zu wenden.

Wir werden nie bestreiten, daß die Arbeiterklasse auf dem Weg in den Sozialismus energisch den Hebel der Verbesserung und Steigerung der Produktion ansetzen muß, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sowohl aus der Sabotage der Konterrevolution als auch aus der anfänglichen Unerfahrenheit der Arbeiterklasse in der selbständigen Leitung der Produktion herrühren. Aber dazu bedarf es erstens bestimmter Voraussetzungen (nämlich die politische Macht erobert und die Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt zu haben, zumindest des wichtigsten und überwiegenden Teils) und zweitens kann dies nicht als Hauptparole im Kampf gegen die weiterhin verbleibenden bürgerlichen Ele-

mente, die die Konterrevolution betreiben, ausgegeben werden.

Ist das chilenische Militär ein „loyaler Bündnispartner“?

Wir haben die Frage des bürgerlichen Staatsapparates und der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern angeschnitten. Allgemein ist festzustellen, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidreiviertel-jährigen Regierungszeit den bürgerlichen Staatsapparat in seinem Wesen völlig unangetastet gelassen hat.

In diesem Rahmen ist die Haltung der „Volkseinheit“ gegenüber dem chilenischen Militär besonders aufschlußreich. Bereits im November 1972 haben wir in einer Sondernummer unserer Zeitschrift UNSER WEG ausführlich anhand von Resolutionen und Äußerungen einzelner Führer der Unidad Popular diese theoretisch völlig illusionistische und praktisch kapitaltenhafte Haltung deutlich gemacht. (Chile: „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus?; 1 DM) Es sei nur noch einmal an die dort zitierte Auffassung des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, erinnert, der zwar „Umgestaltungen auch in den militärischen Institutionen“ für notwendig hält, aber: „...man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen (!). Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen.“

Nun haben „die Zeit und das Leben“ inzwischen reichlich gezeigt, welche Umgestaltungen „von den Militärs selbst ausgehen“ und „ihrer eigenen Überzeugung entspringen“. Das augenfälligste Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der gescheiterte Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna, eine sogenannte „Eliteeinheit“ der chilenischen Streitkräfte.

Dieses Regiment stand ehemals unter dem Kommando des Generals Viaux, der bereits Ende 1970 in die vom US-Konzern ITT ausgearbeiteten Pläne zur Verhinderung des Amtsantritts von Allende verwickelt war, und seitdem im Gefängnis sitzt. Der konterrevolutionäre Geist seiner Truppen blieb erhalten. An der Führung dieses jüngsten Putschversuchs waren nicht nur hohe Offiziere der chilenischen Armee beteiligt, sondern beispielsweise auch Figuren wie Pablo Rodriguez, Präsident der faschistischen Terror-Organisation „Patria y Libertad“ („Vaterland und Freiheit“), der nach dem Mißlingen zusammen mit einigen Mitverschwörern Unterschlupf in der Botschaft von Ecuador gefunden hat.

Zwei Tage vor dem gescheiterten Putschversuch am 29. Juni wurde bereits ein geplantes Attentat rechter Kreise auf den Oberkom-

mandierenden des chilenischen Heeres, General Prats (der auch in die Regierung aufgenommen wurde), vereitelt. Dies sollte offenbar das Signal für den nachfolgenden Militäraufstand sein, ähnlich wie es im Oktober 1970 beabsichtigt war, als der damalige Armeechef General Schneider im Auftrag der Rechten ermordet wurde.

Die Unidad Popular hat im Verlauf ihrer Regierungszeit mehrere Militärpläne für einen rechten Staatsstreich aufgedeckt. So im Dezember 1971, wo der Leiter der Militärschule von Santiago, Colonel Labbe, wegen Vorbereitung eines Putsches zum Rücktritt gezwungen wurde. Heute ist er einer der Führer der Nationalen Partei. Ende März 1972 wurde der Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Nach knapp einer Woche wurde Baquedano dann wieder auf freien Fuß gesetzt ... auf Beschluß eines Militärrichters, was nur ein bezeichnender Beweis für die tatsächliche Macht des Militärs und der in diesen Kreisen eingeborenen reaktionären Genußsüßigkeit ist. Im September 1972 wurde dann der Armeegeneral Canales in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, weil er den Sturz der Allende-Regierung plante.

Diese Beispiele zeigen erstens, daß das bürgerliche Militär alles andere als ein „loyaler“ Bündnispartner beim „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ ist. Zweitens zeigt sich hier die kapitaltenhafte Haltung der Allende-Regierung. In fast allen Fällen wurden lediglich einige Häupter der Verschwörung in den vorzeitigen Ruhestand versetzt oder vorübergehend verhaftet. Die Unidad Popular beschränkte sich jedesmal darauf, die Verschwörer wortgewaltig „anzuklagen“ – weitere Konsequenzen wurden nicht gezogen, und die meisten der „Angeklagten“ setzten ihre konterrevolutionären Umtriebe unvermindert fort. Teilweise operieren sie nun vom angrenzenden Ausland, wie z.B. Bolivien. Dort trainieren zwei in den Ruhestand versetzte Offiziere, wie die Zeitung der Sozialistischen Partei „Ultima Hora“ vor mehreren Wochen aufdeckte, ungefähr 3 000 chilenische (!) Söldner für eine mögliche Invasion in Chile. (Das gleiche Kapitaltentum der Unidad Popular zeigt sich im übrigen auch gegenüber den faschistischen Organisationen wie „Patria y Libertad“, die trotz unzähliger Beweise für ihre konterrevolutionären Mord- und Terroraktionen noch nicht einmal verboten ist. Völlig im Stil des „unbeteiligten Beobachters“ und des „Hüters der Unvoreingenommenheit“ versunken, schrieb die UZ Anfang Juli dazu: „Immer stärker wird die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Banden der ‚Patria y

Libertad' und Säuberung des Verwaltungsapparats." Ja, und w a r u m tut die Allende-Regierung denn n i c h t s, wenn doch die Forderungen „immer stärker“ werden? !)

Die Allende-Regierung nutzt nicht die bürgerliche Legalität, die ihr mit ihrem Wahlsieg vom September 1970 „zugefallen“ ist, sondern sie b e t e t s i e a n. Die Abhängigkeit der sogenannten „neutralen“ chilenischen Streitkräfte vom US-Imperialismus (sowohl in der Ausbildung als auch in der Technologie) setzt sich auch unter der Allende-Regierung fort. Beispielsweise beteiligten sich die chilenische Luftwaffe und Marine an 15-tägigen gemeinsamen Seemanövern mit der US Task Force. Im März 1972 wurde der Chef der US-Luftwaffe, General John Ryan, als „besonderer Gast“ von der chilenischen Luftwaffe zur Feier ihres „Luftwaffen-Tages“ nach Chile eingeladen. Auch Allende ließ es sich nicht nehmen, an dieser Feier teilzunehmen und Ryan herzlich zu begrüßen. Offiziere der chilenischen Streitkräfte nehmen weiterhin an „Lehrgängen“ in den USA teil; und wie die bürgerliche Presse kürzlich meldete, führen die USA auch ihre „Militärhilfe“ für die chilenischen Streitkräfte fort. Es bedarf auch keiner großen Überlegungen, warum der US-Imperialismus wohl die wirtschaftlichen Kredite für die Allende-Regierung eingefroren hat, seine Militärhilfe für die chilenischen Streitkräfte aber nicht.

In der jetzigen Situation, wo die Krise im Land sich aufs Schärfste zuspitzt, nimmt auch die „Unruhe“ in den Streitkräften zu. Dennoch hält die Unidad Popular daran fest, daß die Streitkräfte (abgesehen nur von einigen „unverbesserlichen“ Offizieren!) „neutral“ seien und der Regierung „loyal“ gegenüberstünden. Als „Beweis“ dafür dient ihr die Tatsache, daß der Putschversuch des Regiments von Tacna von der Armee selbst niedergeschlagen wurde, und die Bereitschaft hoher Militärs zur Teilnahme an der Regierung. Aber dies sind absolut keine „Beweise“ dafür. Es zeigt sich gerade, daß die Unidad Popular sich damit noch mehr zum G e f a n g e n e n des bürgerlichen Militärs macht, daß sie noch weniger etwas g e g e n dessen Willen durchzusetzen vermag. Die Militärs haben indes auch für ihre „Loyalität“ ihren Tribut gefordert: vor allem die Vollmacht, die Arbeiter- und Bauernmilizen zu entwaffnen, und gegen militante Demonstrationen der Arbeiter und Bauern und gegen revolutionäre linke Gruppen mit Waffengewalt vorzugehen. Man muß diesen „Übergang zum Sozialismus“ schon fast mit dem Weg der Sozialdemokratie in unserem Land vergleichen,

die ebenfalls „im Namen des Sozialismus“ Ende des ersten Weltkriegs mit dem bürgerlichen Militär zusammenarbeitete, um die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte zu entwaffnen und zu zerschlagen.

Super-Optimismus und Verzicht auf Massenmobilisierung

So wie die Unidad Popular auf der einen Seite die bürgerliche Legalität anbetet und den bürgerlichen Staatsapparat (mitsamt dem Militär) unangetastet läßt, so verzichtet sie andererseits auf eine konsequente Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht. Es handelt sich hier in der Tat auch nur um zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Es sei noch einmal daran erinnert, daß die Unidad Popular die von der in- und ausländischen Konterrevolution drohenden Gefahren besonders in der ersten Phase ihrer Regierungszeit mit einer geradezu kindlichen Naivität heruntergespielt hat. Da war die Rede davon, daß in Lateinamerika „die Welle der Reaktion rasch abebbt“ (jawohl, in g a n z Lateinamerika!), daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Chiles bereits nach 14 Monaten Allende-Regierung „gründlich umgekrempelt“ sei, daß die durchgeführten Veränderungen „nicht wieder ausradiert werden können“, daß die Pläne des US-Imperialismus zur Unterdrückung der lateinamerikanischen Völker bereits „völlig gescheitert“ seien, daß der US-Imperialismus und die lateinamerikanische Reaktion sogar „gezwungen sind, sich mit der in Chile entstandenen Lage abzufinden“, usw., usw. (alles Zitate des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, und des Politbüro-Mitglieds Volodia Teitelboim). Insbesondere wandten sich die Führer der Unidad Popular aber immer wieder gegen die Notwendigkeit eines gewaltsamen, b e w a f f n e t e n Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie, was Corvalan sogar mit dem Anspruch weltweiter Allgemeingültigkeit folgendermaßen formulierte:

„Die (!) Kommunisten sind gegen die These der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes, welche von einigen ultralinken Elementen unterstützt wird. Wir sind der Meinung, daß diese These eigentlich reaktionär ist, da sie dazu bestimmt ist, den Kampf der Massen zu lähmen und, in Erwartung des ‚letzten Kampfes‘, die laufende Aktivität zu schwächen.“

Es bleibt demgegenüber nicht nur festzustellen, daß alle bisherige Erfahrung lehrt (seien es die russi-

sche Revolution, die chinesische Revolution, die Befreiungskämpfe in Indochina und Palästina oder in anderen Ländern), daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht anders als bewaffnet niederzuringen ist; – sondern die chilenische Entwicklung zeigt darüberhinaus, daß es die Unidad Popular selbst ist, die mit ihrem selbstmörderischen Herunterspielen der konterrevolutionären Gefahr die Vorstellung verbreitet, als ob der „letzte Kampf“ s c h o n g e l a u f e n sei, und damit die „laufende Aktivität“ der Massen schwächt. Wenn man lange Zeit eine Propaganda betreibt, daß „die Welle der Reaktion rasch abebbt“, daß die Reaktionäre sich mit der Situation in Chile „abfinden“, weil die Veränderungen ohnehin „nicht wieder ausradiert werden können“ usw. – wenn man in derartiger Weise einen himmelschreienden und realitätsblinden Super-Optimismus predigt, dann zimmert man sich natürlich auch das „theoretische“ Alibi für den V e r z i c h t auf die Massenbewegung; dann erweckt man bei den Massen selbst ein bürgerliches Sicherheitsgefühl, das vor allem auf die wackelige Regierungsgewalt und auf die „Gunst der Stunde“ vertraut, und sowohl das Bewußtsein und die Entwicklung der e i g e n e n Kraft der Massen lähmt. Die Massenbewegung muß auf diese Weise zu einem großen Teil eine s p o n t a n e Bewegung bleiben, die nur hin und wieder von der Unidad Popular zu Kundgebungen zusammengerufen wird, wie beispielsweise nach dem gescheiterten Militärputsch Ende Juni. Regelmäßig ruft die Unidad Popular dann dazu auf, die „Wachsamkeit zu erhöhen“ und sich enger zusammenzuschließen gegen die Konterrevolution. Aber ebenso schnell ist sie dann auch schon wieder mit einem Aufruf zur Hand, „die Ruhe zu bewahren“ – und daß die Regierung und die „loyalen“ Militärs die Situation wieder „unter Kontrolle“ haben. P r a k t i s c h führt ihre Politik stets zur Machtstärkung der Militärs g e g e n ü b e r der Massenbewegung.

In der Praxis führt die Politik der Unidad Popular auch zur S p a l t u n g der Massenbewegung. Dies entspringt notwendig daraus, daß die Unidad Popular nur gegen T e i l e der Bourgeoisie vorgeht. Auf diesen Zusammenhang hat Miguel Enriquez, Generalsekretär der MIR, einer revolutionären Organisation außerhalb der Unidad Popular, im August letzten Jahres in einem Interview mit der Zeitung „Chile Hoy“ hingewiesen:

„Bei der Auswahl der Gegner irrt sich die UP, indem sie nur Teile der herrschenden Klasse schlägt. Sie schlägt sie nicht als Gesamtes und nicht als Klassenfeinde. Ein großer Irrtum der UP ist, daß sie einige Sek-

toren zerschlägt, andere nur verletzt und andere sogar effektiv schützt. Mehr sogar, sie nimmt sich im Moment vor, einige Teile der Bourgeoisie zu kräftigen. Bei der Wahl der führenden Kräfte und ihrer Alliierten begehen sie zwei Fehler: der eine liegt darin, eine falsche Konzeption über die wirklichen Volksfeinde zu haben. Die Tatsache, daß sie nur kleine Teile der Agrarbourgeoisie als Feinde betrachten (nämlich diejenigen, die mehr als 80 ha bewässertes Land besitzen; Anm. der AK-Red.) und den Rest schützt, verhindert die Mobilisierung des (gesamten) Agrarproletariats, der Unterbeschäftigten, des Semiproletariats und der armen Bauern. Man verzichtet auf die ungeheuerliche revolutionäre Kraft dieser Teile der Bevölkerung. Dasselbe passiert mit den Arbeitern in der Stadt, sogar der großen Industrie. Man mobilisiert nur die Arbeiter der 91 staatlichen Unternehmen. Die übrigen Arbeiter der Groß-, Mittel- und Klein-Industrie werden nicht mobilisiert. Auf der anderen Seite findet man die abgegebenen Erklärungen und die Pläne, die den Unternehmern der Klein- und Mittelindustrie vorgeschlagen werden (d.h., daß die Unidad Popular diese als „feste Bündnispartner“ ihres „revolutionären Prozesses“ betrachtet, worauf wir schon ausführlicher in unserer erwähnten Sonderbroschüre eingegangen sind; Anm. d. AK-Red.).

Der zweite Fehler entstand aus der typisch europäischen Art, mit der die UP die führenden Klassen analysiert (offenbar ist mit der „typisch europäischen Art“ gemeint, daß die Unidad Popular die Analyse der Klassenverhältnisse in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten Westeuropas schematisch auf die chilenische Situation überträgt; Anm. d. AK-Red.). Das bringt die UP dazu, große arme Schichten der Stadtbevölkerung zu ignorieren und nicht zu führen (vor allem die „Pobladores“, eine arme und vielfach beschäftigungslose Bevölkerungsschicht in den Slums der Stadtrände; AK-Red.). Mit diesen Schichten kann und muß das Industrieproletariat ein permanentes Bündnis eingehen.“

Miguel Enriquez führte in diesem Interview weiter zur Frage der Massenbewegung aus:

„Wenn man die Macht nicht erobert hat, wenn man nur einen Teil des Staatsapparates hat, dann ist man in vielfacher Weise beschränkt; dann gibt es andere Elemente des Staatsapparates, die einem absolut feindlich gegenüberstehen, dann hat man ein ungünstiges Kräfteverhältnis. Man muß die Ziele festlegen. Welches ist unser Ziel? Die Eroberung der Macht. Dafür benötigen wir Kraft. Das Problem ist, wie man

Kraft sammelt. Man entdeckt, daß man zwei große Instrumente in der Hand hat. Einen Teil des Staatsapparates und die Verankerung in der Massenbewegung. Nun gut, was ist aber geschehen? Kräfte sind nicht gesammelt worden, weil die Forderung der Einheit des Volkes nicht erhoben wurde, weil die Massenbewegung nicht genügend mobilisiert wurde und weil man sich auf die parlamentarischen Abmachungen beschränkte. Den Teil des Staatsapparates, den man innehatte, stellte man nicht in den Dienst der Massenbewegung. Somit bleibt die alte Rolle des Systems und damit der Widerspruch in der Gesamtheit des Staatsapparates bestehen.“

Das Problem des Bürgerkriegs: Sieg oder Niederlage

Es ist von hier aus schwer einzuschätzen, wie weit sich in Chile revolutionäre Kräfte der Arbeiter- und Bauernbewegung tatsächlich entwickelt und gefestigt haben, die über die zum offenen Kapitulantentum gewandelte reformistische Politik der Unidad Popular hinausgehen. Die Tagesmeldungen der bürgerlichen Presse geben darüber natürlich keinen oder nur wenig Aufschluß. Die revisionistische Presse, die UZ der DKP, hüllt sich angesichts der Zuspitzung der Krise entweder in betretenes Schweigen oder bringt nur gelegentlich Berichte, die in verantwortungsloser Weise Schönfärberei betreiben und keineswegs den Namen einer ernsthaften Analyse und Auseinandersetzung mit den dortigen Vorgängen verdienen.

Bekannt ist, daß es in Chile einige Ansätze von Arbeiter- und Bauernmilizen gibt, die von der MIR unterstützt und teilweise auch von ihr initiiert werden (und nun im Auftrag der Unidad Popular von den Militärs entwaffnet werden sollen). Außerdem liegen uns Informationen vor, daß in einigen Bereichen Formen von Arbeiterräten (Concejos Comunales de Trabajadores) gebildet wurden, die offenbar auch von T e i l e n der Unidad Popular mitgetragen und initiiert wurden, und die Keimformen einer alternativen Macht zum bürokratischen bürgerlichen Staatsapparat darstellen. Welche Bedeutung diese Räte aber heute schon im Kampf gegen die Konterrevolution und für die Eroberung der Macht haben, wissen wir noch nicht.

Man kann aber davon ausgehen, daß im Verlauf der gegenwärtigen Entwicklung auch eine zunehmende Polarisierung i n n e r h a l b der Unidad Popular stattfindet. Am weitesten scheint sich dies innerhalb der Sozialistischen Partei abzuspielen, während uns für die Kommunistische Partei keine Anzeichen dafür

vorliegen. Verschiedentlich ist es zu gemeinsamen Aktionen von Grundorganisationen der Parteien der Unidad Popular mit revolutionären Kräften außerhalb gekommen, und zwar ausdrücklich gegen Direktiven der UP-Führung (in unserer Sonderbroschüre vom vergangenen November berichteten wir darüber anhand der Demonstration im Mai 72 in Concepcion). Für die Sozialistische Partei kann gesagt werden, daß es dort auch vor dem Wahlsieg von 1970 noch recht unterschiedliche Auffassungen über den Weg der „chilenischen Revolution“ gegeben hat. Auf dem SP-Kongreß 1967 in Chillán erklärte Carlos Altamirano den bewaffneten Kampf für den einzig gangbaren Weg der chilenischen Revolution, da die Bourgeoisie niemals freiwillig ihre Herrschaft aufgeben werde.

Dies wurde damals sogar vom Kongreß der Sozialisten gebilligt. Gleichzeitig beschloß der Kongreß aber auch, noch einmal an den Wahlen von 1970 teilzunehmen, wobei es Allende gelang, dies als eine A l t e r n a t i v e darzustellen; d.h. ein Erfolg bei diesen Wahlen sollte die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs w i d e r l e g e n, und nicht nur als eine mögliche Verbesserung der Kampfpositionen verstanden werden. Der tatsächlich erreichte Wahlerfolg wurde dann auch in diesem Sinne innerhalb der Sozialistischen Partei (und natürlich nicht nur dort) von der Allende-Gruppe ausgeschlachtet. Carlos Altamirano übernahm im übrigen 1971 das Amt des Generalsekretärs der SP.

Die tatsächliche Entwicklung in Chile hat die Konzeption der Reformisten von ihrem „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus allerdings mittlerweile aufs Sterbebett gedrängt – o h n e daß diese dadurch etwas an ihrer Politik ändern würden. Heute noch in Chile von einer „friedlichen Situation“ und von einem „friedlichen Übergang“ zu reden, ist blanker Zynismus. Allende behauptet, die Aufnahme der Militärs in die Regierung sei die „letzte Möglichkeit, um den Bürgerkrieg zu verhindern“. Aber der Bürgerkrieg ist in Chile schon keine bloße Frage der Zukunft mehr; er hat sich bereits in die gesellschaftliche Entwicklung des Landes eingeknistet. Auch zur Verhinderung des Bürgerkriegs wäre die bewaffnete Arbeiterklasse und Bauernschaft der einzige Garant. Heute geht es aber immer weniger um die Verhinderung des Bürgerkriegs (und neuer Putschversuche), sondern darum, daß die Arbeiter und Bauern Chiles den von der Konterrevolution gewollten Bürgerkrieg g e w i n n e n m ü s s e n. Das können sie aber nur, wenn sie über die Waffen verfügen, die ihnen die Führung der Unidad Popular vorenthält.

Lenin, Chile und die DKP

(aus AK 34, Oktober 1973)

Der von US-Imperialismus und innerer Reaktion inszenierte Militärputsch in Chile hat erneut die Frage aktualisiert, ob und unter welchen Umständen ein „friedlicher Weg“ zum Sozialismus möglich ist. Im Prinzip wird nicht nur von Kommunisten, sondern auch in der DKP und bis in die Reihen der Juso-Führung und anderer linker Sozialdemokraten hinein anerkannt, daß Imperialismus und Reaktion nach wie vor zum Äußersten bereit sind, um ihre Ausbeuter-Herrschaft zu verteidigen. Die Schlußfolgerungen hieraus sind jedoch sehr unterschiedlich. Manche erkennen den Charakter des Imperialismus zwar im Prinzip an (wie auch nicht, da die Tatsache eine deutliche Sprache redet!), aber sind nicht bereit, für die demokratische und anti-kapitalistische Bewegung daraus Konsequenzen zu ziehen. Wir wollen uns in diesem Artikel speziell mit den revisionistischen Thesen zum „friedlichen Weg“ beschäftigen. Da sich diese politische Richtung bei ihrem Treiben auf Marx und Lenin beruft, ist es unerlässlich, ihre Auffassung mit der tatsächlichen marxistisch-leninistischen Theorie von Staat und Revolution zu konfrontieren. Im Artikel wird nochmals Bezug genommen auf die revisionistischen Theorien verschiedener Führer der chilenischen UP, die heute zum Teil bereits ermordet sind, sich unter Lebensgefahr in Haft befinden oder von den Faschisten gejagt werden. Die notwendige Solidarität ändert jedoch nichts an der Falschheit ihrer Auffassungen. Das chilenische Beispiel lehrt konkret, wohin der Revisionismus führt und sollte helfen, die Vertreter des Reformismus und Revisionismus in der BRD weiter zurückzudrängen.

Was Lenin über Staat und Revolution sagte

Lenin war mit Marx und Engels der Meinung, daß jeder Staat „ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze“ ist. „Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaun zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschenden Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klassen.“ (Engels)

Lenin war deshalb der Meinung, daß der bürgerliche Staat „als allgemeine Regel nur durch eine gewaltsame Revolution“ zu stürzen sei. Und er fügte hinzu: „Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in die sen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß die einen wie die anderen diese Propaganda, diese Agitation vergessen haben.“ (Zitate aus „Staat und Revolution“, geschrieben wenige Wochen vor der Oktoberrevolution 1917)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang ferner die Auseinandersetzung Lenins mit dem Revisionisten Kautsky.

Kautsky hatte als „Argument“ angeführt, daß ja Marx „der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen.“

Lenin entgegnete: „Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist Gewalt gegenüber der Bourgeoisie; die Notwendigkeit dieser Gewalt wird eben, wie Marx und Engels aufs ausführlichste und wiederholt (besonders im „Bürgerkrieg in Frankreich“ und im Vorwort dazu) dargelegt haben, insbesondere durch das Vorhandensein des stehenden Heeres und der Bürokratie hervorgerufen. Gerade in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als Marx diese Bemerkung machte, waren gerade diese Institutionen gerade in England und Amerika nicht vorhanden! (Heute dagegen bestehen sie sowohl in England als auch in Amerika.) Kautsky muß auf Schritt und Tritt buchstäblich schwindeln, um sein Renegatentum zu verbergen!“

„Der Historiker Kautsky fälscht die Geschichte so schamlos, daß er das Grundlegende vergiftet: Der vormonopolistische Kapitalismus – dessen Höhepunkt gerade die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren – zeichnete sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigen-

schaften, die in England und Amerika besonders typisch zum Ausdruck kamen, durch eine verhältnismäßig sehr große Friedens- und Freiheitsliebe aus. Der Imperialismus dagegen, d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, nicht bemerken“ heißt zu einem ganz alltäglichen Lakaia der Bourgeoisie hinabsinken.“ (Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, abgeschlossen am 10. November 1918 – Hervorhebungen von uns)

Das sollte genügen, um zu zeigen, daß Lenin durchaus kein Apostel des „friedlichen Wegs zum Sozialismus“ war, sondern vielmehr die Vertreter derartiger Theorien, wie Kautsky, unerbittlich als Sophisten und Fälscher entlarvte.

Diese Abreibung für den Renegaten Kautsky hindert die DKP-Revisionisten jedoch nicht, ungeführt dessen faule „Argumente“ aufs Neue aufzutischen: „Schon Marx, Engels und Lenin haben einen friedlichen Weg (genauer einen Weg ohne Waffengewalt) zum Sozialismus unter Umständen für möglich gehalten.“ (Aus der vom Landesverband Hamburg der SDAJ herausgegebene Schrift „Mit linkssektiererischen Organisationen zusammenarbeiten?“ – Material für Bildungsleiter.)

Am Vorabend der Oktoberrevolution befaßte sich Lenin außerdem intensiv mit der Frage der „Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie“. Marx und Engels waren aufgrund der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 zu der Schlußfolgerung gelangt, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“ (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich). Und in einem Brief an Kugelmann (12. April 1871) betonte Marx, „daß sich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher

die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen.“

Insbesondere in der Schrift „Über die proletarische Miliz“ (März 1917) entwickelte Lenin diese These von Marx weiter. Lenin schreibt dort u.a.: „Wir brauchen einen Staat, aber

nicht einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamtenschaft) vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengesetzt werden... Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergehen, wenn es

Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese 'fertige' Staatsmaschinerie, um mit Marx zu sprechen, 'zerschlagen' und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind...“

Der Revisionismus am Beispiel Chile

Es ist von uns im letzten AK und eigentlich seit dem Regierungsantritt der „Unidad Popular“ aufgezeigt worden, daß die UP gerade in Fragen der Staatsmacht höchst phantasievoll und höchst abenteuereicher permanent von der leninistischen Theorie über Staat und Revolution abwich, im Grunde mit dieser gebrochen hatte.

Wie erwähnt, war Lenin der Auffassung, daß das Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen muß, daß es einen neuen, proletarischen Staatsapparat braucht.

Die UP jedoch ging davon aus, wegen „spezieller chilenischer Bedingungen“ vom Marxismus-Leninismus und den historischen Erfahrungen abweichen zu dürfen. In diesem Sinn verkündigte der von den Faschisten ermordete Präsident Allende schon bald nach Regierungsantritt in einem „Spiegel“-Interview heiter, es sei doch „gut zu sehen, daß in einer fernen Ecke der Welt die Schemata etwas auseinandergeraten.“ („Spiegel“ 38/70)

Die UP behauptete, daß eine wesentliche „Besonderheit“ Chiles dessen „traditionelle Demokratie“ sei.

Auf diese Behauptung gründete sich die Annahme, in Chile auf parlamentarischem Weg und im Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit revolutionäre Umgestaltungen durchführen zu können.

Ein besonderes Kennzeichen der UP-Politik war die Verkenennung der Funktion des bürgerlichen Staates. Hier wurde vor allem die bürgerliche Armee als eine neutrale Institution dargestellt, die nicht bestimmten Klasseninteressen, sondern einer über den Klassen schwebenden „Verfassungstreue“, „Gesetzsmäßigkeit“ etc. verpflichtet sei.

Das bedeutet eine Ersetzung der marxistisch-leninistischen Staats-Theorie durch plattesten bürgerlichen Idealismus.

Wie bereits in AK 33 zitiert, vertrat Präsident Allende etwa folgendes: die chilenischen Streitkräfte und Polizei-Einheiten hätten eine

„rein chilenische Qualität“ und seien daher bereit, „den an den Wahlen ausgedrückten Willen zu respektieren“. (Nach einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ vom 13.6.72.)

Noch gegen Ende 1972 verbreitete der Generalsekretär der „KP“ Chiles, Corvalan, unheilvolle „Weisheiten“ wie etwa:

„Die Armee mischt sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen ein... trotz aller Unterschiede sind die Militärs durch eine Reihe moralischer Werte (!) geeint: Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung...“

Corvalan glaubte auch, „Die an die Streitkräfte gerichteten Forderungen der reaktionären Gruppierungen, die Grenzen ihrer berufsmäßigen Rolle (!) zu überschreiten, blieben ergebnislos. Die Militärs suchen nicht die politische Macht“, sondern „(halten) die Sicherung der inneren Ordnung für eine ihrer Pflichten.“ (Luis Corvalan, Zwei Jahre danach: was geht in Chile vor?, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 9/72)

Der Kandidat des ZK der „KP“ Chiles, Banchero, vertrat noch wenige Wochen vor dem faschistischen Putsch folgende illusionäre Meinung: „Der revolutionäre Prozeß vollzieht sich in Chile unter Aufrechterhaltung der Streitkräfte, die als eine professionelle Einrichtung wirken, welche sich nicht an politischen Streitigkeiten beteiligt und sich der legitimen zivilen Macht unterordnet. Zwischen den Streitkräften und der Arbeiterklasse bestehen feste Bande der Zusammenarbeit (!!) und der gegenseitigen Achtung um der patriotischen Aufgaben willen, Chile in ein freies, entwickeltes, demokratisches Land zu verwandeln.“

(„Probleme des Friedens und des Sozialismus“ 8/73, S. 1031)

Die Frage der Staatsmacht wurde also in Wahrheit gar nicht gestellt. Vielmehr wurde die Illusion vertreten, als sei mit einem Wahlsieg die

Frage der Staatsmacht im wesentlichen schon gelöst: Wer die Wahl gewinnt, hat „die Macht“ und ihm gehorcht das „verfassungstreue“ Militär und die Polizei. Der Generalsekretär der „KP“ Chiles, Corvalan, sagte einmal:

„Die Linksparteien bildeten die Regierung, d.h. sie eroberten jenen Teil des Mechanismus der politischen Macht, der in der Verwaltung des Staates die Hauptrolle spielt.“ (zitiert bei A. Rodriguez, Formen der Eroberung der Macht, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ 6/72)

Aus Äußerungen anderer UP-Führer geht hervor, daß davon ausgegangen wurde, den bürgerlichen Staat „absterben“ zu lassen, statt ihn zu zerschlagen. D.h. die UP würde allmählich immer bessere Mehrheitsverhältnisse im Parlament erreichen (durch Wahlen selbstverständlich), würde Schritt um Schritt „immer mehr Vertreter der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen in die Leitung des Staates und der Gesellschaft einbeziehen“ (Banchero, s.o.), bürgerliche Personen aus dem Staatsapparat zugewechselt, das Militär mehr und mehr nicht nur „neutral“ halten, sondern für die Positionen der UP gewinnen. Das war im Grunde ein sehr schöner Plan – falls die Bourgeoisie so lange gewartet hätte...

In der Frage des „Absterbens“ des Staates führte schon Lenin eine Polemik gegen die damaligen Revisionisten. Lenin machte klar, „daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution.“ (Lenin, „Staat und Revolution“)

Die scheinbare „Riesendummheit“ der UP-Regierung bei der Einschätzung des bürgerlichen Staates, insbesondere der „Blindheit“ gegenüber der Rolle des Militärs, müssen unbedingt im Zusammenhang

men hang gesehen werden mit der gesamten Theorie des „friedlichen Wegs“ zum Sozialismus, die es ausschließt, das Proletariat und seine Verbündeten systematisch auf die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats zu orientieren.

Nicht zufällig griffen die meisten UP-Führer, besonders aber die Revisionisten der „KP“ Chiles, jeden

demagogisch als „ultralinks“ und schließlich gar als „Provokateur“ an, der – wie die MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) Zweifel an der „Loyalität“ und „Verfassungstreue“ des Militärs äußerte. Denn aus der Sicht des Reformismus und Revisionismus bedeuteten solche Zweifel, das Militär zu „reizen“ und zu „beunruhigen“, es eventuell zu einem Staatsstreich zu „provokieren“.

Der »friedliche Weg«

Seit dem XX. Parteitag verkündete der später ruhmlos untergegangene Chruschtschow jene Prinzipien des „friedlichen Weges“, die noch heute zum theoretischen „Schatz“ der revisionistischen Parteien gehören. Chruschtschow war u.a. der Meinung: „... Was die Formen des Übergangs zum Sozialismus betrifft, so werden sie, wie der XX. Parteitag der KPdSU feststellte, immer mannigfaltiger werden. Dabei wird der Übergang zum Sozialismus nicht unbedingt überall und in allen Fällen mit dem bewaffneten Aufstand und dem Bürgerkrieg verbunden sein. Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus friedlich und nicht-friedlich sein können. Es entspricht den Interessen der Arbeiterklasse, der Volksmassen, daß die Revolution auf friedlichem Wege erfolgt. Wenn aber die herrschenden Klassen auf die Revolution mit Gewaltanwendung antworten und sich dem Willen des Volkes nicht fügen wollen, muß das Proletariat ihren Widerstand brechen, entschieden den Bürgerkrieg aufnehmen.“

(zitiert nach: N. S. Chruschtschow, „Über die wichtigsten Probleme der Gegenwart“, Moskau 1963, S. 35)

Was sagte Lenin über einen möglichen „friedlichen Weg“ und was machen die Revisionisten daraus?

Als Kautsky den „friedlichen Weg“ propagierte, verwies er darauf, daß Marx diese Möglichkeit anerkannt habe. Als Chruschtschow den „friedlichen Weg“ propagierte, verwies er darauf, daß Lenin diese Möglichkeit anerkannt habe. Was hat es damit auf sich?

„Bekanntlich hielt Lenin im April 1917 unter den damaligen Verhältnissen eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution für möglich.“ (Chruschtschow, Rechenschaftsbericht an den XX. Parteitag der KPdSU, Moskau 1956)

Hinweise wie dieser finden sich standardmäßig in allen revisionistischen Veröffentlichungen wieder,

um zu beweisen, daß sich die Revisionisten angeblich im Einklang mit Lenin befinden, wenn sie den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ propagieren.

Tatsächlich hat Lenin zu verschiedenen Zeitpunkten des Jahres 1917 (nicht nur im April, sondern noch wenige Wochen vor der Oktoberrevolution) eine „friedliche Entwicklung der Revolution“ für möglich gehalten.

Die Revisionisten versuchen jedoch den konkreten historischen Zusammenhang dieser Erwägungen Lenins. Sie pflücken sich einzelne Halbsätze und kurze Zitate aus den Texten, die den Sinn des von Lenin Gemeinten auf den Kopf stellen.

Liest man Lenin im Text (und nicht in einzelnen Satzketten, wie es bei der DKP üblich ist), so kann man unschwer erkennen, daß Lenin von einer Ausnahmesituation spricht, die bestimmte Voraussetzungen hat: 1.) die Zerrüttung der zaristischen Armee nach drei Jahren imperialistischem Krieg; 2.) die Existenz einer „Doppelherrschaft“, d.h. paralleler politischer und militärischer Machtorgane des Proletariats (Sowjets, Proletarische Milizen etc.).

D.h. die reaktionäre Armee ist schon auf durchaus nicht-friedliche Weise desorganisiert worden, das Proletariat hat sich schon auf durchaus nicht-friedliche Weise politische und vor allem militärische Machtorgane geschaffen – unter solchen konkreten Bedingungen hielt Lenin eine relativ friedliche Weiterentwicklung der Revolution für möglich. Das ist das genaue Gegenteil des „friedlichen Wegs“ der Revisionisten.

In „Schulungs“-Schriften der DKP wird z.B. gern erwähnt, daß Lenin in „Die Aufgaben der Revolution“ (1. September-Hälfte 1917) die Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung der Revolution“ in Rußland anerkannt habe. In der Tat. Verschwiegen wird jedoch: 1.) daß Lenin in eben diesem Artikel von einer „in der Geschichte

der Revolutionen außerordentlich seltenen (!) Möglichkeit“ spricht, und 2.) ist für ihn die entscheidende Bedingung: „Durch die Übernahme der ganzen Macht könnten die Sowjets jetzt noch – und wahrscheinlich ist das die letzte Chance – die friedliche Entwicklung der Revolution sichern...“

Lenin nennt dabei u.a. folgende Maßnahmen zur „Übernahme der ganzen Macht“ und zur „Vollständigen Unterdrückung der Konterrevolution“ wie etwa: Verhaftung der reaktionären Generäle und der „Hauptlinge der bürgerlichen Konterrevolution“, Liquidierung der konterrevolutionären Verbände (Reichsduma, Offiziersverbände etc.), Verbot der bürgerlichen konterrevolutionären Zeitungen und Beschlagnahme ihrer Druckereien, „die Ausbeuter unter die Aufsicht der Arbeiter und Bauern zu stellen und über die Widerständlichen solche Strafen zu verhängen wie die Beschlagnahme des gesamten Vermögens, verbunden mit einer kurzen Haft.“

Wie kann das dazu dienen, den „friedlichen Weg“ im Sinne des Revisionismus zu rechtfertigen? Denn dieser beruht ja gerade darauf, keine politischen und militärischen Machtorgane des Proletariats zu schaffen, die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie der Bourgeoisie nicht anzutasten (Chile!), sondern sich um die Frage der Staatsmacht mit unrealistischen Theorien herumzumogeln.

Von den revisionistischen Parteien sind es heute sicher 90 %, die den „friedlichen Weg“ für real in ihrem Land erklären – unabhängig von konkreten Bedingungen! – und ihre ganze „Strategie“ völlig auf diese „Möglichkeit“ ausgerichtet haben. Nur wenige revisionistische Parteien – etwa die Südafrikas oder Guatemalas – gehen noch von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und des bewaffneten Kampfes aus. Jedoch selbst die revisionistischen Parteien in faschistischen Ländern wie Spanien und Griechenland sind ganz und gar auf den „friedlichen Weg“ fixiert.

Es ist schwerlich zu bestreiten, daß die modernen Revisionisten sich dabei durchaus nicht auf Lenin berufen können. War nämlich für Lenin die gewaltsame Revolution die Regel, so machen umgekehrt die Revisionisten den „friedlichen Weg“ zur Regel, unter heuchlerischer Berufung auf Lenin. Während Lenin die Möglichkeit des „friedlichen Weges“ in einer genau definierten und klar umrissenen Situation kurze Zeit sah, predigen die Revisionisten den „friedlichen Weg“ permanent und unbekümmert um konkrete Bedingungen.

Aus einer historischen Ausnahmesituation (die Erwägungen Lenins 1917) unter Berufung auf Lenin eine global verbindliche Regel (unabhängig von Ort, Zeit und Bedingung!) abzuleiten – das ist offenkundig Sophismus in der Art Kautskys, ist eine Verkehrung des leninischen Standpunkts um 180 Grad!

Abenteuerliche Kraftmeierei des Revisionismus – für die Arbeiter ein teurer „Spaß“!

Die Revisionisten behaupten, daß für sie ja keineswegs der „friedliche Weg“ der einzig mögliche sei, sondern daß sie im Prinzip auch die Möglichkeit einer nicht-friedlichen Entwicklung anerkennen. Die Phrasen der Revisionisten verschiedener Länder ähneln sich dabei tatsächlich wie ein Ei dem anderen.

Der von den Faschisten ermordete chilenische Präsident Allende wurde kurz nach seinem Regierungsantritt 1970 vom „Spiegel“ nach der Möglichkeit eines Militärputsches befragt, und er antwortete zuversichtlich: „Ich muß den Leuten der Rechten sagen, daß derjenige der Winde sät, Gewitter erntet.“ („Der Spiegel“ 38/1970)

Ein Führer der Sozialistischen Partei Chiles, Hernan del Canto, sagte in einem Interview mit der DKP-Zeitung „UZ“: „Wir lassen uns nicht provozieren. Wir wollen keine Gewalt und werden keine anwenden. Sollte man uns jedoch mit Gewalt daran zu hindern suchen, die demokratischen Umgestaltungen zu verwirklichen, dann werden unsere Volksregierung, unser Volk und unsere Arbeiterklasse entschieden Widerstand leisten und die Konterrevolution niederschlagen.“ („UZ“ vom 15. Mai 1971)

Der führende englische Revisionist L. Cox meint: „In Großbritannien wird häufig, vor allem von ultralinken Elementen, die Frage gestellt: Können wir unser Ziel ohne bewaffneten Kampf oder Bürgerkrieg erreichen? Niemand kann garantieren, daß es einen solchen Kampf nicht geben wird, doch unseres Erachtens lassen es die Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt und die Schwächung der Positionen der britischen herrschenden Klasse kaum wahrscheinlich (!) erscheinen, daß diese im Falle der Bildung einer demokratischen Regierung bewaffnete Gewalt anwenden wird. Wenn doch, wird die organisierte Arbeiterbewegung – dessen sind wir gewiß – jegliche Versuche dieser Art vereiteln können.“

(nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 8/73, S. 1028)

Und in einem internen Schulungspapier der Hamburger DKP schließlich wird großkotzig verkündet, (nachdem man tausend „Argumente“ gegen einen Bürgerkrieg vorgebracht hat, der für die Arbeiterklasse sehr gefährlich und kaum zu gewinnen sei !):

„Sollte es den Herrschenden gelingen, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, werden sie selbstverständlich die gebührende Antwort erhalten.“ (zitiert aus: „Marxistische Strategie contra „linkes“ Abenteuerium“)

Wahrlich, gut gebrüllt Löwe!

Einerseits finden sie tausend Vorwände und Ausflüchte, um die systematische, bewußte Vorbereitung der Arbeiterklasse auf eine nicht-friedliche Entwicklung der Revolution als „ultralinkes Abenteuerium“ etc. abzulehnen und zu denunzieren. Andererseits dreschen sie abenteuerliche, verantwortungslose Phrasen über die Aussichten eines Bürgerkrieges, den die Bourgeoisie der unvorbereiteten Arbeiterklasse (und ihren Verbündeten) aufzwingt! Hier zeigt der Revisionismus sein wahres, im Grunde zynisches und massenfeindliches Gesicht. Es kann doch eigentlich niemandem im Ernst unverständlich sein, daß in einem solchen, ihr, aufgezungenen Bürgerkrieg (wie jetzt in Chile) die Aussichten der Arbeiterklasse unendlich schlechter sind, als wenn eine Kommunistische Partei bewußt und systematisch das Proletariat auf die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution orientiert. Denn die Politik der Revisionisten überläßt es der konterrevolutionären Bourgeoisie, in aller Ruhe den „rechten Zeitpunkt“ zum Los-

schlagen gegen die unvorbereitete Arbeiterklasse zu wählen.

Es kostet wohl nichts, großmüßige Phrasen zu dreschen, daß man unter solchen Bedingungen „die Konterrevolution niederschlagen“, den „Herrschenden“ die „gebührende Antwort erteilen“ werde etc. Für die Arbeiterklasse jedoch schlägt diese Politik schwer zu Buch.

Es ist doch kein Zufall und keine nebensächliche Bemerkung, daß Lenin die Kommunisten darauf orientierte, die Massen systematisch in der Auffassung über die allgemeine Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution zu erziehen, und daß Lenin den Verrat des Reformismus, Kautskyanertums etc. gerade im Verzicht auf diese Agitation und Propaganda sah. (Lenin, „Staat und Revolution“)

Nur unter dieser Bedingung kann man davon reden, auf die Anwendung aller Kampfformen vorbereitet zu sein, und nur unter dieser Bedingung erhält der Hinweis auf die Niederschlagung der Konterrevolution einen realen Inhalt.

Auch die Revisionisten reden davon, daß Lenin darauf orientiert hat, sich auf die Anwendung aller Kampfformen (friedlicher und nichtfriedlicher) vorzubereiten. Damit bemänteln sie jedoch ihre Verurteilung der leninischen Theorie, suchen ein Alibi für ihre völlig einseitige und ausschließliche Fixierung auf den „friedlichen Weg“. In Wahrheit kann gar keine Rede sein, daß die revisionistischen Parteien auf eine nicht-friedliche Entwicklung vorbereitet sind, geschweige denn, daß sie die Arbeiterklasse auf diese Entwicklung vorbereiten würden.

Was sagt die DKP zum »friedlichen Weg«?

In den programmatischen „Thesen“ der DKP (1971) heißt es zur Frage des Wegs zum Sozialismus:

„Wie sich die Entwicklung zum Sozialismus konkret vollziehen wird, darüber entscheidet der Klassenkampf. Die DKP erstrebt, wie es in ihrer Grundsatzklärung heißt, den für das arbeitende Volk günstigsten Weg zum Sozialismus. Sie erstrebt einen Weg ohne Bürgerkrieg.“

Es waren immer die herrschenden, reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten. Nur im harten Klassen- und Volkskampf gegen den unvermeidlichen Widerstand der

großkapitalistischen Interessengruppen kann die antimonopolistische und sozialistische Volksbewegung die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern.“ (These 9)

Also erkennt die DKP doch die Möglichkeit einer nicht-friedlichen Entwicklung an? Gewiß. Aber dazu braucht man nicht Kommunist, Revolutionär zu sein. Die Wirklichkeit läßt ja gar keine andere Schlussfolgerung zu, als daß es „auch“ nicht-friedliche Entwicklungen gibt. Nach dem faschistischen Putsch in Chile haben sogar Juso-Führer vorsichtige Zweifel an der „Loyalität“ der Bundeswehr zur Demokratie geübt (und das ist mehr, als die chile-

nische UP-Regierung getan hat!!). Ja, selbst die bürgerlich-liberale „Frankfurter Rundschau“ mag Putsch-Gelüste der westdeutschen Reaktion nicht unbedingt ausschließen.

Aber der entscheidende Punkt ist doch: Welche Konsequenzen will man für die demokratische und anti-kapitalistische Bewegung daraus ziehen?

Wenn man „Grundsatzserklärung“ (1969) und „Thesen“ der DKP untersucht, so findet man, daß sich die „Strategie“ der DKP mit dem „friedlichen Weg“ erschöpft. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die DKP auf beide Wege der Entwicklung orientiert („friedlich“ und nicht-friedlich).

Was die DKP als „Schlußfolgerung“ über den „unvermeidlichen Widerstand“ des Großkapitals nennt, ist ein wahrer Schildbürger-Streich:

„Im harten Klassen- und Volkskampf“ soll die „Volksbewegung“ stark genug werden, „um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern“. Das erinnert an das bekannte Rezept: Wenn man einen Hasen fangen will, muß man ihm Salz auf den Schwanz streuen.

Noch ärger ist der Sophismus bei den DKP-Ideologen Gerns und Steigerwald. Sie sagen einerseits: „Es wäre doch völlig wirklichkeitsfremd, wenn man nicht davon ausgehen würde, daß die Monopole, solange sie über die politische und wirtschaftliche Macht, über Justiz, Polizei und Militär verfügen, diese nicht auch rücksichtslos zur Erhaltung ihrer Macht einsetzen würden.“ Sehr gut. Aber im selben Atemzug bringen sie es fertig zu behaupten: „Ob die Reaktion dabei zu blutiger Gewalt greifen kann, das hängt vor allem von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Einheit und Geschlossenheit der antimonopolistischen Bewegung ab.“ (zitiert nach „Antimonopolistische Demokratie und der Weg zum Sozialismus“, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 6/72, S. 779)

So ungereimt und hanebüchen geht es zu, wenn sich Revisionisten um die Frage der Staatsmacht und der gewaltsamen Revolution herumzuwinden versuchen.

Gerns und Steigerwald können nicht umhin einzugestehen, daß der imperialistische „Gewaltapparat heute ungleich stärker und perfekter“ ist als noch zu Zeiten Lenins, daß dieser Gewaltapparat „noch gefährlicher geworden“ ist. Aber sie reden ernsthaft davon, „die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern.“ Na, wenn das nicht „völlig wirklichkeitsfremd“ ist?!

Ganz finster wird es aber erst, wenn man sich ansieht, wie die DKP nach innen über die Frage des „friedlichen Weges“ und

der gewaltsamen Revolution arbeitet. Gemessen am Material-Aufwand scheint es die revisionistischen Führer einige Mühe zu kosten, den Mitgliedern gerade in diesen Fragen die Ungereimtheiten der DKP-Linie plausibel zu machen. Die DKP schult ihre Mitglieder natürlich nicht an den wichtigen Schriften von Marx und Lenin wie etwa „Staat und Revolution“ etc., sondern arbeitet mit zurechtgestutzten Zitaten-Sammlungen (wie z.B. Schleifsteins „Kleines Lenin-Wörterbuch“), die ein völlig entstelltes Bild der Theorie des Marxismus-Leninismus geben, indem Aussagen für konkrete Bedingungen aus ihrem Zusammenhang gerissen werden und als allgemein gültige Regeln aufgetischt werden (z.B. die Erwägung Lenins über eine mögliche „friedliche“ Weiterentwicklung der russischen Revolution 1917 – s.o.).

Im Übrigen gibt es zahlreiche interne „Abgrenzungs“-Papiere gegen die „Ultra-Linken“. Soweit hier die Frage des „friedlichen Weges“ und der gewaltsamen Revolution eine Rolle spielen (und das scheint in letzter Zeit relativ häufig der Fall) ist folgende Tendenz zu beobachten: zum einen möglichst schreckenerregende Warnungen vor den Opfern eines Bürgerkriegs, der für die Werktätigen doch sehr nachteilig sei; zum anderen hanebüchene „Beweise“ für die Möglichkeit des „friedlichen Weges“.

Während Lenin den Kommunisten die Aufgabe stellte, die Massen systematisch in den Auffassungen über die „Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution“ zu erziehen, orientiert der Revisionismus auf die Schrecken eines Bürgerkriegs und auf Träume von seiner Vermeidung.

Im Weiteren beziehen wir uns auf zwei Schriften, nämlich 1.) „Marxistische Strategie contra linkes Abenteuerertum“, und 2.) „Mit linkssektiererischen Organisationen zusammenarbeiten?“ (SDAJ-„Material für Bildungsleiter“), die beide in Hamburg als „Schulungsschriften“ gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND kursieren (ein vollständiger Abdruck dieser Papiere, zusammen mit weiteren antikommunistischen „Perlen“ der DKP, wird von uns vorbereitet).

In (1) finden wir die folgenden vier Argumente gegen einen Bürgerkrieg:

1.) Ein Bürgerkrieg „bedeutet ein längeres Blutbad für die Bevölkerung und widerspricht darum völlig deren Interesse.“

2.) „Ein Bürgerkrieg erleichtert die Einmischung anderer imperialistischer Länder. (Spanien, Vietnam).“

3.) „Verliert das revolutionäre Volk den Bürgerkrieg, ist seine Bewegung um etliches zurückgeworfen. (Spanien, Indonesien).“

Zum letzten Punkt könnte man inzwischen noch Chile anführen! Aber der dickste Hund kommt noch:

4.) „Damit das revolutionäre Volk einen Bürgerkrieg gewinnen kann, sind zwei Voraussetzungen erforderlich, die beide in diesem Land nicht gegeben sind: a.) günstige geographische Bedingungen, b.) äußerster Opfermut infolge sich extrem verschlechternder Lebensbedingungen. Das Monopolkapital ist heute in der Lage, diese nach Lenin wichtigste Erfolgsbedingung in der BRD zu verhindern.“

Schließlich noch aus dem Papier (2) ein weiteres „Argument“: „zweifelloso würde das Hinsteuern auf einen Bürgerkrieg an der Grenze zweier hochgerüsteter Blöcke die Gefahr eines Atomkrieges in sich bergen.“

Insgesamt wird deutlich, daß die Verfasser dieser Papiere an eine erfolgreiche gewaltsame Revolution nicht glauben, daß sie überhaupt an das Entstehen einer revolutionären Situation in der BRD nicht glauben, daß sie „ungünstige geographische Bedingungen“, gar die Gefahr eines Atomkrieges (!) beschwören, um die Arbeiterklasse vom einzigen möglichen Weg der sozialistischen Umwälzung zurückzuschrecken und sie für unrealistische Konzepte wie den „friedlichen Weg“ und die „demokratische Erneuerung“ in Stimmung zu bringen.

Daß die Kommunisten am liebsten mit möglichst geringen Opfern zum Sozialismus kommen würden, liegt auf der Hand. Die Wirklichkeit richtet sich jedoch – weder in Chile noch sonstwo auf der Welt – nach frommen Wünschen.

Deshalb geht es an der Sache vorbei, wenn dem KB in (1) vorgeworfen wird, daß er „vom Bürgerkrieg als wahrscheinlichem Übergang zum Sozialismus (spricht) und macht sich keinerlei Gedanken über die Gewinnaussichten eines solchen Krieges in diesem Lande. Er entwickelt keine Strategie, die hilft, einen Bürgerkrieg zu verhindern und schreckt mit seiner Bürgerkriegsprognose viele vom demokratischen und sozialistischen Kampf ab.“

Im Grunde heißt das doch: die Kommunisten sollen nicht davon reden, was sich in der Realität als wahrscheinliche Entwicklung zeigt (Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution), sondern die Arbeiterklasse mit Illusionen belügen, weil die realistische Einschätzung der Dinge vom Kampf „abschrecken“ könnte. Übrigens ist es doch wohl viel eher so, daß die DKP mit ihrem Gejammer über die Schrecken eines Bürgerkriegs (bis

zur Gefahr eines Atomkrieges!!) vom Kampf abzuschrecken versucht.

In dieselbe Richtung geht es, wenn dem KB in Papier (2) vorgeworfen wird, er würde mit dem Hinweis auf die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution genau das „Klischee der antikommunistischen Ideologen“ bestätigen, damit als „Provokateur im Dienst der Herrschenden“ auch die kostbare Legalität der DKP gefährden etc. Warum beruft sich die DKP dann überhaupt noch auf Marx, Engels und Lenin, die doch die wahren Urheber der Auffassung von der „Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution“ sind?

„Strategien“ des „friedlichen Wegs“ sind bloßer Humbug, ein Betrug an der Arbeiterklasse. Lenin hat aus gutem Grund niemals eine derartige Strategie aufgestellt, sonder auf den bewaffneten Aufstand als wahrscheinlichsten Weg der russischen Revolution orientiert. Das hinderte ihn freilich nicht, sich kurze Zeit um die taktische Möglichkeit einer relativ friedlichen Weiterentwicklung der Revolution zu bemühen und als solange sich diese konkret, unter genau definierten Ausnahmebedingungen (Zerrüttung der Armee durch den imperialistischen Krieg, Bestehen paralleler politischer und militärischer Machtorgane des Proletariats) zu bieten schienen. Es ist selbstverständlich, daß Kommunisten gegebenenfalls solche taktischen Möglichkeiten ausnutzen müssen; ebenso klar ist aber, daß sich auf solche Eventualitäten nicht von vornherein eine langfristige „Strategie“ aufbauen läßt. Daran ist an sich gar nichts Unverständliches und Kompliziertes, obwohl die Revisionisten es einfach „nicht verstehen“ wollen und aus Lenins taktischen Erwägungen eine komplette „Strategie“ des „friedlichen Weges“ gebastelt haben.

Daß die Kommunisten sich um eine kluge Bündnispolitik bemühen müssen, daß sie sich um die Zersetzung der bürgerlichen Armee bemühen müssen, war schon Lenin nicht unbekannt. Es mußten jedoch erst die modernen Revisionisten kommen, um diese Selbstverständlichkeiten als den goldenen Schlüssel anzupreisen, mit dem sich nach ihren Versprechungen die Tür zum „friedlichen Weg“ öffnen läßt, im Sinne einer einzuschlagenden „Strategie“.

Nichts dazugelernt?

Es bleibt festzustellen, daß die Imperialisten ihre „bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie“ immer weiter ausbauen und vervollkommen. Diese Tendenz wurde bereits von Lenin beschrieben:

„... Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der Staatsmaschinerie auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.“ (Lenin, Staat und Revolution)

Es liegt auf der Hand, daß die Imperialisten aus ihren Niederlagen in Rußland, China u.a. Lehren gezogen haben. Die Politik der Imperialisten geht natürlich dahin, es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, daß die demokratische, antikapitalistische Bewegung wirklich stark wird, sondern sie schon vorher vernichtend zu treffen. D.h. die Tendenz der Imperialisten geht verstärkt auch „vorbeugend“ auf Konterrevolution, Faschismus und Bürgerkrieg.

Die revisionistische Konzeption des „friedlichen Weges zum Sozialismus“ geht unter diesen Bedingungen von der Illusion aus, durch eine besonders „geschickte“ Politik den frontal Zusammenstoß der Klassen vermeiden zu können.

Der Revisionismus „kann“ daher natürlich nicht auf die gewaltsame Revolution, auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, auf die Errichtung einer bewaffneten Arbeitermacht etc. orientieren. den historischen Erfahrungen und den Lehren des Marxismus-Leninismus entsprechen würde – würde natürlich die Bourgeoisie und ihren Staat „provizieren“.

Stattdessen wird der bürgerliche Staatsapparat, insbesondere die Armee, umworben und umschmeichelt mit unrealistischen Appellen an deren „Verfassungstreue“ etc. Insofern waren die wirklichkeitsfremden Schwärmereien vieler UP-Führer über die „Loyalität“ der chilenischen Armee kein zufälliger „Irrtum“, sondern logischer Bestandteil der Konzeption des „friedlichen Weges“. Es spricht für sich und ist eigentlich nicht überraschend, daß der französische Sozialdemokrat Mitterand (der das Talent hat, ein französischer Allende

zu werden) nach dem Putsch in Chile eifertig ein „Loyalitätszeugnis“ für die französische Armee abgab, die natürlich mit der chilenischen Armee nicht zu vergleichen sei etc.

Die italienischen Revisionisten ihrerseits haben die „Schlußfolgerung“ gezogen, daß der „friedliche Weg“ einen verstärkten „Dialog“ mit den bürgerlichen Parteien, d.h. in Italien mit den Christdemokraten (in der Hauptpartei der Bourgeoisie!!) zur Voraussetzung hat. Letzten Endes werden die Revisionisten noch entdecken, daß der „friedliche Weg“ nur möglich ist durch „Dialog“ und „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit der Bourgeoisie selbst, der in beharrlicher Überzeugungsarbeit (ohne „Dogmatismus“ und „ohne einseitige Vorurteile“) die Notwendigkeit demokratischer und schließlich sozialistischer Umwälzungen klargemacht werden muß.

Die Revisionisten wenden sich scharf gegen die Schlußfolgerung, die UP-Regierung hätte das Volk bewaffnen müssen. Das hätte – behaupten die Revisionisten – den Putsch nur beschleunigt. Die Revisionisten können nach der chilenischen Katastrophe nur noch weiter nach rechts gehen, d.h. verstärkter „Dialog“ mit den bürgerlichen Parteien, verstärkte Verbreitung parlamentarischer Illusionen, verstärkte Leugnung der reaktionären Rolle des bürgerlichen Staatsapparats und opportunistische Anbiederung an diesen.

Gegenwärtig hat Frankreich die größten „Chancen“, ein zweites Chile zu werden. Das französische „Linksbündnis“ (hauptsächlich getragen von den Sozialdemokraten und den Revisionisten) gewinnt bei den Wahlen an Boden. Die Politik des „Linksbündnisses“ ähnelt der der chilenischen Unidad Popular, ist jedoch noch um einiges opportunistischer.

Die „Welt“ sieht für den Fall eines linken Wahlsiegs in Frankreich bereits zuversichtlich voraus:

„... Etwa ein Aufstand der Armee, die in Frankreich auf eine gewisse Putschtradition zurückblicken kann und in ihren Fallschirmjägern und Fremdenlegionären über eine absolut sichere Kerntruppe verfügt.“ („Welt“ vom 29.9.73)

Hinzufügen läßt sich ein Hinweis auf die zunehmende Faschisierung von Teilen des französischen Kleinbürgertums, die schon jetzt die Form rassistischer Anschläge und Programe (gegen arabische Arbeiter), Terroraktionen gegen linke Organisationen u.a.m. angenommen

hat. Bereits im Kampf-Mai 68 ließ die französische Bourgeoisie rund um Paris konterrevolutionäre Truppen aufmarschieren, obwohl in Paris selbst mehrere Hunderttausend Kleinbürger für die Regierung de Gaulle demonstrierten.

Es ist demnach klar, daß sich die Bourgeoisie in jedem Fall außer dem Staatsapparat auch noch auf faschistische, organisierte Gruppen sowie nicht unbeträchtliche Teile des Kleinbürgertums stützen kann.

Die Verantwortungslosigkeit des Revisionismus besteht unter solchen Bedingungen darin, der Bourgeoisie zwar den Kampf anzusagen („antimonopolistische Umwälzung“), ohne jedoch das Proletariat wirk-

lich auf diesen Kampf, nämlich auf den Kampf um die Staatsmacht, zu orientieren und vorzubereiten.

In der Wirkung kommt das der historisch bekannten Provokation des Popen Gapon (1905) in Rußland gleich: er rief die Massen auf zu einer „friedlichen Demonstration, um dem Väterchen Zar eine Petition zu überreichen“ – und führte die Massen direkt vor die Gewehre der zaristischen Truppen! Ein schlimmes Blutbad war die Folge – obwohl vergleichsweise gering gegen das jetzige Wüten der Konterrevolution in Chile.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es demgegenüber, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Staat

das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze ist, daß daher die Ablösung des bürgerlichen durch den proletarischen Staat als allgemeine Regel nur durch die gewaltsame Revolution möglich ist.

Gerade weil unter den gegenwärtigen Umständen diese Frage durchaus noch nicht unmittelbar aktuell ist, gilt es die Entwicklung prinzipieller Klarheit über diese Frage voranzutreiben. Diese Aufgabe soll in Zukunft verstärkt auch im ARBEITERKAMPF wahrgenommen werden. Voraussichtlich im nächsten AK wollen wir einige Hinweise für die Beschäftigung mit Lenins Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ (Juli 1905) geben.

Wie die Indonesische KP nach dem faschistischen Militärputsch 1965 ihre Fehler kritisierte (aus AK 34, Oktober 1973)

1965 ergriffen rechtsgerichtete, proimperialistische Militärs in Indonesien durch einen Putsch die Macht. Dadurch wurden der antiimperialistischen Bewegung, besonders der Kommunistischen Partei (PKI) schwere Schläge versetzt. Zehntausende von PKI-Mitgliedern wurden ermordet, darunter auch sechs von sieben Politbüromitgliedern. Bis zum Putsch war die PKI die zahlenmäßig stärkste Kommunistische Partei außerhalb des sozialistischen Lagers gewesen: drei Millionen Mitglieder sowie mehrere Millionen Sympathisanten in Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Bauernverband und Jugendverband. Die PKI hatte bis dahin eng mit der antiimperialistischen bürgerlichen Regierung Sukarnos zusammengearbeitet und geglaubt, auf diesem Wege – ohne bewaffnete Auseinandersetzungen – zum Sozialismus zu kommen.

Nach dem Putsch entwickelte die PKI eine gründliche Selbstkritik. Das unterscheidet sie zweifellos von den Revisionisten, für die auch das gescheiterte „chilenische Experiment“ nur ein Grund ist, sich neue Sophistereien und Haarspaltereien über den „friedlichen Weg“ auszudenken. Gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen in Chile scheinen uns die indonesischen Erfahrungen erneut aktuell.

Wir drucken hier einen relativ kurzen Auszug aus der Selbstkritik des Politbüros des ZK der PKI vom September 1966 (Übersetzung durch uns nach einem englischen Text; eine vollständige Übersetzung wird vorbereitet).

Die Hauptfehler auf politischem Gebiet

Rechtsopportunisten auf politischem Gebiet zeigt sich zuerst und vor allem in der Frage des einzuschlagenden Weges, „friedlicher Weg“ oder Weg der Revolution, um in Indonesien die Volksdemokratie als Übergangsstadium zum sozialistischen System zu erreichen. Eine der grundlegenden Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus (sowohl klassischem wie modernem) liegt genau in der Frage des Wegs zum Sozialismus. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Sozialismus auf dem Weg der proletarischen Revolution erreicht werden muß, und daß im Falle kolonialer oder

halb-kolonialer und halb-feudaler Länder wie Indonesien, der Sozialismus erreicht wird, indem zuerst die Etappe der volksdemokratischen Revolution vollendet wird. Dagegen träumt der Revisionismus davon, den Sozialismus auf dem „friedlichen Weg“ zu erreichen.

Wie sind diese Fehler entstanden und haben sich entwickelt? 15 Jahre lang seit 1951 hat die PKI einen legalen und parlamentarischen Kampf geführt. Legal und parlamentarischer Kampf ist eine Methode, die von einer revolutionären proletarischen Partei in einer bestimmten Situation und unter gewissen Bedingungen angewendet werden muß, wie Lenin in seinem Werk „Der linke Radikalismus“ erklärt. Den parlamentarischen Kampf zurückzuweisen, wenn er nötig ist,

und mit der Revolution zu spielen, wenn die Bedingungen noch nicht reif sind, ist ein Fehler.

Der parlamentarische Kampf als eine Form des legalen Kampfes, den die Partei seit 1951 führte, war im wesentlichen korrekt und in Übereinstimmung mit den objektiven Bedingungen zu jener Zeit. Das waren folgende: die revolutionäre Welle war abgeebbt, die Triebkräfte der Revolution waren noch nicht wieder erwacht, und die große Mehrheit des Volkes, die vor der August-Revolution gemeint ist die antiimperialistische Revolution gegen den niederländischen Kolonialismus von 1945 – (Anm. AK) niemals politische Unabhängigkeit genossen hatte, war noch befangen in Hoffnungen auf die bürgerliche Demokratie.

Während der Anfangsjahre dieser Periode hatte unsere Partei gewisse Resultate im politischen Kampf sowie im Parteiaufbau erreicht. Eine wichtige Errungenschaft dieser Periode war die Formulierung der Hauptprobleme der indonesischen Revolution. Es wurde formuliert, daß die gegenwärtige Etappe der indonesischen Revolution die einer bürgerlich-demokratischen Revolution neuen Typs war, deren Aufgabe es war, den Imperialismus und die Reste des Feudalismus zu liquidieren und ein volksdemokratisches System als Übergangsstadium zum Sozialismus zu errichten. Die Triebkräfte der Revolution waren die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Kleinbourgeoisie; die führende Kraft der Revolution war die Arbeiterklasse und ihre Hauptstärke war die Bauernschaft. Es wurde auch formuliert, daß die nationale Bourgeoisie eine schwankende Kraft der Revolution war, die bis zu bestimmten Grenzen und zu bestimmten Perioden an der Seite der Revolution gehen könnte, aber zu anderen Zeiten die Revolution

verraten würde. Die Partei formulierte außerdem, daß die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer Pflicht als Führer der indonesischen Revolution eine revolutionäre Einheitsfront mit anderen revolutionären Klassen und Gruppen schmieden müsse, mit dem Arbeiter-Bauern-Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse als Basis.

Jedoch gab es einen bedeutenden Mangel, der sich später zu Rechtsopportunisten oder Revisionismus entwickelte: die Partei war noch nicht zur klaren Einheit über die prinzipiellen Mittel und die Hauptform des Kampfes der indonesischen Revolution gekommen. Das ZK der Partei hatte dieses Problem einmal in großen Linien diskutiert, jedoch in der folgenden Periode dieses Problem nicht mehr intensiv diskutiert, um ein Höchstmaß an korrektem einheitlichen Verständnis zu erlangen, als Voraussetzung um ein korrektes einheitliches Verständnis in der ganzen Partei zu erreichen.

Es ist ein großer Fehler für eine Partei mit historischer Mission zur Führung einer Revolution wie die PKI, wenn sie die Frage der prinzipiellen Mittel und der Hauptkampfform der Revolution nicht zu einem Problem macht, das die gesamte Partei angeht, sondern vielmehr zu einem Problem, das einige wenige Personen in der Führung und gewisse Kader in der Partei angeht. So war die Mehrheit der Partei passiv gemacht gegenüber diesem wichtigen Problem der Revolution.

Obwohl die Führung der indonesischen Revolution die Arbeiterklasse ist, ist doch ihre Massenstärke die Bauernschaft. Angesichts der kleinen Zahl der Arbeiterklasse in Indonesien können Methoden des Kampfes der Arbeiterklasse wie Generalstreiks (die das Erwachen anderer Triebkräfte der Revolution leiten und sich später in einen bewaffneten Aufstand entwickeln, wie im Fall der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905), nicht die Hauptkampfform der indonesischen Revolution sein.

Die chinesische Revolution hat die Hauptform des Kampfes der Revolution in kolonialen oder halb-kolonialen und feudalen Ländern gelehrt, nämlich der bewaffnete Kampf des Volkes gegen die bewaffnete Konterrevolution. Dem Wesen der Revolution als Agrarrevolution entsprechend ist dann das Wesen des bewaffneten Volkskampfes der bewaffnete Kampf der Revolution in einer Agrarrevolution unter Führung der Arbeiterklasse...

Die Agrarrevolution, die in der gegenwärtigen Etappe das Wesen der indonesischen Revolution ist, ist keine Agrarform bürgerlicher Art, die nur den Weg ebnet für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande. Diese Revolution wird Farmarbeiter, arme Bauern und mittlere Bauern von den feudalen Unterdrückung durch fremde und einheimische Landherren befreien, indem sie den Boden der Landherren beschlagnahmt und ihn kostenlos verteilt an die einzelnen Farmarbeiter und armen Bauern als Privatbesitz. Solch eine Revolution wird nur mit Waffengewalt unter Führung der Arbeiterklasse siegreich sein. Diese Revolution kann nicht von außen aufgezogen werden. Sie wird ausbrechen auf der Basis des hohen Bewußtseins und der Überzeugung der Bauern selbst aufgrund ihrer eigenen Kampferfahrungen und ih-

rer Erziehung durch die Arbeiterklasse.

Es ist klar, daß in einer Situation, wo die Bedingungen für eine Revolution noch nicht da waren, die Aufgaben der PKI sein mußten, die Parteimitglieder, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft hinsichtlich der Hauptkampfformen der indonesischen Revolution zu erziehen – durch politische, agitatorische und propagandistische ebenso wie durch organisatorische Arbeit. Alle Formen legaler und parlamentarischer Arbeit mußten den prinzipiellen Mitteln und der Hauptkampfform dienen und durften keinesfalls den Reifeprozess des bewaffneten Kampfes behindern.

Die Erfahrungen der letzten 15 Jahre lehren uns, daß die Partei damit begann, den „friedlichen Weg“ nicht entschieden zurückzuweisen und sich nicht entschieden an das allgemeine Gesetz der Revolution in kolonialen oder halb-kolonialen und halb-feudalen Ländern zu halten; und daß sie schließlich schrittweise in parlamentarischen und anderen Formen des legalen Kampfes versumpfte. Die Parteiführung hielt diese Kampfformen sogar für die Hauptkampfformen zur Erreichung der strategischen Ziele der indonesischen Revolution. Die Legalität der Partei wurde nicht als eine Methode des Kampfes zu gegebener Zeit und unter gewissen Bedingungen angesehen, sondern vielmehr als ein Prinzip betrachtet, während andere Kampfformen diesem Prinzip dienen sollten.

Wie oben festgestellt, begann der „friedliche Weg“ sich fest in der Partei einzunisten, nachdem die 4. Vollversammlung des ZK der PKI (1956) ein Dokument beschloß, das die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU billigte. In einer Situation, wo die revisionistische Linie schon fest in der Partei etabliert war, war es unmöglich, eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in Strategie und Taktik zu haben. Die Festlegung der Hauptlinien der Strategie und Taktik der Partei begann mit einer Zweigleisigkeit zwischen „friedlichem Weg“ und „Weg der bewaffneten Revolution“, wobei schließlich der „friedliche Weg“ die Oberhand gewann.

Um zu beweisen, daß der verfolgte Weg nicht der opportunistische „friedliche Weg“ war, sprach die Parteiführung stets von zwei Möglichkeiten, nämlich der Möglichkeit eines „friedlichen Weges“ und der Möglichkeit eines nicht-friedlichen Weges und daß, je besser die Partei sich darauf vorbereitete, einer nicht-friedlichen Entwicklung zu begegnen, umso größer die Möglichkeit eines „friedlichen Weges“ sein würde. Tatsächlich zeigt das die Zweigleisigkeit, die von der Parteiführung über den einzuschlagenden Weg betrieben wurde. Auf diese Weise wurde die Hoffnung auf einen „friedlichen Weg“, die in Wahrheit nicht existierte, stetig in die Köpfe der Parteimitglieder, der Arbeiterklasse und der Massen des werktätigen Volkes hineingetragen.

Praktisch bereitete die Parteiführung nicht die gesamten Reihen der Partei, die Arbeiterklasse und die Volksmassen darauf vor, der Möglichkeit eines nicht-friedlichen Weges zu begegnen. Der schlagendste Beweis ist die ernste Tragödie nach dem Ausbruch und Scheitern der „30. September-Bewegung“ (d.h. die Verfolgungswelle nach dem faschistischen

Militärputsch 1965 – Anm. AK). Innerhalb einer kurzen Zeit schaffte es die Konterrevolution, Hunderttausende von Kommunisten und nicht-kommunistischen Revolutionären zu massakrieren und zu verhaften, die sich selbst in einer passiven Position befanden, wodurch die Organisationen der PKI und die revolutionären Massenorganisationen paralysiert wurden.

Solch eine Situation wäre sicher nicht eingetreten, wenn die Parteiführung nicht vom revolutionären Weg abgewichen wäre...

Ausgehend von dem irigen Standpunkt, daß die „Streitkräfte der Republik Indonesien keine reaktionären Streitkräfte sind“, wurde das Problem der „Arbeit in den feindlichen Streitkräften“ interpretiert als „Integration des wichtigen Organ des Staates mit dem Volk“ oder „Stärkung der Einheit zwischen Volk und Armee“. Das bedeutet, das Instrument der Gewalt der unterdrückenden Klassen mit den unterdrückten Klassen zu integrieren. Solch ein Irrtum konnte unterlaufen, weil die Parteiführung von der marxistisch-leninistischen Lehre über den Staat abgewichen war, und weil sie die Indonesische Republik nicht als bürgerlichen Staat und die Streitkräfte der Republik Indonesien nicht als ein Instrument des bürgerlichen Staates ansah. Die Parteiführung vergaß die Wahrheit, daß seit dem Scheitern der August-Revolution und dem völligen Übergang der Staatsmacht in die Hände der reaktionären Bourgeoisie, die Streitkräfte der Republik Indonesiens – obwohl durch die August-Revolution entstanden – als Ganzes automatisch ein Herrschaftsorgan der Klassen geworden waren, die den Staat beherrschten. Hinsichtlich ihrer Klassenherkunft als Söhne der Arbeiter und Bauern mögen die Unteroffiziere und Soldaten der Streitkräfte gewiß Elemente sein, die auf die Seite des Volkes übergehen könnten. Das kann aber nicht die Position der Streitkräfte als Ganzes als Organ des Staates, das den Interessen der herrschenden Klasse dient, ändern.

Die Frage der Staatsmacht

Die von der Parteiführung verfolgte Linie des Rechtsopportunisten widerspiegelte sich auch in ihrem Verhalten zum Staat, besonders zum Staat der Republik Indonesien. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß „der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, ein Organ zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“, daß „die Formen bürgerlicher Staaten stark verschieden sind, aber ihr Wesen gleich ist... die Diktatur der Bourgeoisie“, und daß „die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Staat“ (in Indonesien durch den volksdemokratischen Staat) „unmöglich ist ohne gewaltsame Revolution“...

Der Gipfel der Abweichung von der marxistisch-leninistischen Lehre über den Staat, den die Parteiführung beging, war die Formulierung der „Theorie von den zwei Aspekten in der Staatsmacht der Republik Indonesien“. Seit der Geburt der „Zwei Aspekte-Theorie“ wurden die marxistisch-leninistischen Prinzipien nur noch lose aufrechterhalten, soweit der Staat in allgemeinen Begriffen diskutiert wurde. Jedoch bei Diskussionen über den Staat in konkretem Sinn, d.h. über den Staat der Republik Indonesien, wurden die marxistisch-leninistischen Prinzipien

völlig aufgegeben.

Die „Zwei Aspekte-Theorie“ sah den Staat und die Staatsmacht in folgender Weise:

„Die ökonomische Struktur (Basis) der gegenwärtigen indonesischen Gesellschaft ist immer noch kolonial und halbfeudal. Jedoch, zur selben Zeit gibt es den Kampf des Volkes gegen das ökonomische System, den Kampf für eine nationale und demokratische Wirtschaft. ... Die Realitäten der Basis widerspiegeln sich auch im Überbau, einschließlich der Staatsmacht, und speziell im Kabinett. In der Staatsmacht widerspiegeln sich sowohl die Kräfte, die gegen das koloniale und feudale ökonomische System sind, wie auch die Kräfte, die den Imperialismus, den bürokratischen Kapitalismus und die Kompradoren verteidigen (d.h. jener Teil der Bourgeoisie, der unmittelbarer Schnarrotzer und Nutznießer der Ausbeutung des Landes durch den Imperialismus ist — Anm. AK).“

Die Staatsmacht der Republik Indonesien, als Widerspruch betrachtet, ist ein Widerspruch zwischen zwei gegenseitig streitenden Aspekten. Der erste Aspekt repräsentiert die Interessen des Volkes (vertreten durch den progressiven Standpunkt und die Politik des Präsidenten Sukarno, die von der PKI und anderen Gruppen des Volkes unterstützt werden). Der zweite Aspekt repräsentiert die Feinde des Volkes (vertreten durch Standpunkt und Politik der rechten Kräfte und Reaktionäre). Der Volksaspekt ist zum Hauptaspekt geworden und nimmt die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien ein.“ (Zitate aus „Hebt hoch das Banner der Revolution“ des nach dem faschistischen Putsch ermordeten Führers der PKI, Genossen Aidit — Anm. AK) Die „Zwei Aspekte-Theorie“ ist offensichtlich eine opportunistische oder revisionistische Abweichung, weil sie die marxistisch-leninistische Lehre leugnet, daß „der Staat das Herrschaftsorgan einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt werden kann.“ Es ist undenkbar, daß die Republik Indonesien gemeinschaftlich vom Volk und den Feinden des Volkes beherrscht werden könnte ...

Die Teilnahme der Parteiführer an der Regierung — sowohl in der zentralen wie in der regionalen Verwaltung — dürfte nicht so interpretiert werden, daß sich die Qualität des Aspekts der nationalen Bourgeoisie in der Staatsmacht in einen Volksaspekt verwandelt hätte. Denn die vereinten Kräfte der nationalen Bourgeoisie und des Proletariats wurden nicht vom Proletariat, sondern von der nationalen Bourgeoisie geführt. Die Position der Parteiführer in der Regierung, die ihnen keine reale Macht gab, war eine politische Konzession der nationalen Bourgeoisie, die die Unterstützung des Volkes in ihrem Widerspruch zur Kompradoren Bourgeoisie benötigte und, in gewissem Maß, auch zu den Imperialisten.

Mit Unterstützung der von der PKI geführten Massen konnte die nationale Bourgeoisie in gewissem Maß die Position der Kompradoren-Bourgeoisie in der Staatsmacht untergraben. Die Situation zeigte sich in einer Reihe politischer Maßnahmen, die die Regierung der Republik Indonesien traf. (Hier folgen spezielle Beispiele, die wir der Kürze halber aus-

lassen — Anm. AK) ... Die Parteiführung, die in den Sumpf des Opportunismus gesackt war, überschätzte diese Entwicklungen und behauptete, daß der „Volksaspekt“ zum Hauptaspekt geworden sei und die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien übernommen habe. Es war, als näherte sich das indonesische Volk der Geburt einer Volksmacht ...

Die PKI-Führung erklärte, daß die „Zwei Aspekte-Theorie“ völlig verschieden sei von der „Theorie der Struktur-Reformen“ der revisionistischen Führung der italienischen KP. Jedoch, sowohl theoretisch wie auf der praktischen Ebene gibt es gar keinen Unterschied zwischen den beiden „Theorien“. Beide haben als Ausgangspunkt den friedlichen Weg zum Sozialismus. Beide träumen von einer schrittweisen Veränderung im inneren Kräfteverhältnis und in der Staatsstruktur. Beide lehnen den Weg der Revolution ab, und beide sind revisionistisch.

Die anti-revolutionäre „Zwei Aspekte-Theorie“ beweist sich krass in der Behauptung, daß „der Kampf der PKI hinsichtlich der Staatsmacht darum geht, den pro-Volk-Aspekt voranzutreiben, um ihn größer und vorherrschend zu machen und die anti-Volk-Kräfte aus der Staatsmacht vertreiben zu können“.

Die Parteiführung nannte diesen anti-revolutionären Weg sogar den Weg der „Revolution von oben und unten“. „Von oben“ heißt, daß die PKI die Staatsmacht ermutigen müßte, revolutionäre Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sein sollten, personale Veränderungen im Staatsapparat vorzunehmen. Dagegen bedeutet „von unten“, daß die PKI das Volk mobilisieren und organisieren müßte, um dieselben Ziele zu erreichen. Das ist tatsächlich eine außerordentliche Phantasie! Die Parteiführung lernte nicht aus der Tatsache, daß das Konzept von Präsident Sukarno zur Bildung des Kooperations-Kabinetts (die Regierung der Nationalen Koalition alten Typs) acht Jahre nach seiner Ankündigung immer noch nicht verwirklicht worden war und es nicht einmal Anzeichen gab, daß es jemals verwirklicht werden würde, ungeachtet der ständigen Forderungen. Gar nicht zu reden von einer Veränderung in der Staatsmacht!

Es stimmt, daß Lenin einmal zeigte, daß die Möglichkeit der „Aktion von oben“ bestand, d.h. als die Möglichkeit bestand, am Vorabend der Russischen Revolution von 1905 sich an der provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen. Das war damals eine Periode politischer Erhebungen, in der eine Revolution begonnen hatte. Falls keine Möglichkeit bestehen würde, von oben zu handeln, so müßte Lenin zufolge Druck von unten ausgeübt werden, und dazu müßte das Proletariat bewaffnet werden. (vgl. dazu Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Anm. AK)

Es ist klar, wie groß der Unterschied war zwischen der Situation und den Bedingungen, wie sie Lenin bei der Möglichkeit der „Aktion von oben“ wie auch der Bedingungen in Indonesien für eine „Revolution von oben und unten“. Das erste wurde vorgebracht in einer revolutionären Situation, das letztere dagegen

unter relativ friedlichen Bedingungen. Darüberhinaus wurde das letztere auf opportunistische Weise betrieben.

Die „Zwei Aspekte-Theorie“ ähnelt der Entstellung Kautskys von der marxistischen Lehre über den Staat. Theoretisch leugnete Kautsky nicht, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist. Was er übersah und beschönigte, war, daß „die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt ...“ (Lenin, Staat und Revolution, Anm. AK)

Um sich um Sumpf des Opportunismus zu säubern muß unsere Partei diese „Theorie der zwei Aspekte in der Staatsmacht“ auf den Abfall werfen und die marxistisch-leninistische Lehre von Staat und Revolution wiederherstellen. ■

Rotbuch zum Rotwerden...

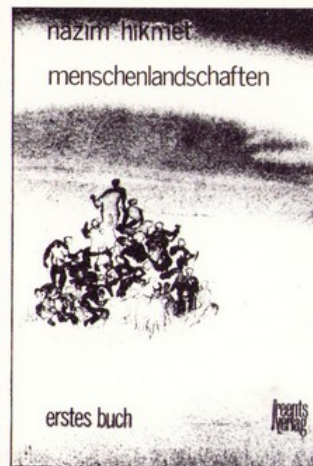


1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoröser Ausschlussterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende — und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG Druck, HBV und GEW (darunter mehrere Massen ausschüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,-

ARBEITERKAMPF Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50



nâzim hikmet menschenlandschaften

Der türkische Dichter Nazim Hikmet, der mit Majakowski, Lorca, Brecht und Neruda zu den größten Dichtern des 20. Jahrhunderts gehört, ist in der deutschen Sprache kaum bekannt, obwohl seine Werke in ca. 70 Sprachen veröffentlicht werden.

Nazim, der wegen seiner Gedichte zu 35 Jahren Haft verurteilt worden war, schrieb im Gefängnis von Bursa während des zweiten Weltkrieges sein Werk „Menschenlandschaften“, das weder Prosa noch Poesie ist, jedoch die Möglichkeiten aller literarischen Formen von Gedicht bis Roman, von Märchen bis Drehbuch enthält.

„Menschenlandschaften“ bestehen aus fünf Büchern, in denen die Geschichte der Türkei — gelegentlich auch der anderen Länder — zwischen 1908 — 1941 durch die Geschichten einzelner Menschen erzählt wird.

Titelbild und Illustrationen von Abidin Dino.

ca. 120 Seiten, Paperback, Preis ca. 10,- DM,
Lieferbar ab Ende August 78

Beschlagnahme vorläufig aufgehoben Schnell bestellen !!!



Am 23.5.78 beschlagnahmt unter Zitierung von 20 Textstellen: „Bei der Gesamtschau des Inhalts ... entsteht vor den Augen eines unbefangenen Durchschnittslesers das Bild der Bundesrepublik Deutschland als ein Staat, der allgemeine Mißachtung verdient.“

Nach Schleyer:
»Sonderpolizei« in der BRD -
Dokumentation zum Wiederaufbau
einer GeStaPo in Westdeutschland

Paperback, 240 Seiten, DM 14,-

Das Buch dokumentiert im wesentlichen den Aufbau von Sonder-Kommando-Strukturen im westdeutschen „Sicherheitsapparat“ — vom Kriensstab bis zum Mobilien Einsatz Kommando — und deren Einsatz während der Schleyer-Entführung 1977. Schließlich wird in dem Buch an Aspekte des faschistischen Gewaltapparates erinnert.

Der ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes für alle, die in Betrieb und Gewerkschaft, Schule und Uni für ihre Interessen kämpfen, gegen Atomanlagen angehen und wissen wollen, was die Rechte tut. Außerdem ständige Rubriken: Kampf der Frauen, politische Entlassungen, Polizei- und Justizterror und Auseinandersetzung mit der westd. Linken!



Erscheint 14tägig, ca. 60 Seiten, DM 2,-
Jahresabo DM 47,50

Freiexemplar per Postkarte anfordern!



Eine LP der

30 cm, DM 15,90

Die erste Plattenproduktion der Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender liegt jetzt vor.

Es singen und spielen:
Schraubstock
Zündhölzer
Emsb. Liederküche
HH-Straßentheater
Druckknöpfe
Kalla Wefel (Oktober)
Uli u.a.

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!

Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers.

Pauschal sind bei Einzelbestellungen 40 Pfg. mit zu überweisen auf unser Konto

Dresdner Bank Hamburg — BLZ 200 800 00 — Kto. 451 83 78

oder

Postcheckamt Hamburg — BLZ 200 100 20 — Kto. 2405 95-203.

j. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50